

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 0,30 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 23. Mai 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die tote Iex!

Seine Messe wird man lesen.

Das Ungeheuer ist tot. Herr Böden wird nicht mehr Postkarten mit Ansichten erhalten, die nicht nur se in Schamgefühl verleben. Herr Gröber braucht keine Rezepte zur Verewaltigung der Geschäftsordnung mehr zu erfinden, die Herr Spahn mit seiner reichsgerichtlichen Autorität beden muß, die Schriftführer haben sich nicht weiter dem mühseligen Versuch hinzugeben, mit Hilfe unendlicher namentlicher Abstimmungen das Verzeichnis der 397 Abgeordneten auswendig zu lernen. Ungehört dürfen zahlreiche Anträge dem Fisch entzinnen, durch dieses parlamentarische Zimmertisch zu pilgern. Frieden ist wieder eingelehrt, und die Tribünen veröden.

Das Ungeheuer ist tot. Nur ein kleines Extremum hat es kurz vor dem Verschleiden hinterlassen, und das mögen nun die armen Leidtragenden auf ihre hastige südwärts gerichtete Heimfahrt als längliche Tröstung mitnehmen. Es sei ihnen gegönnt — nach so schmerzlichen Verlusten und so spottreichen Niederlagen.

So endigte die Iex Heintze — geboren im Fuchshaus und erstigt an dem freien Jorngelächter der gebildeten Menschheit!

Das Centrum hat vor der Obstruktion kapituliert. Nicht einmal ein ehrenvoller Abzug ist dem Antikunstklartell bewilligt worden. Was Herr v. Bevegow einen „Schmalen Vergleich“ nannte, das ist eine komplette Niederlage der Heintzemaorität, die einsehen mußte, daß ihre Anebelgelüste an der eisernen Entschlossenheit der Opposition zu Schanden gehen würden. Sonnabend konnte man noch die schwarze Schor siegesgewiß in der Wandelhalle des Reichstags renommieren hören. Montagmittag war der Siegestaumel geschwunden, und bedrückt schlüßen die Liberal-Konservativen Sittlichkeitsapostel zum Präsidenten, um Rats zu pflegen, auf welche Weise der Reichstag von dem Beschleibalg befreit werden könne.

Der Präsident hatte eingeschaut, daß die Obstruktion nicht niederzulämpfen war und in kluger Beurteilung der Situation schlug er dem wieder zu Ehren gekommenen Seniorenkongvent vor, die Iex Heintze von der Tagesordnung abzusehen und in Erwägung darüber zu treten, auf welche Weise die Anwendung der berichtigten Paragraphen 184 a und 184 b auf Kunst, Litteratur, Theater und Wissenschaft auszuschließen sei. Alle Parteien stimmten zu — nur das Centrum nicht. Die Gröber und Böden mochten sich nicht auf den socialdemokratischen Antrag, der dasselbe beabsichtigte, zurückziehen. Im Lauf der Montagssitzung wurde weiter verhandelt. Noch sträubte sich das Centrum — aber es war bereits windweid.

Der Majorität war das Rückgrat gebrochen. Die schwarze Garde leitete das Rückzugsgescheh ein, indem eine sogenannte freie Kommission in Thätigkeit trat, um dem weichenden Feind die Marschroute vorzuzeichnen.

In der Besprechung wurde dem Centrum klar gemacht, daß es den Kunst- und Theaterparagraphen opfern müsse, wenn es die eigentlichen Heintze Paragraphen retten wolle. Mut, Kummer und Panatismus spiegelten sich in den Mienen der besübten Logherber wieder, aber es half nichts. Um den Schein zu retten, verlangte das Centrum nochmals Ausstand, angeblich, weil die Fraktion zu dem Vorschlag Stellung nehmen müsse.

Noch eine Nacht — dann aber kam der Sieg der Obstruktion. Gestern Mittag erklärte sich das Centrum für kampfunfähig. Die Opposition erlaubte in großmütiger Milde ein Stückchen des § 184a nach Hause zu tragen und beschied, wie es dem Unterlegenen ziemt, begnügten sich die vorerst so stolzen Retter der Sittlichkeit mit dem Profamen der Ziffer 2 des Artikels 184 a, der das Zeithalten und Anbieten des Schamgefühl größlich verletzender Schriften an Personen unter 16 Jahren verbietet. Alles andere aus den Kampf-Paragraphen gaben die Väter derselben preis, und so löste sich der ernste Kampf für Kunst und Wissenschaft schließlich in der lustigsten Weise, indem die Anhänger einer verküppelten Sittlichkeit beschämt und still das gerettete Stückchen Heintzium empfinden.

In der Reichstagsitzung am Dienstag, in der Herr Lieber nach seiner schweren Erkrankung zum erstenmal wieder erschien, von allen Seiten herzlich beglückwünscht, wurde der Iex Heintze in kürzester Form die letzte Anechte erwiehen.

Es war die ärgste Erbseheit der Obstruktion, daß sie dem Centrum gerade die größte Dummheit der Iex Heintze in ausgestopftem Zustande zur gefeggeberischen Aufbewahrung überließ: den famosen Begriff von Schriften zc., die, ohne unzüchlig zu sein, das Schamgefühl verletzen. In dem Monstrositäten-Kabinett der Justiz mag diese Centrumsleistung ewig fortleben. In seiner jetzigen Anwendung ist er ja praktisch so gut wie wertlos. Aber die Hülse, die Hülse ist gerettet; mag sich das Centrum an dem schönen Begriff fürderhin erbauen.

Wir stimmten natürlich auch gegen die Hülse, aber zur Obstruktion war weder Veranlassung noch Möglichkeit, und unser principielle Standpunkt wurde durch S i n g e r gewahrt.

Die ausgestopfte Iex Heintze wurde, was im Reichstag noch nie dagewesen, binnen einer halben Stunde in allen drei Lesungen „beraten“, und endlich zum Gesetz gemacht — so weit der Reichstag zu bestimmen hat.

Die Regierung — auch das gehörte zur Komil der Lage — vergah in der Eile ganz, ihre Stellung zu der neuen Iex Heintze auszusprechen, und aus dem Hause dachte gleichfalls niemand daran, daß die Regierung sozusagen auch noch existiert. Fürst Hohenlohe, der sich zum erstenmale wieder in den Reichstag wagte, als er nicht mehr Gefahr lief, den Duft der alten Iex Heintze einzunehmen, hat wohl doch Bedenken, der — Socialdemokratie seinen tiefgefühlten Dank offen auszusprechen. Darum schwieg er und, beschreiben wie wir sind, begnügten wir uns auch mit dem unausgesprochenen Dank.

Die Obstruktion hat geseigt, und Liebermann v. Sonnenberg

hatte nicht ganz unrecht, als er die Rote der 200 Rosen, die in einen Strauß vereint, vor dem Präsidenten stehen zur Erinnerung daran, daß dies die 200ste Sitzung dieser langen Session ist, für eine symbolische Andeutung der Thatsache erklärte, daß die Socialdemokratie die eigentliche Siegerin ist in diesem Kampf gegen das pfäffische Ausnahmegesetz zur Anebelung der Kunst.

Die Socialdemokratie hat zuerst — vor Ostern — den parlamentarischen Kampf gegen die Iex Heintze aufgenommen. Sie organisierte den Kampf und lud seine Mähen auf sich. Der Freisinn leistete uns damals nur zögernde Hilfe und hielt sich zurück. Nach Ostern beteiligte sich auch der Freisinn mit größerer Lebhaftigkeit durch Anträge und Reden an dem Feldzug. Als dann das Centrum wiederholt die Geschäftsordnung verewaltigte, drohten endlich die „staatsmännischen“ Rationalliberalen und die Bösen mit dem Anschluß an die Obstruktion. Damit war das Schicksal der Heintzeleute besiegelt; denn mit der Geschäftsordnung konnten sie nicht fliegen.

Die Iex ist tot. Aber der Geist, aus dem sie erwachsen, lebt weiter, und der Kampf gegen diesen Geist darf nicht erlöschen. Die Versuche, zur Herrschaft zu gelangen, werden nicht aufhören, und die Iex Heintze wird nicht der letzte Ausbruch einer Weltanschauung sein, die noch unter der Sohle der modernen Kultur triebkräftig wuchert. Die Bewegungsfreiheit menschlichen Denkens und Schaffens, diese Vorbedingung allen fördernden Wirkens, ist noch immer nicht gegen jede Anfechtung geschützt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Mai.

Der Reichstag

setzte am Dienstag nach Erledigung der Iex Heintze die Debatte über das Fleischschau-Gesetz fort. Unser Redner Wurm konnte den Nachweis liefern, daß die Behauptung der Agrarier, sie würden durch Rücksichtnahme auf die gesunde Ernährung des Volkes geleitet, der reinste Schwundel ist, und desgleichen die andre Behauptung, die Fleischschau in den Vereinigten Staaten sei ungenügend. Thatsächlich ist die Fleischschau dort besser und gründlicher als in Deutschland. Es findet in Chicago eine doppelte Untersuchung statt — des Viehs vor der Schlachtung und der einzelnen Körperteile des geschlachteten Viehs.

Die Debatte dauerte bis abends 6 1/2 Uhr und endete damit, daß in namentlicher Abstimmung — bei Stellung des Antrags ging ein Schauer durch das Haus — der bekannte Kompromissantrag mit nicht großer Mehrheit (158 Stimmen) gegen die Stimmen der Socialdemokraten, Freisinnigen und intransigenten Agrarier (123) angenommen wurde.

Die Schlußabstimmung über das Ganze wurde, auf unsren Einspruch gegen sofortige Abstimmung, bis zum folgenden Tag ausgesetzt.

Nächste Sitzung: Mittwoch Vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Nachtrags-Etat. Schlußabstimmung über das Fleischschaugegesetz; dritte Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag zunächst in dritter Lesung die Hohenzollernschen Gesetze angenommen und sich sodann der Beratung des Antrags v. Eynern (natl.) betreffend die Ueberweisung eines Fonds von 50 Millionen an die Provinzialverbände zugewandt. Die Kommission beantragte unter Ablehnung des Antrags v. Eynern, die Regierung zu erinchen, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die einzelnen Provinzialverbände gemäß dem Dotationsgesetz vom 8. Juli 1875 zustehende Dotationsrente unter Berücksichtigung der Verantheiligung der leistungsschwachen Provinzen durch den jetzigen Zustand, namentlich der seitdem durch die Gesetzgebung herbeigeführten höheren Belastung, fernere unter Berücksichtigung einerseits der Leistungsfähigkeit, andererseits der Höhe der zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Leistungen dieser Verbände, erhöht wird. Nach längerer Debatte, an der sich auch Minister Dr. v. Riquel beteiligte, um die Kommunen zur Sparsamkeit zu ermahnen, gelangte der Kommissionsantrag einstimmig zur Annahme.

Ferner nahm das Haus trotz des Einspruchs der Regierung den Antrag Weise (L) auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Beförderung der Errichtung von Rentengütern an. Der Antrag bezweckt, zum Teil die Wohnungsfrage zu lösen. Herr v. Riquel erhob Bedenken dagegen, indem er seine Ansicht kundgab, daß der Staat sich um die Lösung der Wohnungsfrage nur insoweit zu kümmern habe, als seine Angestellten dabei in Frage kommen.

Endlich beschäftigte sich das Haus noch mit Petitionen. Es war eine große Zahl Petitionen von Eisenbahn-Bureau-Direktoren um feste Anstellung eingegangen. Nach sehr lebhafter Debatte, die den Konservativen und den Regierungsvertretern reichlich Gelegenheit gab, ihre beamtensfeindliche Haltung zu offenbaren, wurden die Petitionen der Regierung zur Erwägung überwiesen. Zweck wird das allerdings nach den Erklärungen der Regierungsvertreter kaum haben.

Am Mittwoch steht die dritte Lesung der Gesetzentwürfe, betr. die Warenhaussteuer und betreffend die Fürsorge-erziehung Minderjähriger auf der Tagesordnung.

Herr v. Thielen.

Zu unsren gestrigen Mitteilungen über die Unterredung des Herrn Professor v. Schulz mit dem Eisenbahn-Minister, die auf einer Darstellung beruhte, die im Kreise der Streikenden verbreitet war, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Mit Bezug auf den Zeitartikel vom 22. Mai et. erlaube ich mir, die Redaktion ergebenst zu bitten, folgende Verichtigung aufzunehmen:

1. Es ist nicht richtig, daß mir vom Herrn Minister gesagt worden ist, daß von der Straßenbahn-Gesellschaft überhaupt nicht nachgegeben werden dürfe.

2. es ist ebenfalls nicht richtig, daß mir weiter erklärt worden ist, es solle keiner der Angestellten wieder eingestellt werden. Wohl aber hat mir der Herr Minister erklärt, daß die Bedenkfrist zur Wiederaufnahme der Arbeit sicher von der Gesellschaft um 24 Stunden verlängert werden würde.

Mit Bewilligung des Herrn Ministers, der wohl sehr bestimmt, aber nicht mit „aller Schroffheit“ sich äußerte, habe ich meine Unterredung mit demselben dem führenden der Ausständigen mitgeteilt, mit der Mahnung, darauf hinzuwirken, die Arbeit schleunigt wieder aufzunehmen, da behördlicherseits sonst die strengsten Maßregeln ergriffen werden würden.

Für etwaige weitere Exzesse würde der Herr Minister die Ausständigen für verantwortlich halten.“

v. Schulz.

Aus dieser Zuschrift geht hervor, daß unsre Darstellung im Einzelnen Ungenauigkeiten enthalten hat. Dagegen wird die Hauptsache namentlich in aller Form bestätigt. Herr v. Thielen hat in der That den Vorsitzenden des Gewerbegerichts beauftragt, den Streikenden die ministerielle Drohung zu überbringen, die Arbeit schleunigt aufzunehmen, widrigenfalls von den Behörden die strengsten Maßregeln ergriffen werden würden. Auch die ersaumliche Weigerung des Eisenbahnministers entspricht den Thatsachen, daß Herr v. Thielen — wenn wir nicht irren — sinesischen Rechtsgrundfah ansprach, daß er die Ausständigen für die Vergehen anderer verantwortlich zu machen gedenke. Vielleicht beruft die sinesische Kaiserin-Tante den Herrn zum Justizminister.

Zu den vielen ministeriellen Sonderbarkeiten, die wir an preussischen Ministern bisher erlebt haben, ist wohl die merkwürdigste das Verhalten des Herrn v. Thielen zum Straßenbahnerstreik. Der Herr Minister stellt die Behörden der Direktion zur Verfügung, um ihr die Beendigung des Ausstands zu erwirken. Herr v. Thielen hätte allerdings die Pflicht gehabt, sich in den Streik traut seines ministeriellen Aufsichtsrechts einzumischen, aber lebhaft gegenüber dem unerhörten Verhalten der Direktion, die durch die Einstellung ungeschulter Fahrer die öffentliche Sicherheit gefährdete. Man hat bisher nicht gehört, daß Herr v. Thielen in dieser Hinsicht vorgegangen ist. Dagegen hat er — ohne jedes Recht — die Staatsbehörden zur Einmischung in einen privaten Lohnkampf veranlassen wollen — wenn auch nur in der Form einer wirkungslosen und nach dem Erfolg der Streikenden überaus komisch wirkenden Drohung.

Hätten wir ein materielles Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, so würde Herr v. Thielen dieser beispiellose Versuch, seine Befugnisse zu überschreiten, übel bekommen. —

Die Verwerfung der Kranken- und Unfallversicherung in der Schweiz.

Aus Zürich wird uns vom 11. Mai geschrieben: Verworfen! Das Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetz ist am Sonntag vom Schweizer Volk mit einer ungekocht großen und wichtigen Mehrheit verworfen worden. Den 330 000 Reim stehen nur 143 000 Ja gegenüber, so daß erstere mehr als eine Zweidrittelmehrheit bilden. Vor 10 Jahren, am 10. Oktober 1890, ist der neue Verfassungsartikel, welcher dem Bund erst das Recht zur gesetzlichen Regelung des Versicherungswesens gab, mit 283 228 gegen nur 92 800 Stimmen, also ebenfalls mit mehr als Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Hatten 1890 23 Kantone angenommen und nur zwei (Appenzel Inner- und Rhoden und Valais) verworfen, so geschah am letzten Sonntag das umgekehrte, daß 24 Kantone verworfen haben und nur ein einziger, der Kanton Glarus, angenommen hat. Zu den 330 000 Verwerfenden haben natürlich die Arbeiter und die Bauern das größte Kontingent gestellt und ihre durch die wichtige Verewerfung des Gesetzes bedrohte entschlossene Stimmung der Regierung läßt die Hoffnung nicht zu, daß innerhalb des nächsten Jahrzehnts eine andere Gesetzesvorlage über das Versicherungswesen Aussicht auf Erfolg hätte. Die Verwerfenden haben gefunden, daß die vom Gesetze gebotenen Vorteile geringer seien als die Nachteile und daher dasselbe abgelehnt. Leider muß man aus der Volksabstimmung vom letzten Sonntag den weiteren Schluß ziehen, daß auf lange Zeit hinaus überhaupt kein socialpolitisches Gesetz Aussicht auf Annahme hat, also auch die von den organisierten Arbeitern seit Jahren angestrebte Revision des Fabrikgesetzes zur Einführung des Jehnstandentags und anderer Verbesserungen nicht. Socialistischer Eiferstand — so lautet das Facit vom 20. Mai, das im Interesse der Republik und der Demokratie sehr zu bedauern ist.

Erfreulich für uns sind die 16 460 Stimmen, welche am Sonntag im Kanton Zürich der Socialdemokrat Friedensrichter Werner in Winterthur bei einer Ersatzwahl in den Ständerat erhielt, trotzdem für ihn außer den paar Notizen in unsrer Parteipresse und den Wahlinferaten keinerlei Agitation getrieben wurde. Eine Ansicht auf seine Wahl bestand nicht. Da Demokraten, Liberale und Konservative zusammen für den liberal-konservativen Versicherungsdirektor Dr. Asteir in Zürich stimmten, der mit 28 515 Stimmen gewählt wurde. Aber die Socialdemokraten haben bei ihrem ersten Versuch mit einer Ständeratskandidatur einen imponanten Achtungserfolg erzielt und dadurch die Verewertung ihres Anspruchs auch auf eine Vertretung im Ständerat dargethan.

Deutsches Reich.

Für eine neue Zuchthausvorlage

agieren anlässlich des Streiks der Berliner Straßenbahner in der wildesten Weise Strupp-Schweinburgs „Berl. Neuzeit Nachrichten“. Einzuweisen wird von der Regierung verlangt, daß sie auf dem Verwaltungsweg, entgegen dem Gesetz, das Kontraktionsrecht der Arbeiter gestiftet. Das Blatt findet es „nicht nur zulässig, sondern sogar geboten, von Staatsaufsichtswegen darüber zu wachen, daß Verlehrsgefellschaften von den ihnen zustehenden Mitteln Gebrauch machen, um zu verhüten, daß ihre Angestellten in solchen Verbindungen und Vereinigungen sich beteiligen, welche sich die Erfüllung derartiger mit ihren öffentlichen Pflichten unvereinbaren Forderungen zur Aufgabe stellen.“

Es bedarf keines Wortes des Beweises, daß die „Berliner Neuzeit Nachrichten“ damit die Regierung zu einer offensichtlichen Aufschreitung gegen die Gesetze anzureizen suchen, abgesehen davon, daß ihr auch ein Eingriff in das teure Herr-im-Haus-Recht privater Unternehmer angeht.

Die „Berliner Neuzeit Nachrichten“ sehen schließlich auch ein, daß man mit solchen Geheulwiderlegungen nicht weit kommen dürfte und so verlangen sie die Bekämpfung des Kontraktionsrechts:

„Es wird Sache der gesetzgebenden Gewalt sein, an der Hand der soeben gemachten Erfahrung ernstlich zu prüfen, ob, wenn im allgemeinen von einer Bestrafung des Kontraktionsrechts immerhin abzusehen ist, nicht der Kontraktionsbruch bei Arbeitgebern und Arbeitern dann strafbar gemacht werden soll, wenn er zu einer gemeinen Gefahr oder zu einer Schädigung des Gemeinwohls führt. Man würde auf diesem Wege wahrhaftig auch zu einer befriedigenden Lösung der schwebenden Frage der Bestrafung des Kontraktionsrechts ländlicher Arbeiter gelangen, ohne eine unerwünschte Rechtsungleichheit zwischen diesen und anderen Arbeitern herbeizuführen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß eine unter Kontraktionsbruch vorgenommene Arbeitseinstellung ländlicher Arbeiter, durch welche die Ernte oder die Befüllung der Felder verhindert würde, wenn sie in größerem Umfang einträte, zu einer wahren Landesplaga ausarten müßte, und daß es daher im öffentlichen Interesse gerechtfertigt wäre, Arbeitseinstellungen seitens ländlicher Arbeiter in denselben Fällen unter Strafe zu stellen, in denen sie zu einer Schädigung des Gemeinwohls zu führen geeignet sind.“

Gemeine Gefahr — Schädigung des Gemeinwohls: das ist derselbe Begriff, der in dem Zuchthaus-Paragrafen (§ 8) des Schulhafter Gesetzentwurfs sein Wesen trieb und dessen praktische Gefährlichkeit man damals zu leugnen suchte. Uebrigens ist die „gemeine Gefahr“, die durch den Streik der Straßenbahn-Angestellten herbeigeführt sein soll, bei weitem nicht so groß gewesen, wie die ungeheuerlichen Verlehrsstörungen, die im Winter die Direktion der Straßenbahn durch ihre mangelhaften Einrichtungen veranlasste. Damals waren die Straßen für den Verkehr geradezu blockiert, während bei dem Streik im Gegenteil eine Verkehrserschwerung bewirkt wurde.

Die „Berl. Neuzeit Nachrichten“ fabeln dann noch davon — und die „Berl. Pol. Nachrichten“ tun es gleiches Horn, daß in England der Kontraktionsbruch bei Betrieben, welche einem großen öffentlichen Bedürfnisse hauptsächlich auf dem Gebiete des Verkehrswohls dienen, kriminell bestraft werde. Es genügt, daran zu erinnern, daß in England sogar die Eisenbahn-Angestellten gewerkschaftlich organisiert sind und wiederholt — Herr Thielen mag nicht in Ohnmacht fallen! — gestreikt haben. Und England existiert noch!

Gegenüber diesen Scharfmachereien aus der Schweinburgschen Schmiede tritt die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ anlässlich den Rückzug an. Die Herren Rheinbaben und Thielen haben wohl inzwischen eingesehen, daß sie zum mindesten nicht diplomatisch geredet haben.

Erst Heinze dann Flotte. Die Centrumpresse hatte bekanntlich die Lösung angedeutet: Erst lex Heinze dann Flotte. Nachdem sie nun die lex nicht erhalten haben, sondern sich mit dem boshaften „Kompromiß“ abfinden mußten, so erstet für das Centrum die schwierige Frage, wie es nun mit der Flottenvorlage zu verfahren habe.

Es giebt für sie nur einen Ausweg. Sie muß einen dem Heinze-Kompromiß entsprechenden Vergleich eingehen, und die Flottenforderungen zwar ablehnen und — folgen wir — die Vorkämpfer bewilligen.

Einer, der sich gratulieren kann. Das Centrum, das sich gegen die schwere Heinze-Niederlage einige Zeit sträubte, darf froh sein, daß es diese Sache hinter sich hat. Seine parlamentarische und moralische Niederlage wäre sonst nur noch verärgert worden durch die Annullierung des Falles Gröber. Das Centrum hatte eine Resolution zum Heinze-Gesetz gefasst, in der die Regierung aufgefordert wurden, zu erwägen, ob sich nicht eine Verschärfung der Strafen für Sittlichkeitsverbrechen, insbesondere für die gegen Kinder gerichteten, empfiehl. Wäre diese Resolution zur Beratung gelangt, so würde sich beste Gelegenheit geboten haben, die Hilfsleistungen zu beschränken, die der Vorkämpfer des Verfallengesetzes, Herr Gröber, einem katholischen Geistlichen, der sich der geistlichen Verfallung an Kindern schuldig gemacht hatte, gewährt hat, um ihn vor dem Spruch des Richters und dem Gefängnis zu bewahren. Durch nichts konnte die Heinzechelei grimmiger getroffen werden als durch eine parlamentarische Behandlung der Thaten der Heinzenämmer. Herr Gröber und mit ihm das ganze von Sittlichkeit triefende Centrum dürfen froh sein, vor diesem Gericht bewahrt zu bleiben. Vielleicht hat die Schen vor der den Parteiführern drohenden Abrechnung die Kapitulation des Centrums beschleunigt.

Die wahren Freunde der Kunst und Wissenschaft. Hätte die Heinze-Campagne im Reichstag noch länger gedauert, so würden wir wahrscheinlich noch das Schauspiel erlebt haben, daß die anfangs so zimperlich zurückhaltenden Nationalliberalen die Führung der Opposition an sich gerissen haben würden. Es ist interessant, in der nationalliberalen Presse zu verfolgen, wie die aller ungewohnt geräuschvollsten parlamentarischen Aktion zu abholden Repräsentanten von Bildung und Verstand sich allmählich in eine obstruktionistische Niedertrübe hineinschoben. Genau in dem Maße, wie das Barometer der öffentlichen Meinung successive Sturm gegen die Heinzevorlage ankündigte, erhitzen sich auch allmählich die Gemüter der Nationalliberalen, die anfangs läßt bis ans Herz hinan den Bemühungen der äußersten Linken, der deutschen Nation die Schmach des Einmischungsgesetzes zu ersparen, zugesehen hatten. Zuletzt läuterte man auch in der nationalliberalen Presse Sturm. Man gottiere folgende Stelle eines Artikels der „Allg. Ztg.“:

... da muß nun diese unglückliche lex Heinze kommen und vollen Wind in die Segel der Socialdemokratie blasen. Sie ist es, die an der Spitze der Feinde dieser Vorlage steht, sie führt ganz offenbar den Kampf zum Besten aller Bildungs- und Kunstfreunde. In der nationalliberalen Partei, die in der ersten Stunde der Heinzevorlage die besten Freunde der Kunst und Wissenschaft war, ist es nun durch die lex Heinze zu einer Umkehr gekommen. Die Bewegung gegen die lex Heinze immer beachtenswertere Schichten. Sie war ausgegangen aus den Kreisen der Literatur und Kunst, in immer zunehmendem Maße schlossen sich unter Hochschulen an, und in allerletzter Stunde ist es noch die gerade in diesem Falle so gewichtige Stimme unserer Strafrechtslehrer, die sich mit Entschiedenheit gegen sie

erhebt. Es sind das Kreise nicht nur von höchster Intelligenz, sondern auch von bedeutender politischer Kraft; Kreise, die beachtenswert sind für den Staat und für diejenigen Parteien, denen sie bisher im großen und ganzen angehört oder angehangen haben. Die Erwägung, daß die nationalliberalen Partei solche Elemente, die gerade ihr vorzugsweise zur Ehre gereichen, nicht im Stiche lassen darf, die fernere Erwägung, daß man es nicht gestatten darf, daß die Socialdemokratie allein den Wind in ihre Segel aufnähme, den der Sturm gegen die lex Heinze entfesselt, können bei der nationalliberalen Partei nicht unbeachtet bleiben...“

Man sieht, der Entrüstungssturm der Künstler und Schriftsteller genügt noch nicht, um die Partei, die die Bildung repräsentiert, aus ihrer vornehmten Apathie aufzurütteln, es müssen erst die Hochschulen und in erster Stunde die deutschen Strafrechtslehrer an dem Strang der Sturmflut reifen, bis sich die Nationalliberalen endlich die Frage vorlegen: Ja, was geht denn eigentlich vor?

Und diese Häufigen Augustpolitiker, die schließlich aus offenerbarter Parat, von den Künstlern und Gelehrten den Dank für ihre tapfere Haltung in Gestalt eines Zutritts zu erhalten, zur Attacke blasen, nachdem der Feind schon geworfen ist, wagen es denn noch, die Frage aufzuwerfen, ob die Socialdemokratie wohl aus wahren Kunstinteresse oder aus kleinlich agitatorischer Mißguth die Führung der Kämpfer übernommen habe!

Deutsche und ausländische Landproletariat. Daß die deutschen Landproletariat im Punkte der „Begehrlichkeit“ die ausländischen Landproletariat keineswegs überbietet, sondern im Gegenteil in ihren Ansprüchen teilweise bescheidener sind, als diese, wird von der „Allgemeinen Volkszeitung“ indirekt angedeutet. Das Blatt führt aus, daß die Defining der Reichsgrenzen für nichtslawische Ausländer, die die Regierung im Interesse der Landwirtschaft zu gestanden habe, den Landwirten wahrscheinlich nur von geringem Vorteil sein werde, da die Verträge, die mit italienischen und schwedischen Arbeitern in der Landwirtschaft gemacht worden seien, nicht gerade günstig ausgefallen seien. So habe man vor einigen Jahren bereits in einigen Gegenden des Ostens italienische Arbeiter importiert, allein dieselben hätten nicht lange ausgehalten. Der Lohn sei den Leuten viel zu gering gewesen, auch habe ihnen die Kost nicht zugefugt. Vorher habe man in Ostpreußen bereits schwedische Arbeiter zu verwenden gesucht. Diese aber hätten schon nach wenigen Tagen höhere Forderungen gestellt und seien bald wieder davon gelaufen.

Man sieht, welche außerordentliche, nur noch bei den auf niedrigster Kulturstufe stehenden slawischen Arbeitern anzutreffender Grad von Bedürfnislosigkeit dazu gehört, um die Zustände des ostbaltischen Landproletariat erträglich zu finden.

Die Wahlbündnisse zu Stande kommen. Dortmund, 21. Mai. (Fig. Ver.) Auch einem hiesigen Kreisseit ist es ähnlich gegangen, wie dem Kaplan Dabach in Trier. Der Reichstagswahlkandidat der hiesigen Centrumpartei, Lambert Penning, Verleger der „Tremonia“, hat sich in Unfrieden von seinem langjährigen Redacteur Dederle getrennt und dieser schreibt jetzt in hiesigen Blättern Enthüllungen. Danach ist das Kompromiß zwischen Nationalliberalen und Centrum bei der letzten Reichstagswahl, dem Herr Hilob sein Mandat verdankt, u. a. auch dadurch zu Stande gekommen, daß zwei gegen die „Tremonia“ schwebende Prozesse niedergelegt wurden. Der Verfasser der Artikel sei Herr Penning gewesen. Er habe aber versucht, seine Redacteurs Weisse und Dederle zur Beleumdung der Arbeiterschaft zu überreden. Die Kläger, die Stadt und ein benachbarter Geschäftsdirektor, hätten darauf infolge Vermittlung des Kommerzienraths Brauns von der Union und des Rechtsanwalts Westhof die Klage zurückgezogen. Die Centrumsblätter werden sehr wenig erbaunt sein, daß das Privatinteresse des Herrn Penning für die Centrumsinteressen maßgebend gewesen ist. Von den übrigen Enthüllungen interessiert nur die weitere Öffentlichkeit, daß in der katholischen Zeitungsbrederei des Herrn Penning während aller katholischen Feiertage bei geschlossenen Thüren gearbeitet wurde.

Wahltag in Nürnberg. Nach einem Privat-Telegramm aus Nürnberg wurde dortselbst bei der Landtags- und Reichstagswahl unter Genosse Dr. von Haller mit 161 Stimmen gewählt. Außerdem wurden 73 weiße Zettel abgegeben.

Personentarif-Reform. Stuttgart, 21. Mai. Im württembergischen Landtag hat sich Staatsminister v. Mittnacht in sehr bemerkenswerter Weise über den Stand der Verhandlungen zur projektierten „Süddeutschen Eisenbahn-Gemeinschaft“ und die Absichten der württembergischen Regierung geäußert, welche diese für den Fall eines Scheiterns dieser Verhandlungen hat. Herr v. Mittnacht teilte mit, daß bereits vor mehr als 3 Jahren, am 27. April 1899, Württemberg in der letzten Konferenz von Vertretern der süddeutschen Verwaltungen einen Vermittlungsvorschlag dahin gemacht habe, den Normaltarif für den Kilometer dritter Klasse auf 23 Pf. zu bestimmen. Auf diesen Vorschlag reht die Antwort der Direktion der Reichs-Eisenbahnen in Elßaß-Lothringen bis zum heutigen Tag noch aus. Baden und Bayern, insbesondere das letztere, haben dem Vorschlag Württembergs sympathisch gegenüber und Bayern ist bereit, die Verhandlungen mit den einzelnen süddeutschen Verwaltungen auch dann fortzusetzen, wenn keine allgemeine Vereinbarung zu Stande kommt. Auch Herr v. Mittnacht erklärte seine Bereitwilligkeit, im Fall der Nichtbeteiligung der Reichs-Eisenbahnen mit den beiden Nachbarverwaltungen oder mit einer derselben die Verhandlungen fortzuführen, und stellte sogar in Aussicht, daß Württemberg unter Umständen allein in der Tarifermäßigung vorgehen werde. Dem läme allerdings, so führte Mittnacht aus, der Vermittlungsvorschlag auf 23 Pf. gar nicht mehr in Betracht; die Absichten der Regierung gehen dahin, daß eine billige Vereinfachung der Personentariife, insbesondere des Nachtverkehrs, anzuführen sei, womit ja auch die Kammer völlig einverstanden ist. Herr v. Mittnacht betonte ausdrücklich, daß die Regierung Wert darauf lege, in einer volkswirtschaftlich, sozialpolitisch und finanziell so hochwichtigen Frage möglichst Fühlung mit der Volksvertretung zu haben. Die Ausführungen des Staatsministers, welche den lebhaften Beifall der Kammer fanden, beweisen, daß die württembergische Regierung entschlossen ist, in der Frage der Tarifverbilligung gegebenen Falls allein vorzugehen, die Verhandlungen mit den Nachbarverwaltungen jedoch so lange nicht abzubrechen will, als noch Aussicht auf eine Einigung mit den andern Verwaltungen oder auch einer derselben vorhanden ist. In diesem Bestreben hat die württembergische Regierung den Landtag geschlossen hinter sich.

Karlruhe, 21. Mai. (Fig. Bericht.) Für die Reichstagswahl im 7. badischen Reichstagswahlkreis (Offenburg-Stadt), bei welcher sich Nationalliberalen und Centrum gegenüberstehen, haben unsere Parteigenossen beschlossen, für den nationalliberalen Kandidaten Dr. Reuhardt zu stimmen. Der Beschluß wird damit begründet, daß das Centrum immer mehr zur Regierungspartei geworden sei, daß es das Volk betrüge und für seine Verrentung die Anebelung von Kunst, Wissenschaft und Literatur als Gegenleistung verlange. Ueber den Anfall der Wahl, die am Freitag stattfindet, läßt sich Bestimmtes nicht voraus sagen.

Pensioniert wurden in der deutschen Armee seit 1. April dieses Jahres: 2 Generalleutenants, 5 Generalmajore, 16 Oberste, 2 Oberstleutenants, 31 Majore, 49 Hauptleute, 6 Oberleutenants, 7 Leutenants, 30000 Mann. Kosten pro Jahr circa 425 000 M. Ferner wurden ohne Pension verabschiedet 1 preussischer Oberleutenant und 1 preussischer Leutenant. Ausgeschieden sind 2 preussische Oberleutenants, 11 preussische und 2 sächsische Leutenants. Der Gesamtbestand an Offizieren beträgt somit in den letzten 6 Wochen 135. Von den Pensionierten treffen auf Preußen: 2 Generalleutenants, 3 Generalmajore, 12 Oberste, 2 Oberstleutenants, 26 Majore, 43 Hauptleute, 5 Oberleutenants, 5 Leutenants (Summe 98); auf

Bayern 1 Generalmajor, 2 Majore, 2 Hauptleute, 1 Leutenant (Summe 6); auf Sachsen 1 Generalmajor, 3 Oberste, 1 Major, 1 Hauptmann, 1 Oberleutenant, 1 Leutenant (Summe 8); auf Württemberg 1 Oberst, 2 Majore, 3 Hauptleute (Summe 6). —

Ausland.

Paris, 21. Mai.

Generalkrats- und Bürgermeisterwahlen.

In den geistigen Generalkratswahlen des Seine-Departements, die sich am 21. Mandat erstreckten (Paris ausgenommen, indem die Hauptstadt im Generalkrat durch ihre 80 Gemeinderatsmitglieder vertreten ist), hat die nationalliberale Demagogie recht bescheidene Erfolge zu verzeichnen. Es wurden gewählt 7 Radikale und 2 Sozialisten, 3 Republikaner und 4 Nationalisten. Die letzteren gewannen 3 Sitze, darunter 2 auf Kosten der Radikalen und 1 auf Kosten der Sozialisten. Von den 5 Stichwahlen sind 2 den Sozialisten, 2 den Radikalen und 1 den Republikanern günstig. Dieses Wahlergebnis steht immerhin in einem wohlthuenden Gegensatz zu den Pariser Gemeinderatswahlen, und es ist möglich, daß der Generalkrat des Seine-Departements eine antinationalistische Mehrheit anweisen wird, trotz der nationalliberalen Mehrheit des Pariser Gemeinderats.

Uebrigens werden erst die Bureauwahlen zeigen, wie groß eigentlich die nationalliberale Gemeinderatsmehrheit ist. Daß sie infolge ihrer hundertfachen Zusammenlegung immerlich gespalten ist, hat schon der Beschluß von 37 nationalliberalen Gemeinderatsmitgliedern gezeigt, keine ständige und gemeinsame Fraktion zu bilden. Ein weiser, von reichlicher Selbsterkenntnis geleiteter Beschluß! Die Zahl der „reinen“ Nationalisten, die sich zur Not verständigen könnten, beträgt nicht mehr als 1 1/2 Duzend. Ungefähr soviel Nationalisten haben sich an der Bürgerfahrt nach Saint-Severien zum verbannten Heros, Déroulède, beteiligt. Aber auch diese Reinken unter den Reinken“ haben in ihren Thesen den Löwenanteil an der Siegesbeute jeder für seine Sondergruppe in Anspruch zu nehmen versucht.

Die Bürgermeisterwahlen in den großen Städten der Provinz haben selbstverständlich den Sieg der Sozialisten und der gemäßigten Republikaner bestätigt. Sozialistische Bürgermeister sind gewählt: in Lyon, Marseille, Lille, Roubaix, Saint-Etienne (welche letztere Stadt, wie bereits oben zu bemerken ist, von den Sozialisten neu gewonnen wurde), sowie in einer langen Reihe von mittleren und kleinen Städten und Industrie-Orten. Das Generalkomitee der sozialistischen Partei wird übrigens eine umfassende Statistik der sozialistischen Wahlergebnisse anstellen.

Wachenswert ist die Wahl des Genossen Augagneur zum Bürgermeister von Lyon, obwohl dort die Sozialisten in der Minorität sind. Er wurde mit 31 gegen 22 Stimmen gewählt, die für den früheren gemäßig-radikalen Bürgermeister, Gouleton, abgegeben wurden, der seit 25 Jahren dieses Amt bekleidete. Augagneur ist Professor an der medizinischen Fakultät der Lyoner Universität. Er ist dem Socialismus im Laufe der Dreißigerjahre beigetreten.

Anlässlich der Bürgermeisterwahlen botierten die neugewählten Gemeinderäte der großen und kleinen Städte eine Masse von Glückwünschen und Ermunterungs-Adressen an den Präsidenten Loubet und das Ministerium. Einrecht gelegene Antwort auf die Pariser Wahl und die ministeriellen Pläne der Nationalisten und Radikalen.

Frankreich.

Reformen im Postwesen. Der Handelsminister Millerand hat dem Präsidenten der Republik einen umfangreichen Bericht eingereicht, in welchem er die Notwendigkeit eingehend begründet. Danach soll die Zahl der Austragungen, der Recruten der Postämter namentlich auf dem platten Lande vermehrt werden; ferner hält Millerand eine Verneuerung der Postbureaus, sowie der in, wie der ausländischen telegraphischen und telephonischen Anschlüsse für notwendig. Zu zweiter Linie sind in dem Entwurf vorgesehen eine Reihe Verbesserungen der jetzt geltenden Postvorsätze. Im Zusammenhang damit sind eine Reihe Verbesserungen in dem Arbeitsverhältnisse der unteren Postangestellten vorgesehen. Die Erweiterungen der postalischen Betriebe erfordern zunächst Neueinstellungen von Beamten, durch Verschleimung des Anstalts will der Handelsminister aber auch erreichen, daß die Zahl der Hilfsarbeiter (der nicht festangestellten Beamten) im Postdienst auf das denkbar niedrigste Minimum beschränkt werde. Die in Aussicht genommenen Reformen erfordern an einmaligen Ausgaben 20 Millionen, an laufenden Ausgaben 48 Millionen Franken.

Das Syndikat der Post- und Telegraphen-Angestellten nimmt Gelegenheit, in der „Petite République“, dem Chef für die den Angestellten zugedachten Verbesserungen, um deren Durchführung sie seit Jahren und unter den verschiedensten Ministerien“ vergeblich ersucht haben, zu danken. Gleichzeitig giebt das Syndikat eine Zusammenstellung der Reformen, welche seit Antritt des Ministers Millerand für die Postbeamten bereits durchgeführt sind. Danach ist der Lohn der Telegraphen-Arbeiter durch Ministerialdekret von 4 Frs. bezw. 4.50 Frs. auf täglich 5 Frs. erhöht worden. In einer Reihe von Betriebsabteilungen ist der Arbeitsentgelt erhöht; ferner wurde den Beamten freie Medizin und ärztliche Hilfe zur Verfügung gestellt, während der Dauer der Anstellung einen zehnprozentigen Zuschlag zu ihrem Gehalt, kurz die Lage der Angestellten wurde, soweit dies durch einfache Dekrete (ohne Gesetz) seitens des Ministers geschehen kann, in vielen Beziehungen verbessert.

England.

Ein Kompromiß in der Bundesverfassung. London, 21. Mai. Unterhaus. Bei der zweiten Beratung der Vorlage über den australischen Bund erklärt Chamberlain, er freue sich, dem Hause mitteilen zu können, daß über die Frage der Berufung an den Geheimen Rat ein Abkommen mit den australischen Abgeordneten zu Stande gekommen sei. Nach der nunmehr vorgeschlagenen Abänderung der Vorlage solle dies Berufungsrecht in allen Fällen mit Ausnahme jener, bei denen rein australische Interessen in Betracht kommen, bestehen. Auch habe man sich über die Aufnahme einer Bestimmung geeinigt, wonach die Sanction der Krone für solche vom Bundesparlament angenommene Gesetze nötig sein soll, welche die Bestimmung darauf die Regierung zu diesem Abkommen, welches sowohl England als den australischen Vertretern zum Verdienst gereiche.

Die zweite Lesung der Bill betreffend den australischen Bund wurde alsdann ohne Abstimmung angenommen.

Italien.

Aus Rom schreibt man uns unter dem 16. Mai: Der neue Versammlungssaal unseres Parlaments ist mit der italienischen Arbeiterkammer eingeweiht worden. Das sei ein Vorzeichen für die Zukunft. Die Ereignisse haben sich genau so vollzogen, wie ich vorausgesagt. Bei Wiederzusammentritt der Kammer protestierte die äußerste Linke so energisch gegen die Rede-Cassiotine, und wies die Regierung so scharf jeden Vermittlungsvorschlag ab, daß an ein Weitergehen der jetzigen Kammer nicht mehr zu denken war. Unter dem Alang der Arbeiterkammer, mit der unsre Genossen die erste Sitzung nach den Ferien, die in dem neuen, oder richtiger in dem neuhergestellten Sitzungssaal stattfand, eingeweiht hatten, wurde Tags darauf das Dekret zur Vertagung der Kammer verlesen. Und die Vertagung war nur das Vorbild der Auflösung, die auf dem Fuß folgte, die Neuwahlen werden Sonntag, den 3. Juni, die Stichwahlen Sonntag, den 10. Juni, stattfinden. Also nach sehr kurzer Frist. Die Regierung hat Gile, weil sie weiß, daß die Stimmung im Lande sich immer mehr gegen sie wendet und folglich ein jeder Tag ihr die Aussichten verschlechtert. Und außerdem hat sie noch einen ganz besonderen Grund zu dieser Ueberholung. Die Wählerlisten müssen laut Gesetz in der zweiten Hälfte des Juni erneuert werden, und da die neuen Wähler zum großen Teil unsrer Partei oder doch

der Opposition angehört, so will die Regierung noch mit den alten Listen die Zahlen vorrechnen. Solche Anträge sind kennzeichnend.

Unser Wahlgesetz ist bekanntlich sehr reaktionär; es enthält aber einige Bestimmungen, z. B. die Wahl- und Schiedsklausel, welche den demokratischen und sozialistischen Wahlen Einhalt gewähren. Dies wird freilich zum großen Teil dadurch neutralisiert, daß die Regierung in Italien einen außerordentlichen Einfluß auf die Wahlen hat. Und dieser Einfluß wird diesmal in rücksichtslosster Weise geltend gemacht werden. In ganzem Land arbeitet die Reaktion mit Hochdruck. Von allen Seiten hört man, daß Versammlungen verboten, Vereine aufgelöst werden. Zudem bei der herrschenden Erbitterung wird durch derartige Maßnahmen nur Öl ins Feuer gegossen.

Wir Sozialisten sind nicht überfordert worden, wir waren auf die Auflösung vorbereitet. Das Wahlindivis mit den Republikanern und Radikalen dauert fort und unsere Freunde im Ausland dürfen auf und vertrauen: wir werden unsere Schuldigkeit thun.

Afien.

Eine abermalige Drohnote der Mächte. Den „Times“ wird aus Peking vom 21. Mai gemeldet: Das diplomatische Corps hat heute eine gemeinsame Note an den Sünghihamen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, die „Boxer“- und die fremdenfeindliche Bewegung zu bekämpfen, welche ernste Proportionen angenommen habe. Die Note ist in festem Tone gehalten und stellt in Aussicht, daß, wenn die Bewegung nicht wieder abgewendet werde, die Vertreter der ausländischen Mächte gezwungen sein würden, wieder militärische Wachen nach Peking zu bringen.

Afrika.

Die Lage Amalfis hat sich nicht gebessert. Die Bestürmung durch die Albaner dauert allen Ansehen nach mit unverminderter Heftigkeit fort. Ein Telegramm meldet:

London, 22. Mai. Das Kolonialamt ist seit einigen Tagen ohne Nachrichten von dem Gouverneur von Amalfi.

Amerika.

Miserable der Boeren-Mission in den Vereinigten Staaten. Aus Washington wird vom 21. Mai gemeldet: Staatssekretär Hay empfing heute die außerordentliche Boeren-Gesandtschaft in nicht-offizieller Weise im auswärtigen Amt. Nach der Besprechung, die etwa eine Stunde dauerte, erklärten die Mitglieder der Mission Berichterstatter gegenüber, sie hätten keinerlei Mitteilung zu machen.

Der Senat hat heute mit 36 gegen 21 Stimmen beschlossen, den Boeren-Delegierten den Zutritt zum Sitzungssaal zu verweigern, nachdem der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Davis in nachdrücklicher Rede ausgeführt hatte, die Delegierten seien im Lande herangezogen, indem sie sich an Versammlungen beteiligten und das Volk dafür zu gewinnen suchten, einen Druck auf die Regierung auszuüben.

Trotzdem die Mitglieder der Boeren-Gesandtschaft sich in Schweigen hielten, ließ ein weiteres Telegramm den angeblichen Inhalt der Erklärungen des Staatssekretärs Hay wiedergeben. Demnach soll derselbe erklärt haben, daß Präsident McKinley bei der gegenwärtigen Lage der Dinge sich genötigt sehe, gegenüber England und den Boeren-Republiken bei der Politik der Neutralität und Unparteilichkeit zu verharren.

Wenn die Mitteilung sich auch nur auf Mutmaßungen stützen sollte, so dürfte sie doch den Thatsachen sehr nahe kommen.

Ueber die inneren Zustände Mexikos, die durch die Nachrichten über den Aufstand der Yaqui-Indianer, über den auch wir berichteten, in einem keineswegs günstigen Licht dargestellt worden waren, veröffentlicht der „Hamburger Korrespondent“ die Zuschrift eines „Korrespondenten“ der mexikanischen Verhältnisse, die derselben in einer weitausläufigeren Darstellung zeigt. Die Zuschrift lautet:

Die sehr feiner amerikanische Notiz, der Stempel der Lüge aufgedrückt ist, ersehen Sie daraus, daß die Notiz von fortwährenden inneren Wirren redet, um derothwillen kein Teil zu sehr von Militär entblüht werden dürfe. Du lieber Himmel! Wenn unser Präsident das gesamte Militär in einer Stadt einquartiert, so bringt das nicht die geringste Änderung hervor; daß Mexiko seit 25 Jahren keine Revolution gehabt hat und daß die Zeit der inneren Wirren vorüber ist, dürfte Ihnen bekannt sein; die deutschen Geldmänner wissen das jedenfalls, sonst hätten sie wohl kaum unserem Finanzminister im vorigen Jahre bei der Konvertierung der Nationalanleihe geholfen. Wir könnten es persönlich ganz gleichgültig sein, ob es in Mexiko Revolutionen giebt oder nicht, da ich als Naturforscher gar kein Interesse daran habe; aber ich muß der Wahrheit die Ehre geben, wenn ich andauernd systematische Lügen über einen Staat lese, in dem ich gegenwärtig wohne. Mexiko ist heute finanziell so gut wie irgend ein Staat der Welt; keine Silbermünzen suchen über Paris und höher als die Goldmünzen. Mexiko hat in den letzten Jahren konstant Ueberschüsse, trotzdem das Budget jährlich wächst. In diesem ersten Halbjahre sind schon wieder 2 Millionen Dollar Ueberschüsse in den Finanzen der Föderalregierung. Mexiko hat 14 000 Kilometer Eisenbahn (Deutschland 48 000) und in keinem Lande der Welt werden gegenwärtig so viele Bahnen gebaut, wie hier. Die Industrie nimmt einen mächtigen Aufschwung und der Ackerbau ebenfalls.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission

des Reichstags wurde am Dienstag zunächst die Debatte über die Novelle zum Reichs-Stempelgesetz fortgesetzt. Die Position 6 des Tarifs: Schiffsfrachtkunden, erhielt nach dem Antrage der Abgg. Frese (fr. Vg.) und Dr. Paasche (nat.) folgende Fassung:

Konvaleszenz und Frachtbriefe im Schiffsverkehr zwischen inländischen und ausländischen Seehäfen, oder zwischen inländischen Häfen und ausländischen Seehäfen, sofern sie im Zustande ausgehender, oder befristeter Empfangnahme oder Auslieferung der darin bezeichneten Sendung im Zustande vorgelegt oder ausgehändigt werden. . . 1 M.

Im Verkehr zwischen Hafenplätzen der Nord- und Ostsee, des Kanals oder der norwegischen Küste ausgestellte, vorgelegte oder behändige Konvaleszenz und Frachtbriefe. . . 10 Pf.

Die Abgabe ist für jede Sendung nur einmal zu entrichten.

Ein Antrag Richter, die Frachtbriefe für Nord- und Ostsee-Kanal und die norwegischen Küsten ganz frei zu lassen, wurde abgelehnt.

Zu Artikel 8 der Novelle zum Stempelgesetz beantragt Abg. Müller-Fulda (C.) folgende Fassung für Art. 2 des § 36 des Gesetzes vom 27. April 1894:

Der Prüfung in Bezug auf die Abgabeneintrichtung unterliegen alle diejenigen, welche abgabepflichtige Geschäfte der unter Nr. 4 und 6 des Tarifs bezeichneten Art gewerbmäßig betreiben oder vermitteln.

Dieser Antrag wird angenommen.

Abg. v. Kardorff teilt darauf mit, der preussische Landwirtschaftsminister habe ihn wissen lassen, es sei nicht möglich, die Besteuerung des Totalisators sofort in Kraft zu setzen, wenn nicht die Rennvereine in größte Verlegenheit geraten sollten. Es empfehle sich daher, die erhöhte Steuer für den Totalisator erst später eintreten zu lassen. Abg. Prinz Arenberg (C.) unterstützt diese Anregung. Abg. Graf Stolberg (Konf.) stellt den Antrag, die erhöhte Steuer für den Totalisator erst vom 1. April 1901 ab eintreten zu lassen. Bis dahin seien die Regierungen der Einzelstaaten in der Lage, sich von den Landtagen größere Unterstreichungen für die Rennwettbewerbe zu lassen. Abg. Richter bekämpft den Antrag. Abg. Dr. Paasche befürwortet ihn. Schließlich wird zwar der Vorschlag des Grafen Stolberg abgelehnt, dagegen ein Antrag des Abg. Graf Arnim angenommen, wonach der verdoppelte Stempel für den Totalisator erst vom 1. Januar 1901 ab in Kraft tritt. Im

übrigen soll die Novelle zum Stempelgesetz, deren Beratung hiermit abgeschlossen ist, am 1. Juli 1900 in Kraft treten.

Es folgt noch die zweite Lesung der Novelle zum Zolltarif.

Eine Debatte knüpft sich nur noch an die in erster Lesung beschlossene Zollerhöhung für ausländische Biere. Abg. Richter weist besonders auf die Gefahr der Vergerung hin. Staatssekretär Febr. v. Thielmann erklärt, daß Oesterreich mit der Zollerhöhung auf ausländisches Bier — also vor allem deutsches Bier — vorgegangen sei. Die Abgg. Dr. Gasse, Graf Arnim, Dr. Paasche empfehlen die Beibehaltung des Beschlusses erster Lesung.

Bei der Abstimmung wird der Zoll auf ausländisches Bier aufrecht erhalten, auch im übrigen die Novelle zum Zolltarif-Gesetz unverändert in der Fassung erster Lesung bestätigt. Auch die Zolltarif-Novelle soll am 1. Juli d. J. in Kraft treten.

Es werden darauf noch folgende beiden Resolutionen angenommen:

1. Dem Herrn Reichszollverwalter zu ersuchen, einen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen, der eine Besteuerung der im Zustande hergestellten Schaumweine einführt und gleichzeitig einen Deklarationszwang für die mit künstlichem Zusatz von Kohlensäure hergestellten Schaumweine schafft, sowie bestimmt, daß in Deutschland anferstigte Schaumweine nur unter Angabe des Anfertigungsorts in den Handel gebracht werden dürfen.

2. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens Anfang der nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Sacharins und ähnlicher Süßstoffe in einer der bestehenden Zuckersteuer und der Süßkraft der künstlichen Süßstoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.

Damit hat die Kommission die Beratung des ihr überwiesenen Klottengesetzes beendet.

Der vom Abg. Müller-Fulda verfaßte Bericht über die Beratungen des Klottengesetzes wurde verlesen und genehmigt. Der vom Abg. Dr. Paasche zu erstattende Bericht über die Verhandlungen betr. die Deckungsfrage, also über die Novellen zum Stempelsteuer-Gesetz und zum Zolltarif, soll auch noch diese Woche, wahrscheinlich Freitag, festgesetzt werden.

Der Abg. Dr. Lieber erschien heute zum erstenmal wieder im Reichstag, dem er seit der im Januar erfolgten schweren Erkrankung hatte fernbleiben müssen. Dr. Lieber wurde von zahlreichen Abgeordneten aller Parteien auf das lebhafteste begrüßt und zu seiner Genesung beglückwünscht. Er sieht zwar noch etwas angegriffen aus, fühlt sich aber, wie er versichert, im ganzen recht wohl. Sein Platz war mit einem mächtigen Rosenkranz geschmückt.

Partei-Nachrichten.

Die Erichwahl in Nürnberg.

Man schreibt uns: Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Termin der Wahl und noch hat man nichts von einem eigentlichen Wahlkampf verspürt, wenigstens nicht von der Heftigkeit, wie er sich bei früheren Gelegenheiten stets äußerte. Die Gegner, die ja mit sachlichen Argumenten gegen die Sozialdemokraten nicht ankämpfen können, beschmähren offenbar diesmal ihre früher stets befolgte Taktik, sich in Beschimpfungen gegen einzelne Personen zu ergreifen, wenn sie sich dies nicht etwa bis auf die letzten Tage vor der Wahl aufgespart haben. Bis jetzt ist es im gegnerischen Lager merkwürdig still geblieben.

Der Kampf wird unserer Partei diesmal besonders leicht gemacht. Als Gegner kommen in Betracht nur Freisinn und Nationalliberalismus, die sich namentlich, nachdem sie sich noch vor kaum drei Jahren in der unfruchtbarsten Weise bekämpften, gegen die Sozialdemokratie isoliert haben. Man war sehr gespannt darauf, was der „kommende“, noch „unverbrachte“ Mann sein würde, den die Gegner als Kandidaten proklamieren würden, und man war nicht wenig erstaunt, als bekannt wurde, daß ihre Wahl auf eine ganz unbekannt GröÙe fiel, den Herr Fabrikanten Seiler, der im politischen Leben noch in seiner Weise hervorgetreten ist. Der Kandidat hat am Sonntag in Altdorf, der „Hochburg“ des Freisinn im Wahlkreis Nürnberg, seine Größungsrede gehalten, wobei die nationalliberale „Frankische Morgenzeitung“ ganz unbesonnen aus der Schale schwärzte, indem sie in der Ankündigung dieser Versammlung von dem nationalliberalen Kandidaten Seiler sprach. Das war den Organisatoren der gegnerischen Niederlage sehr unangenehm und der Redacteur des genannten Blattes wurde gezwungen zu berichtigten, daß der Kandidat nicht nationalliberal sei. Man weiß aber trotzdem, wie man daran ist. Der Freisinnigen wurde der im Herzen nationalliberale Kandidat von den Nationalliberalen aufgezwungen, weil jene durch eigene Kraft nicht einmal mehr einen Achtungserfolg zu erringen im stande sind. Von diesem Kandidaten man erwartet man, daß es ihm gelingen werde, die Sozialdemokratie zu besiegen oder doch mindestens stark zu schwächen. Wie lüchlich die Leute in ihren Hoffnungen sind, zeigt die von ihnen angestellte Berechnung, sie brauchen von den 18 000 indifferenten Wählern nur 13 000 für den Wahnschlag mobil zu machen und die Niederlage der Sozialdemokratie wäre fertig!

Ein Objekt des Streits zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen waren stets Marine- und Militärvorlagen; eine Flottenvorlage war auch die Ursache der Größungsreden zwischen beiden bei der Erichwahl im Jahre 1897. Beim Abschluß des diesjährigen Kompromisses glaubte man diesen Punkt nicht berühren zu müssen, da als feststehend angenommen wurde, daß bis zur Wahl über die neueste Flottenvorlage entschieden sein werde. Da dies nun nicht der Fall sein wird, so wird Herr Seiler wohl noch seine Stellung hierzu präzisieren müssen.

Bei Beginn des Wahlkampfes machte das freisinnige Blatt den Versuch, den „Fall Oertel“ für die politischen Zwecke der Radikalmittelpartei auszunützen, mußte dies aber bald als aussichtslos aufgeben.

Die übrigen politischen Parteien sind in diesem Wahlkampf gänzlich bedeutungslos. Die Organisation der Volkspartei sagte den Beschlüssen, da der Wahnschlagkandidat nicht von einem übergenigten Freisinnigen, noch viel weniger aber von einem Demokraten gewählt werden könnte, ihren Parteigenossen zu empfehlen, direkt für Südehen zu stimmen oder sich der Wahl zu enthalten. Die konservative Partei läßt ihren Anhängern freie Hand, nachdem Herr Seiler ihre Anfrage, ob er für Einführung des Hopsenzolls und für Beibehaltung des Talers als Zahlungsmittel eintrete, verneint hatte. Die Centrumpartei stellte in der Person des Dr. Heim einen Jahlskandidaten auf.

Von unserer Seite wird der Wahlkampf mit derselben Promptheit und Sicherheit geführt, wie schon jedesmal bei früheren Wahlen. Fast täglich finden im Wahlkreise Versammlungen statt, deren Verlauf überall Zeugnis ablegt von der Vegetierung für die sozialdemokratische Sache. Die Kandidatur Südehens, der durch seine zweijährige Thätigkeit in der sozialdemokratischen Partei Nürnberg's sich großes Vertrauen erworben hat, findet bei allen Genossen rückhaltlosen Anklang, und so können wir die bestimmte Zuversicht hegen, daß wir am 26. Mai nicht nur einen Sieg, sondern einen glänzenden Sieg erringen werden, der es den Gegnern ein für allemal verleidet wird, sich in trügerischen Hoffnungen zu wiegen. Nürnberg ist eine proletarische Stadt und wird sie bleiben.

4000 Stück Agitationskalender „Ostpreussischer Landbote“ waren unseren Parteigenossen in Königsberg polizeilich beschlagnahmt worden. Jetzt hat die Polizei sie wieder samt und sonders zurückbringen müssen. Die Beschlagnahme hat sich als unhaltbar erwiesen. Die Kalender werden ihren Zweck noch erreichen.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Zu je 100 M. Geldstrafe wurden der Verleger und der Drucker eines Flugblatts, die Genossen Stetzer und Franke in Dessau verurteilt, weil sie in dem Blatt den Staatsminister v. Hofertz beleidigt haben sollen. In dem Flugblatt wurde ihm vorgeworfen, daß er eine Ungeheuerlichkeit gebilligt habe, indem

mit seiner ausdrücklichen Billigung die anhaltischen Kriegervereine Politik getrieben hätten. Der Staatsanwalt bewies aber — und das Gericht schloß sich ihm an — daß die Kriegervereine gar keine Politik trieben.

Mit dieser Sache haben sich nun schon 4 Gerichte befaßt. Das Schöffengericht in erster Instanz verurteilte die beiden zu je 100 M. Geldstrafe, die Berufungskammer sprach sie frei wegen eines Formfehlers in Strafantrage, das Oberlandesgericht hob das freisprechende Urteil auf, weil es keinen Formfehler entdecken konnte und nun verurteilte die Strafkammer wieder.

— Vom Schöffengericht in Striegau wurde Genosse Heingel zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er während des Streiks in einer nicht angemeldeten Versammlung, die sich mit angeblich öffentlichen Angelegenheiten beschäftigte, gesprochen haben soll. Die Versammlung war nur von Berufsgenossen besucht und hat auch nur berufliche Angelegenheiten erörtert.

— Genosse Stolpe in Grünberg in Schlesien soll in einer Versammlung den dortigen Kommerzienrat Beuchelt beleidigt haben. Er wurde deshalb zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Beanttragt waren deren vier.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Von den Berliner Glasbleibern befinden sich noch 88 Mann im Streik. Bewilligt haben 10 Firmen, darunter die Firma Frölich. Inhaber S. Mat, Gollmannstr. 22, mit 15 Mann. Diese Firma hat den Austritt aus dem Bund der Berliner Glasbleiber-Verseher erklärt.

An die Textilarbeiter aller Länder! Arbeitsbrüder! Der internationale Textilarbeiter-Kongress in Roubaix 1897 hat beschlossen, den vierten internationalen Kongress in Deutschland abzuhalten. Die deutschen Textilarbeiter haben die Vorbereitungen getroffen und laden wir alle Nationen freundschaftlich ein. Der vierte internationale Textilarbeiter-Kongress wird vom 16. bis 20. Juli 1900 in Berlin im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, abgehalten.

Der Empfang der Delegierten findet Sonntag, den 15. Juli, im Gewerkschaftshaus statt.

Tagesordnung: 1. Eröffnung des Kongresses Montag, den 16. Juli, und Prüfung der Mandate der Delegierten. 2. Berichtserstattung des internationalen Sekretariats. 3. Berichte über den Stand des Gewerbes und die seit dem letzten Kongress eingetretenen Veränderungen. 4. Abschaffung von Tageslohn-Arbeit. 5. Abschaffung der Ueberzeit- und Nachtarbeit. 6. Wie ist eine bessere Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung möglich? 7. Mittel und Wege, Gesetze für die Arbeiterschaft zu erreichen. 8. Die Vertreter der Arbeiter in öffentlichen Körperschaften. 9. Wie können es die organisierten Arbeiter bewerkstelligen, um dem Genuß alkoholischer Getränke in der Arbeiterklasse wirksam entgegenzutreten. 10. Wie sind die Kongresskosten zu decken.

Abänderungen und Ergänzungen der Tagesordnung sind dem Kongress vorbehalten.

Arbeitsbrüder aller Länder! Die deutschen Arbeiter laden Euch freundschaftlich ein und wir erwarten, daß alle Nationen auf dem Kongress vertreten sind. Wir wollen gemeinsam Mittel und Wege suchen, welche geeignet sind, die schlechten Erwerbsverhältnisse, unter welchen die Textilarbeiter aller Länder leiden, zu beseitigen. Durch gemeinsame Beratungen wollen wir die Wege finden, wie es uns möglich wird, in allen Ländern kraftvolle Organisationen zu schaffen. Wir erwarten Euch, und recht bald Nachricht zu geben, wie viel Delegierte aus Eurem Lande kommen, auch wünschen wir die Adressen der gewählten Delegierten zu erfahren, damit wir diesen das nötige Material zusenden können.

Das Organisationskomitee.

Franz Kocke, Berlin, Marienburgerstr. 31.

Alle Anfragen und dergleichen sind an genannte Adresse zu richten.

Die Arbeiterzeitungen aller Länder werden ersucht, die Bekanntmachungen des Komitees zu veröffentlichen.

Der Verband der Bangeschäfte von Berlin und den Vororten vertritt anheimend von allen Streiks in seinem Verfaßten Verzeichnis. Wir erhielten ein Circular über den Ausstand in Bromberg, das 225 Namen enthielt, ein andres über den Ausstand in Wildau bei Königs-Wusterhausen weist 91 Namen ausständiger Arbeiter auf. Je umfangreicher diese Thätigkeit der Schärfermacherorganisation wird, um so erfolgreicher wird ihr Mittel.

Deutsches Reich.

Die Weisgerber in Remmert i. S. h. l. erhielten nach vierwöchiger Andauer die zehnwöchige Arbeitszeit (bisher elf Stunden) bewilligt. Eine Lohnerhöhung von 10 auf 20 M. sowie verschiedene Verbesserungen der Lohnsätze für Accordarbeit folgten ohne Arbeitszeinstellung die Weisgerber in Hahnau i. S. h. l. durch. In letzterem Ort ist die 10stündige Arbeitszeit vor einigen Wochen durchgesetzt worden. Die Lohgerber und Lederjurister in Breslau, die Weisgerber in Königsee i. S. h. l. und die Lederfabriker in Johannegeorgenstadt i. S. h. l. befinden sich zur Zeit mit den Unternehmern in Unterhandlung. Die Lohgerber in Breslau sind bereits einige Lohnaufbesserungen in Aussicht gestellt, doch von der Verkürzung der Arbeitszeit, worauf gerade von den Arbeitern der Hauptwert gelegt wird, wollen die Unternehmer nichts wissen. Die Arbeiter beharren auf dieser Forderung und werden nicht ruhen, bis sie Geltung bekommen.

Achtung, Metallarbeiter! Infolge der Ausperrung der Formner in der Maschinenfabrik in Buchau bei Magdeburg ist der Zugang streng fernzuhalten. Besonders werden die Berliner Formner gebeten, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen, da aus Berlin fortgesetzte Arbeitswillige eintreffen. Die Ausperrung der Formner ist erfolgt, weil diese eine Reihe von Uebelständen in der Fabrik abgestellt haben wollten. Die bloße Geltendmachung dieser Wünsche legte die Leitung der Firma so in Erregung, daß sofort die sämtlichen Arbeiter dieser Branche angeperrt wurden. Es ist deshalb dringend notwendig, den Zugang fernzuhalten.

Die Ausperrung der Lübecker Metallarbeiter in den beiden großen Betrieben der Maschinenbau-Gesellschaft und der Schiffswerft von Koch ist beendet. Beide Betriebe haben den Arbeitern Zugeständnisse gemacht, die eine Ausnahme der Arbeit empfehlen ließen. Zunächst wird keine Maßregelung stattfinden. Sodann wird eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pfennig eintreten und die Nachschicht mit 20 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Schiffswerft von Koch gewährt den Lohnarbeitern für Lohnerstunden 50 Proz. und den Accordarbeitern 20 Proz. Zuschlag. Der Abschluß des Streiks ist ein äußerst befriedigender, die Organisation der Arbeiter hat sich in trefflicher Weise bewährt, sie hat den Angriff der Unternehmer zurückgeschlagen.

Die Arbeiter der Bremer Erleuchtungs- und Wasserwerke hatten an die Reputation dieser Werke ein Geschick um Erhöhung ihres Lohns gerichtet, das abschlägig befrieden wurde. Die Arbeiter haben darauf die bestimmte Forderung gestellt, ihren Lohn um 20 Proz. zu erhöhen und für Lohnerstunden- und Sonntagsarbeit ihnen 25 Proz. Zuschlag zu gewähren.

In Freital haben die Köpfer (Toppfänger) die Arbeit niedergelegt. Es waren vorher mit den Unternehmern Unterhandlungen angehängt, die leider resultatlos verliefen. Die Forderungen sind minimaler Natur: Einführung eines einheitlichen Tarifs und ca. 3 Proz. Lohnerhöhung. Der einheitliche Tarif ist die wichtigste Forderung, da einige Unternehmer das doppelte Quantum für den gleichen Preis anfertigen lassen.

Textilarbeiter-Konferenz von Rheinland und Westfalen. Am 20. Mai tagte die obige Konferenz in M. Gladbach. Versucht war dieselbe von 58 Delegierten und dem Agitationskomitee aus Eberfeld.

Der erste Punkt der Tagesordnung: der Zersplitterung der niederholländischen Textilarbeiter ein Ende zu machen, wurde dahin erledigt, daß man eine Resolution annahm des Inhalts, daß der Hauptwert der Agitation darauf gelegt wird, den Gedanken der centralen Organisation in den Massen zu fördern und zu pflegen. In der Diskussion wurde betont, daß der Kampf der verschiedenen Arbeiterorganisationen unter einander, welcher dem Unternehmertum nur zum Vorteil gereiche, aufhören müsse.

Zum 2. Punkt: Internationaler Textilarbeiter-Kongress in Berlin wurde beschlossen 8 Delegierte zu entsenden und zwar 7 aus der Rheinprovinz und einen aus Westfalen. Man war allgemein der Meinung, daß, da der Kongress in Deutschland tage, er auch zahlreich von den deutschen Textilarbeitern besucht werden dürfte.

Als letzter Punkt wurde das wichtige Thema Agitation behandelt. Es wurde festgestellt, daß im Agitationsbezirk etwa 18 000 Textilarbeiter in den freien Gewerkschaften organisiert seien, gegenüber weit über 100 000 in der Textilindustrie Beschäftigten.

Die alten Klagen über Dringlichkeit seitens der Behörde und des Unternehmertums hören nicht auf. Besonders wurden viel Maßnahmen aus Langenberg, Kierenhof und Reviogis (dem Wupperthal) gemeldet. Um die Agitation wirksam zu betreiben, hielt man es für angebracht, einen besoldeten Beamten für den Agitationsbezirk anzustellen.

Ein dahingehender Antrag wurde dem Agitationskomitee zur Erörterung überwiesen.

Nachdem noch ein Antrag angenommen worden war, die Vorkommnisse in ihrem Kampf um den Reinstandentag zu unterstützen, wurde die Konferenz geschlossen.

Boykott. Eine Versammlung in Krefeld, welche von etwa 1800-2000 Personen besucht war, verhängte den Boykott über das Bier der Brauerei „Tivoli“. Der Direktor hatte bekanntlich seine Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation gemahnt. Alle Einigungsversuche von Seiten der Arbeiter wurden scharf zurückgewiesen.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts zu Krefeld, Stadtrat Schmid, ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Brauerei. Derselbe wurde um seine Vermittlung angegangen, er erklärte aber, die Leute sind entlassen und damit ist die Sache erledigt. Ein fonderbarer Standpunkt des Vorsitzenden eines Gewerbegerichts.

Das Bochumer Gewerkschaftsstatut strebt auch die Errichtung eines Rechtsbüros an. Die Centralverbände der im Kartell vertretenen Gewerkschaften sollen per Titular um pekuniäre Beihilfe dazu angegangen werden.

Wegen der Streiks bei Schüller in Düren und Schneewind in Birgden hat am Sonntag in Düsseldorf eine Sitzung der Centralvorstände der christlich-sozialen Textilarbeiter-Vereine stattgefunden. Hier wurde beschlossen, die Ausständigen nach Kräften zu unterstützen, weil diese Kämpfe zu einer Lebensfrage für die Verbände geworden sei. Es wird ein harter Kampf werden. Aus all diesen Vorgängen steht man, daß der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt ist. Als ein charakteristisches Zeichen können wir noch anführen, daß die christlichen Verbände nicht mehr die große Anzahl Ehrenmitglieder aufweisen. In Gils, einer Ortschaft im Kreise Kempen nahmen die Ehrenmitglieder in kurzer Zeit um 10 ab. Den Herren Geistlichen, Bürgermeistern und Unternehmern gefält der Geist der Organisation nicht mehr.

Der Ausstand der Strassenbahn-Angestellten in Karlsruhe nimmt einen ähnlichen Verlauf wie in Berlin. Der Betrieb ist vollständig eingestellt. Unterhandlungen mit den Angestellten wurden von der Direktion zurückgewiesen, da diese glaubte, durch einige sehr unbedeutende Zugeständnisse in der Lohnfrage alles gekonnt zu haben, was sie gewähren kann. Jedes andre Verlangen, im besondern die Verkürzung der Arbeitszeit, wurde abgelehnt. Obwohl man den Angestellten den Rat gab, es nicht zum Ausstand kommen zu lassen, wurde in großer Erregung dennoch die Arbeitseinstellung beschlossen. Die Ausständigen werden das Gewerbegericht zur Vermittlung anrufen.

Sociales.

Gegen das Unfallversicherungs-Gesetz nach den Beschlüssen des Reichstags zweiter Lesung beschloß der Verband der deutschen Berufsgenossenschaften in einer zu diesem Zweck zusammengetretenen außerordentlichen Verbandssitzung einen Protest. Er richtet sich nur gegen zwei Punkte, nämlich gegen die Erlegung der bisherigen berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte durch territoriale und gegen die Erhöhung der Reservefonds. Von der Aenderung der Organisation der Schiedsgerichte befürchten die Unternehmer eine erhebliche Durchbrechung der berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltung. Wir sind ganz für Selbstverwaltung, aber die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften bedeutet nicht weiter wie die Selbstverwaltung der Unternehmer und die vollständige Ausschließung der Arbeiter bei einer Einrichtung, wo vollste Parität eine unbedingte Notwendigkeit wäre. Von der Erhöhung der Reservefonds fürchtet man eine Verminderung der Leistungsfähigkeit des Gewerbes.

Bei dieser Gelegenheit erwies sich der rühmlichst bekannte Kammermeister Felisch wieder als Scharfmacher. Die vorgelegte Resolution war ihm „viel zu weichherzig“. Die Aenderung der Schiedsgerichte sei ein Schlag ins Gesicht der Berufsgenossenschafts-Verfassung, die eben eine Aburteilung durch Sachverständige bedingt. Die Erhöhung der Reservefonds sei eine unerträgliche Last und eine Vergeudung, gegen welche man den schärfsten Protest erheben müsse.

Er fand lobhaften Beifall und setzte eine Verschärfung des Tons der Resolution durch.

Arbeiterkammern in der Landwirtschaft. Von der Strafkammer in Halle wurde am Sonntagabend der Gutsherr G. Pöschel aus Serdig bei Wehra wegen fahrlässiger Körperverletzung und wegen Hebereugung einer Polizeiverordnung betreffend Schutzvorrichtungen an Maschinen zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Eine bei ihm beschaffte Mähwage war mit den Fingern in ein Getriebe geraten und hat sich dabei zwei Finger erheblich verletzt, so daß eine Steifheit an diesen zurückbleiben wird. Der Unfall wäre nicht möglich gewesen, wenn die vorgeschriebene Schutzvorrichtung vorhanden gewesen wäre. Der Angeklagte war zur Anbringung der Schutzvorrichtung verpflichtet, hat sich aber um seine Pflicht nicht gekümmert. Er entschuldigte sich damit, daß in der ganzen Gegend die landwirtschaftlichen Maschinen nicht geschützt seien. Der Amtsvorsteher habe auch keine Schutzvorrichtungen an seinen Maschinen. Der als Sachverständiger vernommene Gewerbe-Inspektor Häußler bestätigte, daß die Maschinen des Amtsvorstehers keine Schutzvorrichtungen haben.

Die Herren Agrarier scheinen sich danach noch ungenierter über die bestehenden Vorschriften hinwegzusetzen und das Leben der Arbeiter noch schlimmer zu misshandeln, wie die industriellen Unternehmer. Eine Geldstrafe von 30 M. ist auch nicht gerade geeignet, den Herren Achtung von dem Gesetze und Achtung vor dem Menschenleben beizubringen.

Der Krieg.

Ein Telegramm des Feldmarschalls Robert Schillert den Entschluß von Masfeking in folgender Weise:

Oberst Mahon zog am 18. Mai, 4 Uhr morgens, in Masfeking ein, nachdem er am 17. Mai neun Meilen von Masfeking einen heftigen Kampf mit einer 1600 Mann starken Boerenabteilung zu bestehen gehabt hatte. Die letztere wurde nach fünfständigem Kampfe und hartnäckigem Widerstand aus ihrer starken Stellung vertrieben. Am Morgen des Kampfs war eine Abteilung kanadischer Artillerie nach einer Reihe von Eilmärschen zu Mahon gestochen und leistete diesem wertvolle Hilfe. Der englische Verlust beträgt etwa 30 Mann, die Verluste der Boeren sind schwer.

Der englische Vormarsch.

Eine weitere Depesche Lord Roberts aus Kroonstad besagt: Buller berichtet, sein Vormarsch werde wegen der Zerstörung der Eisenbahn um einige Tage verzögert. Dundie meldet, daß er Lohbrand besetzte. Hunter rückt längs der Eisenbahn mit Vorräten für die Garnison von Masfeking vor und richtet einen Hospitalzug ein für die Beförderung der Kranken nach Kimberley. Methuen hat Hoopstad verlassen, um mit Hunters Abteilung zu kooperieren.

„Morning Post“ berichtet aus Kroonstad vom 20. d. M., die Boeren verlassen Hartswijk und wenden sich nach Norden. Es gehe das Gerücht, daß der Vanrenenspaah frei sei und daß der Vothapah nur von wenigen Boeren verteidigt werde.

Bei den Boeren.

Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ in Kroonstad meldet, General Dewet spreche sich für Waffenstreckung aus, wenn annehmbare Bedingungen erlangt würden; der Oberkommandant Botha dagegen rate zum Widerstande.

Dem „Daily Express“ wird aus Lourenço Marques vom 22. Mai gemeldet: Die Boeren sangen an, Pretoria zu verlassen. Die Frauen und Kinder werden mit der Eisenbahn von der Hauptstadt nach Namakobop gesandt, welches auf dem Wege nach Lydenburg liegt, wo die Boeren ein Lager aufzuschlagen gedenken.

Letzte Meldungen.

London, 22. Mai. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Kapstadt von gestern: Wie verlautet, sind die englischen Truppen in Vereeniging eingetroffen und haben die Brücke über den Goats-Fluß unverletzt gefunden; es verlautet ferner, daß 27 dem Freistaat und Transvaal gehörige Lokomotiven erbeutet sind, von welchen 7, die reparaturbedürftig sind, nach Kapstadt gesandt wurden.

London, 22. Mai. Eine Depesche des Generals Buller aus Newcasile von heute berichtet, er habe von dem Oberst Bothams die Nachricht erhalten, daß, als eine Schwadron der besetzten Infanterie Bothams sich gestern auf dem Marsche nach Newcasile befand, ihr etwa sechs Meilen südwestlich von Vryheid ein Hinterhalt von den Boeren gelegt worden sei. Sehr wenige seien entkommen; der Gesamtverlust betrage etwa 60 Mann. Bothams sei nach Rautu zurückgekehrt, um Vorräte zu holen, und marschierte heute nach Newcasile. Buller hatte Bothams beordert, mit 500 Mann nach Rautu vorzurücken, welches, wie verlautete, vom Boende geräumt war.

England und der Krieg.

Von unserem Londoner Korrespondenten wird uns geschrieben: London — ganz England ist in Ekstase. Keine Nachricht vom Kriegsschauplatz ist mit gleichem Jubel aufgenommen worden, wie die Meldung von der Entsetzung Masfeking. Ein allgemein menschliches Empfinden, das das Interesse am Objekt des Krieges selbst weit übersteigt, hatte in den letzten Wochen die Augen aller dem kleinen Lager an der Westgrenze des Transvaal zugewandt, wo seit sieben Monaten Oberst Baden Powell mit rund 800 Mann meist irregulärer Truppen sich gegen ein starkes Belagerungskorps zu verteidigen hatte, das den Platz immer enger umzingelt hielt. Die unerschütterliche Festigkeit, mit der Führer, Truppe und Einwohner alle Härten der Belagerung ertrugen, und die unerschütterliche Frische und Energie, die der erstere in der Verteidigung anbrachte, hatten ihnen die Sympathien der großen Masse aller Bevölkerungsschichten gewonnen, und der Name Baden Powell war zulezt ebenso populär, wenn nicht noch populärer als der des gefallenen General Roberts. Ich glaube nicht, daß der Einzug in Pretoria auch nur annähernd gleich allgemeine und tiefe Freude hervorgerufen würde. Vor allem würde die Gemüthsartigkeit des Jubels nicht die gleiche sein. Gestern und heute feiern selbst Leute, die Gegner des Krieges sind.

Welches wird nun dessen Gestaltung sein? Masfeking ist an sich kein strategisch sehr wichtiger Platz; er erhielt nur besondere strategische Bedeutung durch den Umstand, daß dort eine gefestigt gehaltene Garnison besetzt werden mußte. Um der moralischen Wirkung willen, die sein Fall zur Folge gehabt hätte, mußte die englische Heeresführung bei ihren Anordnungen sehr viel mehr Rücksicht auf es nehmen als seine Lage sonst nötig gemacht hätte. Von dieser Notwendigkeit ist sie nun jetzt befreit und erhält damit größere Bewegungsfreiheit, während die Widerstandskraft der Boeren, wenn nicht gebrochen, so doch erheblich verringert ist. Sie haben Natal und die Kapkolonie geräumt und sehen sich immer mehr von englischen Truppen bedrängt, denen sie nirgends lange Standhalten können.

Es ist daher begreiflich, daß die Ansicht um sich greift, man stehe vor einem baldigen Friedensschluß. Natürlich können die Boeren den Krieg sehr verlängern, wenn sie einen Teil ihrer Kräfte in gut besetzte und reich verproviantierte Plätze zurückziehen und durch den andern eine Art Guerilla führen. Die Frage ist nur, was sie dadurch erreichen können und ob eine solche Kriegsführung den Bedingungen ihres Landes entspricht. Das letztere ist sehr fraglich, und hinsichtlich des ersteren kann es sich nur um die Spekulation auf eine auswärtige Vermittlung handeln, die England nötigen könnte, seine Truppen plötzlich aus Südafrika zurückzuziehen.

Angewisselt haben die Boeren von Anfang an dergleichen gehofft und sind wohl auch von guten Freunden in dieser Hoffnung bestärkt worden. Aber bis jetzt hat sie ihnen nur Enttäuschungen gebracht, und so wäre es begreiflich genug, wenn bei ihnen das Gefühl zum Durchbruch käme, daß es mit dieser Spekulation nichts und daher länger ist, beizugehen zu retten, was zu retten ist. Es entspräche ein solcher Entschluß übrigens nur der Taktik, die sie überhaupt in diesem Kriege geübt haben. Indes muß man abwarten, was die nächsten Tage bringen.

Nachdem Herr Chamberlain vor seinen Wählern in Birmingham es als das Programm der Regierung erklärt hat, die Boerenstaaten nach einer Periode militärischer Besetzung in selbstverwaltende britische Kolonien zu verwandeln, mit andern Worten sie zu annektieren, hat jetzt der Vorsitzende des Südafrika-Verhörsamts, Mr. Leonard Courten, ein Schreiben an Lord Salisbury ergehen lassen, worin er namens des Komitees gegen die Annexion als einen unpolitischen, ungerechten und den Versprechungen Englands im Westafrikanischen Akt Protest erhebt, der in der modernen Geschichte nur mit der Teilung Polens verglichen werden könne. Die Vernichtung von Freiwirtschaften und die Schaffung befriedigender Zustände in Südafrika könne dadurch am besten gesichert werden, daß man den beiden Republiken unter der Bedingung billiger Gewährung des Wahlrechts, weitgehender Abrüstung und der Verpflichtung zu friedlicher Erledigung von Streitfragen die innere Unabhängigkeit belasse. Auf den 25. Mai ist eine Versammlung der Mitglieder und Affiliierten des genannten Komitees einberufen, wo diesem Protest deren Zustimmung erteilt werden soll. Auch wird man dann wohl die Frage erörtern, ob ein Feldzug zur Gewinnung der Massen für den Protest ins Werk gesetzt werden soll. Daß die Ansichten eines solchen nicht sehr günstige sind, verhehlen sich die Mitglieder des Komitees natürlich in keiner Weise. Es ist nicht nur der Siegesstachel, der ihm im Wege steht, der Zweifel, ob durch halbe Maßregeln ein dauernder Friede gesichert werden kann, ist ein mindestens ebenso harter Gegner. Courtenes Programm ist, genauer betrachtet, sehr unbestimmt. Je nachdem es ausgefüllt wird, kann es den Boeren jodeln nehmen, daß ihnen von der Unabhängigkeit nur der Name bleibt, oder auf eine Erneuerung der Konvention von 1884 mit ihren Zweideutigkeiten hinauslaufen.

Jene Konvention war ein Produkt der Verschleppung, des Hinausschiebens unangenehmer Entscheidungen, und wenn gegen irgend etwas Reaktion eingeleitet hat, so gegen diese. Der Hinweis auf die Kosten, die sie England verursacht hat, bildet eines der stärksten Argumente der Annektionspartei. Eine andre Stütze findet die letztere in der eingewirkelten Ueberzeugung des Durchschnitts-Engländer, daß es auf der Welt kein besseres, mehr freiwirtschaftliches Regierungssystem gebe als das englische, und daß die Boeren sehr bald die glückseligsten Menschen von der Welt sein und Gott danken werden, daß er den Engländern gebohen hat, ihr Land dem britischen Reich einzuverleiben. Was abzuwarten sein wird.

Ein Sieg Waldeck-Rousseaus.

Das Ministerium der Verteidigung der Republik hat den ersten Ansturm, der bei dem gestrigen Wiederzusammentritt der Kammer gegen dasselbe herandrängte, glücklich überstanden. Die Öffnung der Reaktion, die verhoffte Regierung zu Fall zu bringen, hat sich einstweilen noch nicht erfüllt.

In der Deputiertenkammer wurde nach einer Eröffnungsrede des Präsidenten Deschanel über die Interpellation Gouzy verhandelt. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärte sich für die sofortige Beratung. Gouzy, der über die Politik der Regierung im allgemeinen interpellieren will, fragt an, welche Reformen die Regierung einzuführen beabsichtige und welche Maßregeln sie zur Verteidigung der Republik zu ergreifen gedenke. (Beifall links.) Cassagnac greift die Regierung lebhaft an, fügt aber hinzu, er wünsche nicht ihren Sturz, denn ihre Politik bringe das Land dahin, der Republik überdrüssig zu werden. (Widerspruch bei den Nationalisten.)

Nach Cassagnac nimmt Ministerpräsident Waldeck-Rousseau das Wort und führt aus, daß die Wahlen für die Gemeinderäte einen Erfolg für die Politik der Regierung bedeuten. Was die Wahlen in Paris betreffe, so seien deren Ergebnisse eine Zweideutigkeit. (Heftige Unterbrechungen bei den Nationalisten.) Er hoffe, diese Zweideutigkeit werde bald beseitigt werden. Waldeck-Rousseau legt sodann dar, in welcher Richtung die Regierung in Zukunft ihre Pflicht zu erfüllen gedenke und fährt fort, man habe den traurigen Streit, welcher Frankreich so lange Zeit hindurch in zwei Lager spaltete, wieder zu entspannen und gegen die Republikaner auszubenten verstanden. Die Regierung sei also auf dem richtigen Wege, als sie, nachdem Drexfus begnadigt, die Verpflichtung übernahm, der Vera des Prozesses und der Repressalien ein Ende zu machen.

Damit habe die Regierung gleichzeitig einen Akt der Humanität und der Vernichtung der Gemüter erfüllt. (Beifall auf der Linken; vereinzelter Widerspruch von verschiedenen Seiten.) Waldeck-Rousseau erklärte schließlich, die Kammer möge ein Gesetz votieren zum Schutze gegen Verleumdung des Staatsoberhauptes, ferner ein Gesetz betreffend die Assoziationen, da es unmöglich angeht, eine tote Hand immer mehr amachsen zu lassen und dadurch den Gegnern der Republik den Kriegsschauplatz zu füllen. Er fordert auch die Kammer auf, ein Unterdrückungsgesetz zu votieren, ein solches betreffend die direkten Steuern und ein Gesetz betreffend Altersversorgung der Arbeiter. Schließlich stellt der Ministerpräsident die Vertrauensfrage. (Wiederholter lebhafter Beifall auf der Linken.)

Hierauf spricht Ribot. Er führt aus, die Gemeinderatswahlen hätten einen Erfolg für die Republik, aber nicht für die Regierung ergeben; das Centrum verlange die einfache Tagesordnung.

Waldeck-Rousseau spricht sich dagegen aus, und die einfache Tagesordnung wird hierauf mit 268 gegen 249 Stimmen abgelehnt.

Dagegen wurde die von Waldeck-Rousseau acceptierte Tagesordnung Gouzy angenommen: „Die Kammer ist geschlossen, energisch eine Politik der Reformen sowie des Schutzes der Republik und des Laurentins zu verfolgen, billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.“ Der erste Teil dieser Tagesordnung bis zu den Worten „billigt die Erklärungen usw.“ wird mit 439 gegen 36, der zweite Teil mit 271 gegen 226 Stimmen angenommen.

Im weiteren Verlauf entstand eine Debatte über die „Drexfus-Affaire“. Nach Annahme der Tagesordnung Gouzy beantragte mehrere Deputierte, der Tagesordnung eine Aufforderung an die Regierung hinzuzufügen, sich energisch jeder Wiederaufnahme der Drexfus-Affaire zu widersetzen. (Beifall im Centrum.) Pelletan fordert Erklärungen über die Mittel, welche anzuwenden möglich sei. Waldeck-Rousseau spricht mehrmals seinen festen Willen aus, jede erneute Agitation zu verhindern und Vernichtung herbeizuführen. Er habe die Amnestievorlage eingebracht und könne den zur Tagesordnung beantragten Zusatz nur als Billigung seiner Erklärungen ansehen; (Bewegung auf verschiedenen Seiten.)

Gumbert verlangt Aufklärungen über die neuliche Meldung des „Gelair“, in welcher der Geheimpolizist Thomps beschuldigt wurde, daß er Schritte zur Wiederaufnahme der Drexfus-Affaire unternähme. (Lärm.) Redner fordert sodann den Ministerpräsidenten auf, zu erklären, daß er nicht beabsichtige, sich zu den Machenschaften derjenigen herzugeben, welche die Drexfus-Affaire von neuem wieder aufleben lassen wollten. (Beifall im Centrum.) Waldeck-Rousseau erwidert, die Geheimpolizisten seien mit Erkundigungen militärischer Natur beauftragt worden und hätten den Befehl erhalten, gewisse Mißgriffe, welche früher begangen worden, zu vermeiden. Seine Agenten hätten sich daran gemacht, die Individuen zu entlarven, die der Regierung gegenüber förmliche Erpressungen zu begeben versuchten. (Beifall.)

Kriegsminister Gallifet bemerkt, er könne nur wiederholen, daß der Fall Drexfus abgeschlossen sei dem zweiten Bureau des Kriegsministeriums habe er eine Beantwortung der Briefe des genannten Individuums unterlagt. Im Kriegsministerium sei nichts tadelnswertes getan. (Einstimmiger Beifall.) Nach einer Entgegnung Gumberts und nachdem noch Gallifet versichert hat, daß im zweiten Bureau keine der Briefe geöffnet, sei beschließt die Kammer mit 457 gegen 78 Stimmen, der Tagesordnung Gouzy den Zusatz anzufügen, die Kammer ersuche die Regierung, sich energisch jeder Wiederaufnahme des Drexfushandels zu widersetzen.

Die Tagesordnung Gouzy in der Gestalt, die sie nunmehr durch diesen Zusatz erhalten hat, wird mit 286 gegen 237 Stimmen angenommen und die Sitzung hierauf geschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Ende der Vergnügungstour.

Strasbourg i. El., 22. Mai. (B. L. W.) Dem Bürgermeister ist ein Telegramm des Kapitän-Lieutenants Junke zugegangen, in welchem dieser mitteilt, daß die Fahrt der Torpedoboote nach Strasbourg sich als unausführbar herausgestellt habe. Die Boote gehen morgen nach Mainz.

Dresden, 22. Mai. (B. H.) Eine große Feuerbrunst hat in der vergangenen Nacht einen bedeutenden Teil der Fabrik der Gebrüder Karmewitz zerstört. Außer den Gebäuden sind auch bedeutende Warenvorräte und Modelle vernichtet. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Ein Feuerwehmann ist bei den Lösungsarbeiten verunglückt.

Paris, 22. Mai. (B. L. W.) Senat. Präsident Fallières eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in welcher er hervorhebt, welchen Erfolg die Ausstellung bedente. Redner widmet sodann den Souveränen und Völkern, welche Frankreich einen Beweis so lebhafter Sympathie gegeben haben, Worte des Dankes und der Hochachtung. (Beifall.) Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

New York, 22. Mai. (B. L. W.) Mac Kinley hat heute die Boerentommission empfangen.

Baden in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblätter.

Reichstag.

200. Sitzung, Dienstag, den 22. Mai 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Fürst Hohenlohe. Der Platz des Präsidenten ist mit einem großen Blumenstrauß aus roten und rosa Rosen geschmückt.

Präsident Graf Vallasstrom:

Ich eröffne die 200. Sitzung des deutschen Reichstags in dieser Session und danke den Herren, die aus dieser Veranlassung meinen Sitz so schön geschmückt haben, für ihre Aufmerksamkeit. Es ist jedoch ein Antrag Pompeich und Genossen (C) eingegangen, betreffend einen neuen Entwurf des Gesetzes über Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs. Der Antrag wird eben verteilt. Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Abg. Dr. Spahn (C.) zur Geschäftsordnung:

Ich beantrage, den ersten Gegenstand der Tagesordnung abzusetzen und als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen 1. und 2. Lesung des eben angeführten Antrags.

Präsident Graf Vallasstrom:

Ueber den ersten Vorschlag des Herrn Abg. Spahn kann das Haus mit Stimmenerhebung beschließen. Der zweite ist nur zulässig, wenn kein einzelnes Mitglied widerspricht.

Der erste Antrag des Abg. Spahn wird hierauf einstimmig angenommen. Gegen den zweiten erhebt sich kein Widerspruch.

Das Haus tritt danach in die Beratung des Antrags Pompeich ein, welcher die in dritter Lesung bereits angenommenen Bestimmungen der lex Heinze wieder aufnimmt, ausgenommen die §§ 184a und 184b. Von § 184a ist nur die Bestimmung stehen geblieben, wonach mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 M. bestraft wird, wer Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, die, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, einer Person unter 16 Jahren gegen Entgelt überläßt oder anbietet.

Abg. Graf Pompeich (C.):

Ich habe im Namen der weitaus größten Mehrzahl meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben: Wir haben unseren Initiativantrag in Verbindung mit andern Parteien eingebracht, nachdem auf Grund einer vom Präsidenten herbeigeführten Verständigung die Annahme dieses Initiativantrags durch die andern Parteien gesichert und dadurch ein erheblicher Fortschritt in der Bekämpfung der Unzüchtigkeit gewährleistet ist. Für uns liegt der Hauptwert in den Strafbestimmungen gegen die Herstellung und Verteilung unzüchtiger Schriften, Abbildungen und Darstellungen, sowie in dem Schutz der Jugend gegen solche Darstellungen. Diesen Bestimmungen legen wir ein so großes Gewicht bei, daß wir Bedenken tragen, Bestimmungen von so großer Tragweite von dem Schicksal anderer Bestimmungen abhängig zu machen. (Bravo!)

Abg. Singer (Soz.):

Gegenüber den Erklärungen des Herrn Vorredners will ich nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß bei der Werkschätzung, welche er einem Teil der ehemaligen lex Heinze entgegengebracht hat, es etwas wunderbar erscheint, daß die Herren diese Werkschätzung nicht schon früher zum Ausdruck gebracht haben. Sie hätten uns dadurch vielleicht eine Reihe von Debatten erspart. (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten.) Was der Antrag selbst anlangt, so habe ich namens meiner Freunde zu erklären, daß wir nicht in der Lage sind, in der Gesamtabstimmung für diesen Antrag stimmen zu können. Ich will auf die Paragraphen, die in früheren Verhandlungen bereits erledigt sind, nicht zurückgreifen. Ich will in der Generaldiskussion nur einige Bemerkungen zu dem § 184a dieses Antrags mitteilen. Dieser Paragraph führt in das Strafgesetzbuch ein neues Delikt ein, nämlich er bestraft diejenigen mit Strafe, die Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, welche, ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen, einer Person unter 16 Jahren überlassen. Diese neue Bestimmung ist durchaus lausichulartig und ein ganz schamvoller Begriff. Wir haben die Bestimmung, daß bei der in Deutschland herrschenden Rechtsprechung diese Bestimmung so interpretiert werden wird, daß andre Sachen getroffen werden, als der Antragsteller selbst vielleicht wünscht. Nach den Erfahrungen, welche die deutsche Rechtsprechung mit dem sogenannten Groden Unflug-Paragraphen gemacht hat, ist es uns unmöglich, einem derartigen Paragraphen unsere Zustimmung zu geben. Wir fürchten, daß, wenn ein solcher Begriff erst einmal eingeführt ist, dann wahrscheinlich auch dazu übergegangen wird, ähnliche denkbare Bestimmungen auch nach anderer Richtung in das Strafgesetzbuch hineinzubringen. Wir werden also gegen die einzelnen Bestimmungen und auch gegen das Gesetz im ganzen stimmen. Unsere Bedenken sind aber nicht so schwerwiegend, daß sie uns veranlassen könnten, der Erledigung dieses Antrags geschäftsmäßige Schwierigkeiten in den Weg zu legen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Wassermann (natl.):

Meine politischen Freunde sind bereit, für den vom Grafen Pompeich vorgelegten Gesetzentwurf zu stimmen, da in ihm keine Ausnahme gefunden haben die Bestimmungen der lex Heinze, die sich auf den sogenannten Theaterparagraphen beziehen und bezüglich der Kunst und Wissenschaft die wesentlichsten Bestimmungen, die bei uns Anstoß erregt haben, weggefallen sind. Allerdings erregt § 184a auch in den Kreisen meiner politischen Freunde erhebliche Bedenken und wir hätten es vorgezogen, wenn auf ihn ganz Verzicht geleistet worden wäre. Es wird hier ein neuer Begriff in das Strafgesetzbuch eingeführt und wir können nicht anerkennen, daß der Ausdruck „ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen“ ein juristisches Meisterwerk ist. Der Begriff des Schamgefühls ist schwankend und veränderlich nach Gegenden, Ständen und dem Bildungsgrad. Andererseits enthält der Paragraph ja eine wesentliche Einschränkung, indem nur der Verkauf solcher Darstellungen an Personen unter 16 Jahren verboten ist. Wir sind daher bereit, unsere Bedenken zurückzustellen, weil auch wir auf die Bestimmungen, die verschärfte Strafe gegen die Anpöbeln vorschlagen, großen Wert legen, und auch aus großen allgemeinen politischen Erwägungen heraus, da wir es für wünschenswert halten, daß wir mit dieser ganzen Materie einmal zu Ende kommen.

Abg. Richter (fr. P.):

Schließt sich dieser Erklärung an. Wir werden gegen den § 184a, aber in der Gesamtabstimmung für den Antrag Pompeich stimmen.

Abg. v. Lebedow (L.):

Meine Freunde werden dem allerdings recht mageren Vergleich zustimmen, weil wir Wert legen auf den Rest des § 184a und weil wir dem Lande den Anblick der bis dahin unerhörten Vorgänge der letzten Tage ersparen wollen. (Oh! links.)

Abg. Richter (fr. P.):

Nach den Worten des Herrn Vorredners hätten wir Gelegenheit, eine Kritik nach rückwärts zu üben. Aber ich will mich jetzt auf die kurze Erklärung beschränken, daß der vorliegende Antrag sich im ganzen überwiegend mit unserer Auffassung deckt bis auf den § 184a. Dieser Paragraph ist aber derartig gegen den bisherigen in seinem Wesen und seiner praktischen Bedeutung herabgemindert, daß für uns kein Grund vorliegt, deshalb die Erledigung der Sache anzuhalten.

Abg. Haubmann-Wöblingen (südd. P.):

Auch meine Freunde werden das Zustandekommen des Antrags Pompeich nicht verhindern. Die Bedenken, die wir bisher gegen den § 184a im Interesse der Kunst und Litteratur haben mühten, sind durch die neue Fassung beseitigt. Gegenüber Herrn v. Lebedow

bemerke ich nur, daß es sich für uns nicht um einen Vergleich, sondern um ein Nachgeben der Mehrheit handelt. Der jetzige § 184a hat praktisch keine wesentliche Bedeutung. Daher werden wir auch über ihn keine namentliche Abstimmung beantragen, da wir es nicht für richtig halten, daß über Kleinigkeiten namentlich abgestimmt wird. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (Sp.):

erklärt für seine Freunde die Zustimmung für den Antrag Pompeich.

Abg. Cegielski (Pole):

Auch meine Freunde werden in vollem Bewußtsein der Brauchbarkeit und Nützlichkeit des Antrags Pompeich für denselben stimmen, der nach meiner Meinung eine erfreuliche Förderung der Sittlichkeit zur Folge haben wird.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antik.):

Da nicht mehr zu erreichen ist, werden meine Freunde für den Antrag Pompeich stimmen. Die Lage im Hause wird ja am besten charakterisiert durch den Strauß auf dem Präsidentenplatz. Rot und seine Nuancierungen überwiegen, das Grün kann auf sich beziehen, wer will. (Heiterkeit rechts.)

Die Generaldiskussion ist geschlossen und damit die erste Lesung beendet. Das Haus tritt sofort in die zweite Beratung ein. Der Präsident ruft die einzelnen Paragraphen auf, es meldet sich aber niemand zum Wort.

Gegen den § 184a stimmen die Freisinnigen und die Socialdemokraten.

Der Antrag Pompeich wird in zweiter Lesung debattelos genehmigt.

Abg. Spahn (C.):

Da der Antrag Pompeich in zweiter Lesung unverändert angenommen worden, beantrage ich jetzt sofort die dritte Lesung vorzunehmen.

Präsident Graf Vallasstrom:

Der Antrag Spahn ist durchaus ungewöhnlich. Es wird noch niemals im Reichstag vorgekommen sein, daß ein derartiger Antrag gestellt worden ist. Aber vielleicht ist das Haus der Meinung, daß eine ungewöhnliche Situation auch ungewöhnliche Maßnahmen im Gefolge hat. Der Antrag Spahn ist natürlich nur zulässig, wenn allgemeines Einverständnis herrscht. Wir können dem Antrag Spahn stattgeben, da ja, wenn niemand widerspricht, das Haus Herr über seine Geschäftsordnung ist. (Stürmische Heiterkeit.) Es widerspricht niemand.

Das Haus ist also damit einverstanden, daß sofort die dritte Lesung vorgenommen wird.

Abg. Dr. Spahn (C.):

Da der Antrag Pompeich in zweiter Lesung debattelos genehmigt worden ist, so beantrage ich jetzt, den Antrag in dritter Lesung en bloc anzunehmen.

Präsident Graf Vallasstrom:

Auch das ist nur zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt. Ein Widerspruch erhebt sich nicht. Die en bloc - Annahme ist genehmigt.

Bei der Abstimmung in dritter Lesung stimmen nur die Socialdemokraten und die freisinnige Vereinigung sowie die Abgg. Mundel, Träger und Dr. Müller-Reinigen dagegen.

Präsident Graf Vallasstrom:

Jetzt können wir auch gleich die Gesamtabstimmung vornehmen. (Heiterkeit.)

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag Pompeich wieder gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der freisinnigen Vereinigung und der volksparteilichen Abgeordneten Träger, Mundel und Dr. Müller-Reinigen angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Fleischbeschaffungsgesetzes.

§ 1 wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

§ 2 handelt von den Hauschlachtungen. Sofern sich keine Merkmale einer die Genusauglichkeit des Fleisches ausschließenden Erkrankung zeigen, darf die Untersuchung unterbleiben.

Abg. Vech-Coburg (frei. Sp.):

bestätigt einen Antrag, die Worte „die Genusauglichkeit des Fleisches ausschließend“ zu streichen. Den zweiten Absatz will er wie folgt fassen: Die entgeltliche Abgabe einzelner Teile (solchen Fleisches) ist nur gestattet, wenn vorher eine Untersuchung derselben stattgefunden hat. Redner begründet den Antrag damit, daß alles kranke Fleisch, nicht bloß das äußerlich erkennbare kranke Fleisch untersucht werden müsse. Auf dem Lande werde viel ungeeignetes Vieh geschlachtet. In Nürnberg habe sich das Verhältnis zwischen gesundem und ungeeignetem Fleisch wesentlich zu Ungunsten des gesunden Fleisches verschoben, nachdem von der Stadtgemeinde 13 Landgemeinden eingemeindet worden sind.

Abg. Wurm (Soz.):

Es muß immer wieder konstatiert werden, daß dieselbe Majorität, welche dies Gesetz annimmt unter dem Vorwand, die Gesundheit des Volkes zu schützen, hier die Volksgesundheit auf das äußerste gefährdet, indem sie die Hauschlachtungen ganz ohne Kontrolle läßt. Man sagt, die Durchführung der Kontrolle würde die kleinen Bauern zu sehr belasten. Dagegen wenden sich aber die Bauern selbst. In einem Briefe eines Bauern in der „Deutschen Tageszeitung“ werde darauf hingewiesen, daß der mittlere Bauer selten, der keine Bauer fast nie sich den Luxus einer Hauschlachtung leisten könne. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Es ist festzustellen, daß in Nürnberg alljährlich eine große Zahl von Schweinen geschlachtet werden, die trichinos sind. (Widerspruch.) Ja, Herr Richter, warum sollten denn aus die Trichinen bei der blau-weißen Grenze Halt machen. (Heiterkeit.) Daß zur Hauschlachtung sehr viel verdächtig Vieh genommen werden kann, ist unbestreitbar. Auf einer Versammlung des Bunde der Landwirte in Hannover wurde von dem Lehrer einer Fortwirtschafsschule darauf hingewiesen, daß 60 Proz. des Viehs tuberkulös sei und dieser selbe Herr bestätigte, daß Händler versumftig das kranke Vieh zum Verkauf auftrieben. Wir halten nach wie vor eine obligatorische Viehvericherung in Verbindung mit einer obligatorischen Fleischschau für notwendig. Da diese abgelehnt ist, werden wir nicht nur gegen den § 2, sondern auch gegen das ganze Gesetz stimmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ein Gesetz, das so den unlauteren Wettbewerb fördert, kann niemand annehmen, dem es mit der Volksgesundheit wirklich ernst ist. (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Heim (C.):

Unsere bayerischen Bauern sind gegen die Untersuchung der Hauschlachtungen. Sie sind auch ohne Untersuchung ganz gesund und nicht so degeneriert, wie die städtischen Arbeiter mit ihrem amerikanischen Geichte. (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte Herrn Wurm einmal einladen, ein Stück bayerisches Bauernfleisch zu essen. Ich weiß nicht, ob ihm das zu essen erlaubt ist. (Heiterkeit.) aber es ist gut. Die Hauptkontrolle über die Gesundheit des Fleisches läßt der Dienstbote aus. (Nur links: Na, na!) Sie kennen, wenn Sie das bestricken, unsere Verhältnisse nicht.

Abg. Frhr. v. Schele-Wunstorf (Welfe)

beantragt, daß das im Hause geschlachtete Fleisch auch der Untersuchung dann nicht unterzogen werden darf, wenn es nicht ausschließlich im Haushalt des Besitzers verwendet wird. Ferner wünscht er, daß einzelne Teile von solchem Fleisch, das für genussunfähig erklärt ist, in den Handel gebracht werden können, wenn sie nachträglich einer Untersuchung unterzogen sind.

Staatssekretär Graf Posadowsky

bittet den Antrag v. Schele abzulehnen, da er besonders in seinem zweiten Teil dem ganzen Princip des Gesetzes widerspreche, der § 2 wäre in dieser Fassung der Regierung unannehmbar. Eine gelegentliche, entgeltliche Abgabe solchen Fleisches würde übrigens nicht als gewerbmäßiger Verkauf gelten.

Abg. Baudert (Soz.):

Gegenüber dem Herrn Abg. Heim möchte ich doch betonen, daß es weite Kreise von Bauern gibt, die sich in ihren Aussehen durchaus nicht von Industriearbeitern unterscheiden. Man sagt vor dem Haus müsse man Halt machen. Hat man denn etwa beim Jungzwang vor der Familie Halt gemacht? Das hat man nicht gethan, und mit Recht. Die Kosten für die Familien würden beseitigt sein, wenn man unsern Antrag angenommen hätte, die Kosten für die Fleischschau auf das Reich zu übernehmen. Der jetzige § 2 widerspricht der Grundlage des Gesetzes, daher werden wir gegen ihn stimmen.

Abg. Wurm (Soz.):

Es kommt nicht darauf an, was man ißt, sondern wie viel man ißt. (Große Heiterkeit rechts.) Die Industriearbeiter bekommen eben zu wenig amerikanischen Vöfelfleisch, nicht aber, weil sie überhaupt solches Fleisch genießen, sind sie schlecht genährt, wie Herr Heim meinte. Seiner Aufforderung, ein Stück bayerisches Bauernfleisch zu essen, werde ich gerne nachkommen, wenn er es mir herbringt.

Abg. Frhr. v. Schele-Wunstorf (Welfe) will seinen Antrag zurückziehen, falls die Erklärung des Grafen Posadowsky, daß ein gelegentlicher Verkauf von Fleisch nicht gewerbmäßig gelte in die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes komme.

Abg. Dr. Heim (C.):

Wir ist doch der Jude lieber, der seine religiösen Gebote hält, als derjenige, der sie nicht hält. Im übrigen bemerke ich Herrn Wurm gegenüber noch, daß es darauf ankommt, was man ißt und wieviel man ißt. Thatsache ist, daß wirke bayerischen Bauern viel gesünder ansehn, als die Industriearbeiter.

Ein Regierungsrat erklärt gegenüber dem Abg. v. Schele, daß die Auslegung des Gesetzes den Richtern überlassen bleiben müsse. Bei der Auslegung des Nahrungsmittel-Gesetzes sei man auch davon ausgegangen, daß nicht jede Abgabe, die gegen Entgelt erfolgt, einen gewerbmäßigen Vertrieb bedingt.

Abg. Wurm (Soz.):

Auf das Ansehen der Bauern allein kommt es nicht an, stattdessen ist festzustellen, daß die Industriearbeiter größere Kontingente zum Mistkäuf stellen, als die Bauern. Uebrigens werden ja auch unsere Matrosen heute zum größten Teil mit amerikanischem Fleisch genährt, also so schlamm kann es doch nicht sein. Wenn Herr Heim dann schließlich aufsemitische Reigungen verfiel, so ist mir das ja psychologisch erklärlich, es war ja von Schweinerei die Rede. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Heim (C.):

Wenn ich so geschmacklos reden wollte, wie Herr Wurm zuletzt, möchte ich sagen: Der Wurm krümmt sich, wie er kann. (Große Heiterkeit.) Mag doch Herr Wurm erst nachlesen, wie lebhaft die Statistik, die er anführte, bekämpft worden ist, dann werde ich weiter mit ihm darüber reden. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Frhr. v. Schele-Wunstorf (Welfe) nimmt nach der Erklärung des Regierungskommissars seinen Antrag wieder auf.

Damit schließt die Diskussion.

§ 2 wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. (Dagegen stimmen die Socialdemokraten und Freisinnigen.)

Die §§ 3-13 werden debattelos unverändert angenommen.

Der § 14a lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: Die Einfuhr von eingepökeltem oder ähnlich zubereitetem Fleisch, ausgenommen Schweinehälften, Speck und Därme, von Fleisch in Wärschen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten.

Im übrigen ist die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland bis zum 31. Dezember 1903 unter nachstehenden Bedingungen gestattet:

1. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern, die bei Rindvieh ausschließlich der Kälber und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden. Mit den Tierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Stößen auch das Euter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein; der Bundesrat ist ermächtigt, diese Vorschriften auf weitere Organe auszudehnen.

Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zweifelloser Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt. Nach Ablauf des in Absatz 2 bezeichneten Zeitpunkts ist die Einfuhr von Fleisch, ausgenommen Schweinehälften, Speck, reine Oleomargarine und Därme verboten.

Die Abgg. Richbichler (C.) und Genossen beantragen § 14a wie folgt anzunehmen:

Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Wärschen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerleinertem Fleisch in das Zollinland ist verboten.

Die Absätze 2 und 3 entsprechen der Kommissionsfassung. Absatz 4 bestimmt, daß die Feststellung der Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit als unanführbar gelten soll insbesondere bei Sendungen von Vöfelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als vier Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Weiter bestimmt der § 14a in der Fassung Richbichler und Genossen:

Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zwecke seiner Haltbarmachung unterzogen worden ist, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im wesentlichen behalten hat oder durch entsprechende Behandlung wieder gewonnen kann, ist als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen; Fleisch solcher Art unterliegt den Bestimmungen in Ziffer 1.

Der letzte Absatz setzt fest, daß die Bedingungen für die Einfuhr von Fleisch nach dem 31. Dezember 1903 gesetzlich von neuem zu regeln sind.

Der Abg. v. Bonin-Wahrenbusch (L.) beantragt folgenden § 14a:

Der Bundesrat wird ermächtigt, abweichend von den Bestimmungen des § 1, zur Einfuhr in das Reichsgebiet zuzulassen:

1. Speck, Schweinehälften und Därme; 2. geräucherter Schweinehälften und frisches Fleisch, letzteres jedoch nur in ganzen Tierkörpern, die bei Rindvieh, ausschließlich der Kälber, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können. Mit den Tierkörpern muß Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Stößen auch das Euter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein. Der Bundesrat ist ermächtigt, diese Vorschriften auf weitere Organe auszudehnen. Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1903 sind etwaige Ausnahmsbestimmungen für die unter 2 genannten Fleischarten durch Gesetz neu zu regeln.

Durch § 14b wird alles in das Zollinland eingehende Fleisch bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung unterworfen. Ausgenommen hiervon ist das nachweislich im Inland bereits untereuchte und das zur unmittelbaren Durchfuhr bestimmte Fleisch.

Nach § 14c sollen die Bestimmungen der §§ 14a und 14b auf Wildpret, Federwild und das zum Meißelverbrauche mitgeschlachtete Fleisch nur in soweit Anwendung finden, als der Bundesrat dies anordnet.

Abg. Dr. v. Lebekow (S.):

Wir verlangen für die Kosten, die das Gesetz der Landwirtschaft auferlegt, einen Aufschlag, und einen solchen sehen wir in dem Kompromissantrag. Wir vertrauen darauf, daß eine genügende Unterfertigung des eingeführten Substitutionsgesetzes erfolgen wird. Eine gewisse Kompensation für die Landwirtschaft liegt auch bei dem § 14 b und c. Alle meine Freunde hätten gerne die Verhältnisse zweier Lesungen aufrechterhalten. Da diese aber für die Regierung unannehmbar waren, haben wir uns auf den Kompromissantrag geeinigt.

Abg. Dr. Köstke-Kaiserlautern (V. d. L.):

Die Gewinnung und Zubereitung des amerikanischen Fleischs kann nur in den seltensten Fällen nachgeprüft werden. Darum fordern wir mit solchen Nachdruck, daß es von der Einfuhr ausgeschlossen werde. Die Schweiz hat es ja schon getan. Wie können wir denn die Einfuhr des Fleischs verantworten, von dessen Ursprung, von dessen Zubereitung wir gar nichts wissen? Wir wollen keineswegs, daß Fleisch einzu führen überhaupt verboten sei. Wir wollen nur, daß die Ungerechtigkeit beseitigt werde, daß das Fleisch vom Auslande nicht der gleichen Kontrolle unterworfen wird, wie das inländische. Wenn am deutschen Fleisch auch nur das geringste anzuklagen ist, so wird es amtlich begrabt. Die Amerikaner dagegen polemisieren das minderwertige Fleisch ein, und das wird dann als gutes Fleisch dem Volk empfohlen. Diese Ungerechtigkeit sollte längst beseitigt sein. — Für den Kompromissantrag kann ich mich gar nicht begeistern. Sollte er angenommen werden, so müßten wir gegen das ganze Gesetz stimmen. Denn das wäre dann ein Gesetz zum Schaden der deutschen Landwirtschaft und zu Gunsten des Auslands. (Bravo! rechts.)

Abg. Fürst Bismarck (I.):

Ich will nicht so tief in die Materie eindringen wie der Herr Vorkredner. Herr Köstke hat gewiß vieles Interessante gesagt. Leider habe ich bei der Unruhe, die im Hause herrscht, wenig von seinen Ausführungen verstanden. Das Schicksal des ganzen Gesetzes hängt von dem Ausfall unserer Abstimmung über diesen § 14a ab. Wir haben uns zu entscheiden: Entweder das Kompromiß oder gar nichts! Einige sagen nun zwar: lieber den status quo als das Kompromiß. Dilemma! Ich will mich nicht anstellen. Herr Köstke hat die Sache so dargestellt, als ob durch das Kompromiß gar nichts verbessert werde. Das ist doch nicht richtig, sich die deutschen Fleischesser jedenfalls bei Annahme des Kompromißantrags besser stellen als heute, so werden wir vorläufig für dieses Kompromiß stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Wurm (Soc.):

Grade die Arbeiterklasse laufen das amerikanische Fleischfleisch. Die deutsche Armee und die deutsche Flotte hat jetzt 20 Jahre lang amerikanisches corned beef bezogen; es ist also ganz unverständlich, wie die Regierung das Verbot dieses Fleischs zugehen kann. Freilich, sie braucht die Stimmen der Agrarier für die Flotte. Diese lassen sich vor Pfingsten bezahlen und bewilligen dann noch Pfingsten aus „Nationalismus“ die Flotte. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Es ist nicht wahr, daß das Fleisch in Amerika nicht untersucht wird. Die Fleischschau ist in Amerika außerordentlich streng und jedes Stück Fleisch wird zweimal untersucht. — Der ganze Zweck dieses Paragraphen ist, der Landwirtschaft die Konkurrenz vom Hals zu halten, damit diese die Preise nach ihrem Willen erhöhen kann. Wenn Sie behaupten, das Gesetz sei nur aus hygienischen Rücksichten gegeben, so dürfen Sie nichts weiter verlangen, als eine scharfe Kontrolle der Einfuhr, wenn Sie aber mit Einfuhr-Verboten vorgehen und gar nicht erst prüfen wollen, ob das eingeführte Fleisch gesund ist oder nicht, so gehen Sie einseitig im Interesse der Agrarier vor. Im Namen der arbeitenden Bevölkerung protestiere ich gegen eine derartige Gesetzgebung. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hth (natl.): Meine Freunde werden für das Kompromiß stimmen, wenn uns auch der Antrag Bonin viel angenehmer ist. Leider ist aber die Regierung für diesen Antrag nicht zu haben.

Hierauf wird ein Schlufantrag gegen die Stimmen der Linken und Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Reichardt (Soc., zur Geschäftsordnung): Ich wollte nur bemerken, daß mir durch den Schlufantrag die Möglichkeit genommen ist, ausführlich die unheilvollen Wirkungen dieses Paragraphen auf die Industrie des Weininger Oberlands darzulegen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Soc.): Es ist uns unmöglich, für den Antrag Reichardt zu stimmen, wir wollen lieber gar kein Fleischschau-Gesetz als ein schlechtes!

Abg. Baudert (Soc.): Mir ist durch den Schlufantrag die Möglichkeit genommen auf die große Anzahl von Petitionen einzugehen, die aus den streifen der Textilindustrie und der Arbeiter dieser Industrie gegen diesen Paragraphen eingegangen sind.

Auf Antrag des Abg. Dr. Köstke-Kaiserlautern (V. d. L.) ist die Abstimmung über den Antrag Reichardt eine namentliche. Zur Unterstützung dieses Antrags erheben sich die Sozialdemokraten, Freisinnigen und die intransigenten Agrarier der Rechten.

Der Antrag Reichardt wird in namentlicher Abstimmung mit 158 gegen 123 Stimmen angenommen. Damit sind die Beschlüsse zweiter Lesung und der Antrag v. Bonin gefallen.

Der Rest der Vorlage wird ohne Debatte angenommen. Die Gesamtbestimmung wird auf Antrag des Abg. Singer (Soc.) ausgesetzt.

Die Petitionen werden durch die Beschlußfassung für erledigt erklärt. Die Vorlage ist in dritter Lesung angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Nachtragsetats. Gesamtbestimmung über das Fleischschau-Gesetz. Dritte Lesung der zurückgestellten Paragraphen der Gewerbe-Ordnungs-Novelle. 3. Lesung der Münzgesetz-Novelle. Schluß 6 1/4 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

An die Genossinnen!

Die sozialistischen Frauen Deutschlands haben es für eine Ehrenpflicht gehalten, durch Delegierte an jedem der internationalen Sozialisten-Kongresse teilzunehmen, welche seit 1880 abgehalten worden sind. Ebenso waren sie auch 1897 auf dem internationalen Kongress für gelehrten Arbeiterkongress zu Zürich vertreten. Die Berliner Genossinnen glauben deshalb im Einverständnis mit den Genossinnen des ganzen Reiches zu handeln, wenn sie beschließen, daß die deutsche proletarische Frauenbewegung auch auf dem Pariser Kongress vertreten sein soll, der am 23. September d. J. zusammentritt. Und zwar sind sie der Ansicht, daß die Genossinnen Deutschlands sich über die Entscheidung einer gemeinsamen Vertretung verständigen sollten. In Hinblick auf die Kosten, welche durch die Delegation erwachsen, wie auf die dringenden Ansprüche, welche die händliche Kapitalisten an unsere bescheidenen Mittel stellt, empfehlen die Berliner Genossinnen, nur eine einzige Delegierte nach Paris zu entsenden. Als Delegierte schlagen sie Genossin Jettin vor. Im Auftrag der Berliner Genossinnen bringt die Unterzeichnete die vorstehenden Vorschläge zur Kenntnis der Genossinnen Deutschlands und ersucht dieselben, ihr möglichst bald ihre Meinungsäußerungen einzusenden zu wollen.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Ottlie Bader, Vertrauensperson,
Verfaß O., Straußbergerstr. 28. IV.

Die Opfer der heutigen Fabrikarbeit.

Die bremische Fabrikinspektion hat über die Verhältnisse der verheirateten Fabrikarbeiterinnen aus Anlaß der bekannten Reichstagsbeschlüsse eingehende Erhebungen angestellt, die in dem jetzt erschienenen Jahresbericht für 1899 mitgeteilt werden. Davon sind besonders die Angaben über die Gesundheitsverhältnisse bemerkenswert. Danach sind unter 301 verheirateten Frauen der bremischen Text- und Weberei 90 Frauen gleich 30 Proz. leidend.

Die Krankheitserscheinungen sind: Magenleiden, Brust- und Lungenleiden, Kopfleiden, Rheumatismus, Fehlleiden, Augen- und Halsleiden außer geringen andern Leiden. Vorwiegend in Betracht kommen: Magenleiden, Brust- und Lungenleiden, Kopfleiden, Rheumatismus, Fehlleiden.

Als Gründe der Erkrankungen werden angeführt: Schlechte, dicke Luft, Dampf, Staub, ungleiches Heizen, Steinfußboden, lauges Stehen.

In der Cigarettenindustrie sind von 120 in Fabriken beschäftigten verheirateten Frauen 45 = 37,5 Proz., von 143 in der Hausindustrie beschäftigten verheirateten Frauen 91 = 63,66 Proz. leidend. Im ganzen genommen sind also bei 138 von 236 Frauen = 58,47 Proz. Frauen-Erkrankungen zu verzeichnen.

Als Krankheiten werden angeführt: Brust- und Lungenleiden, Magenleiden, Nervenleiden und Bleichsucht, Kopfschmerz, Unterleibsliden, Rheumatismus, Halskrankheiten und Augenleiden. Von diesen Erkrankungen treten besonders hervor: Lungen- und Brustleiden, Nervenleiden, Bleichsucht, Rheumatismus, Kopfleiden.

Ueber die Wirkungen der Frauenarbeit auf das Familienleben giebt die Feststellung einigen Aufschluß, daß von 628 Kindern unter 14 Jahren 184 = 29,3 Proz. in Pflege gegeben sind, während 386 = 61,7 Proz. sich zumeist selbst überlassen sind und der mütterlichen Erziehung fast ganz entbehren.

Was verdienen diese Frauen? Ihr Stundenlohn schwankt zwischen 0,5 und 28 Pf., doch sind es nur reichlich 11 Proz., die mehr als 20 Pf. die Stunde verdienen; 68 Proz. haben nur bis zu 10 Pf. die Stunde.

Der Wochenverdienst bewegt sich zwischen 5,40 M. und 15,60 M., es sind aber nur 7 Proz., die mehr als 12 M. verdienen, dagegen 52 Proz., die weniger als 10 M. verdienen.

Warum gehen diese Frauen in die Fabrik und warum lassen sie ihre Kinder auf der Straße verkommen? Weil ihre Ehemänner nicht genug verdienen, um die Familie zu ernähren. Von den Ehemännern dieser Arbeiterinnen verdienen wöchentlich:

0-12 M. 18,52 Proz.
13-15 „ 24,24 „
16-17 „ 15,5 „
18-20 „ 33,68 „
21-30 „ 8,8 „

Es ist also nur ein verschwindend kleiner Bruchteil der Ehemänner, der mehr als 20 M. die Woche verdient, so daß man ruhig sagen kann, fast sämtliche Ehemänner bleiben mit ihrem Verdienst

unter dem, was für eine Familie das Existenzminimum bildet. Die Frauen müssen auf Kosten ihres „trauten deutschen Heims“, auf Kosten der moralischen und sittlichen Gesundheit ihrer Kinder und schließlich auf Kosten ihrer eigenen physischen Gesundheit dazu beitragen, die Familie vor dem Verhungern zu schützen.

Durchfallensuppe. Die von uns vor einiger Zeit gebrachte Notiz über Durchfallensuppe für Dienstmädchen stieß sich bekanntlich auf eine Briefkasten-Anfrage in der Zeitschrift „Zur Haus“. Die Herausgeberin dieser Zeitschrift, Clara v. Studnitz, erwidert uns nun, mitzutheilen, daß sie diese Anfrage nur veröffentlicht hat, um derartige Genesungsmittel, welche manche für die Dienstmädchen für gut genug halten, als menschenunwürdig zu brandmarken. Gleichzeitig läßt uns die Dame eine Nummer ihrer Zeitschrift zugehen mit vier Antworten auf diese Frage, die alle eine sehr scharfe Verurteilung der Anfragerin enthalten.

Versammlungen.

Die Parfettobentleger haben zwecks allgemeiner Durchführung des aufgestellten Lohnsystems bei sämtlichen Firmen einmütig die Arbeit eingestellt. In der gut besuchten Versammlung, die am Dienstagvormittag im Gewerkschaftshause tagte, konnte berichtet werden, daß die Situation für die Ausständigen eine recht günstige ist. Die Forderungen sind im allgemeinen als berechtigt anerkannt worden, und fast sämtliche Unternehmer haben sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Die Verhandlungen sind bereits eingeleitet. Insbesondere soll dahin gewirkt werden, daß der Tarif einheitlich für ganz Berlin festgelegt wird. Unter allen Umständen soll die Arbeit so lange ruhen, bis von der Kommission ein Resultat erzielt und eine Versammlung andre Beschlüsse folgt.

Eingegangene Druckschriften.

Ed. Bernheim: Zur Frage Socialisierens oder Kollektivens? Berlin 1900; Verlag der Socialistischen Monatshefte. Preis 50 Pf.
Dr. Paulus Gumpel: Die und freie Liebe? Berlin 1900; Verlag der Socialistischen Monatshefte. Preis 50 Pf. 1. Ausgabe. Preis 20 Pf.

Marktpreise von Berlin am 19. Mai 1900

nach Ernteständen des hl. Vollgetreides.		Kartoffeln, neue, D. Gr.		Rindfleisch, Rente 1 kg	
*) Weizen, gut D. Gr.	15,40	—	8	—	1,20
„ mittel	—	—	—	—	1,20
„ gering	—	—	—	—	1,20
*) Roggen, gut	15,05	15,04	—	—	1,10
„ mittel	15,03	15,02	—	—	1,10
„ gering	15,01	15	—	—	1,10
*) Gerste, gut	14,60	14,10	—	—	2,30
„ mittel	14	13,50	—	—	2,30
„ gering	13,40	13	—	—	2,30
*) Hafer, gut	15,30	14,90	—	—	2,80
„ mittel	14,80	14,40	—	—	2,80
„ gering	14,30	14	—	—	2,80
Milchschmalz	—	—	—	—	1,50
„ per 100 kg	—	—	—	—	1,50
*) Butter, 60 Stück	—	—	—	—	3,20
„ 1 kg	—	—	—	—	2,80
*) Käse, 1 kg	—	—	—	—	2,80
„ 1 kg	—	—	—	—	2,80
*) Schmalz, 1 kg	—	—	—	—	1,50
„ 1 kg	—	—	—	—	1,50
*) Speck, 1 kg	—	—	—	—	1,50
„ 1 kg	—	—	—	—	1,50
*) Fleisch, 1 kg	—	—	—	—	1,50
„ 1 kg	—	—	—	—	1,50
*) Eier, 1 Duz.	—	—	—	—	24

*) ab Bahn. *) ab Bahn oder frei Wagen

Produktenmarkt am 22. Mai. Getreide. Der Frühlmarkt verläßt im Allgemeinen zu getreter Haltung und die von pariserseits leicht abgemilderten Preise blieben mittags unerschüttert. Lieferungen waren durch ermäßigte Preisnotierungen an den Märkten Oesterreich-Ungarns und Nordamerikas ungenügend bedeckt, ein neuemweitere Rückgang, insbesondere der Roggenpreise, wurde durch übertrieben steigende Saatensandlungen aus dem Inlande und etwas erhöhte Forderungen für russische Ware verhindert. Das Wetter wurde dadurch gegenstandslos, daß der günstigen Stimmung der eingetragenen Wärme wieder der Mangel an Regen entgegensteht. Weizen gab im Lieferungsandel über 1 M. nach, Roggen war etwa 0,50 M. höher zu haben. Späterhin gingen die Preise nach weiter zurück. Auch die Preisgestaltung im Getreidehandel war dadurch einigermaßen ungenügend bedeckt, obwohl das Angebot kein bleibend. Heller lag gut behandelter Mais loco fest, da Ware für noch nicht erledigte Mollieferungen gebraucht wird. Kubel auf Realisationen, die durch das der Hauptorten günstige Wetter veranlaßt wurden, wesentlich niedriger. Spiritus loco unverändert. — Schluß: Brotgetreide befestigt.

Witterungsübersicht vom 22. Mai 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Emmende	764	SO	3	heiter	13	Doparanda	752	SO	3	bedeckt	10
Hamburg	761	SO	2	wolkenl.	15	Veteraburg	760	SO	3	wolkenl.	6
Berlin	764	SO	1	wolkenl.	14	Fort	744	SO	3	Regen	12
Frankf./M.	766	SO	1	wolkenl.	13	Aberdeen	748	SO	3	wolkenl.	11
München	766	SO	1	wolkenl.	14	Paris	762	SO	3	heiter	14
Wien	757	D	1	wolkenl.	10						

Weiter-Verzeichnisse für Mittwoch, den 23. Mai 1900. Etwas wärmer, vielwolken heiter, zeitweise wolkig bei ziemlich frühem jählichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Witterungsbureau.

Orts-Brankenkasse der Sattler!
Todes-Anzeige.
Sonntag, den 20. d. M., verstarb an Lungentumor das Mitglied
Richard Neumann
im Alter von 53 Jahren.
Beerdigung am Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle der Georgen-Gemeinde (Witzener) Witzenerstraße 10.
F. A. W. Mann, Redant.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Alten Schützenhaus“, Rinnstr. 5:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über die in der Generalversammlung gestellten Anträge. 2. Vereinsnachrichten.
Gäste sehr erwünscht. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Verein der Former.
Morgen, Himmelfahrtstag:
Herren-Partie
nach Potsdam, Ravensberge, Tenselssee.
Abfahrt früh 6 Uhr 55 Minuten vom Potsdamer Bahnhof. [61,4]

Achtung! Kistenmacher. Achtung!
Donnerstag, den 24. d. M., (Himmelfahrtstag)
Herren-Partie nach Strausberg.
Treffpunkt früh 1/2 Uhr im Redaktionsbüro, Potsdamerstr. 28. Abfahrt: 7 Uhr 8 Min. vom Schlesischen Bahnhof. Rückfahrt bis 9 Uhr im Restaurant „Straußberger Waldschützen“. [94/18]
Um zahlreiche Beteiligung bitte!
Der Vorstand. F. A. W. Mann, Redant.

Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!
Am Donnerstag (Himmelfahrtstag), den 24. d. M., vormittags
Herrenpartie.
Treffpunkt um 1/2 Uhr in „Hoffmanns Volksgarten“, Spandauer-Chaussee, Befend. Rückfahrt: Treffpunkt Wilsberg, Kaiserpark. [94/18]

Achtung! Adlershof. Achtung!
Da wir nach wiederholten Gelassen öffentliche Tanzveranstaltungen vom Kammerherrn Herrn v. Oppen nicht gekannt sind, so stelle ich meinen Saal Vereinen und Gesellschaften zu Verfügung und bitte ich, mich bei Anträgen gütlich verständigen zu wollen.
Achtungsvoll Paul Schmauser. [47389]

Restaurant „Neue Mühle“.
Telephon: Nr. 57, Am Königs-Wunderhauken.
Kadfahrer-Pumpe.
Empfehle mein zu Neue-Mühle bei Königs-Wunderhauken gelegenes Restaurant allen geschätzten Vereinen, Fabriken und Gesellschaften.
Am 1. und 2. Feiertag: Grosses Früh-Konzert.
Kommandanten: **Neues Klub-Haus** Kommandanten: Krafte 72.
Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: **Grosser Ball.** (45789)
Grosse und kleine Säle mit Bühne zu Versammlungen, Festlichkeiten etc. zu vergeben. Einige Samstags- u. Sonntagstage noch frei. H. Ebert.
In den **„Tenselssee“** Waggelbergen, **„Marienlust“.**
Und: **C. Streichhahn**, Besitzer des Kaiserhofs, Köpenick.
Empfehle beide Lokale mit grossen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampfbrüden, Stellungen für 40 Pferde, Volkshausleistungen aller Art. [45812]

Restaurant Pferdebuch b. Köpenick
(20 Minuten Waldweg, Von Berlin per Fahrweg über Rantelberg in 1 Stunde zu erreichen.) Herrlich im Landwald gelegen, bietet es Vereinen und Gesellschaften einen angenehmen Aufenthalt. 100 Morgen Spielplätze, 2 Regelpöhlen, Kaffeehaus, großer Tanzsaal und Säle für ca. 1000 Personen.
Neu erbaute Ställe für 60-80 Pferde. [46740]
Gute Speisen und Getränke. Gütliche Preise.
Regem Besuch steht entgegen hochachtungsvoll **Wilhelm Bräuwitz.**

Zenith-Cigaretten
werden jetzt von jedem wirklichen Kenner bevorzugt. [10536]

Künstliche Zähne. 3 M. an, von täglich, sehr schnell ein Vollbienen, schmerzlos, Zahnziehen, Zahnschmerz, Rep. (s) Goldstein, Oranienstr. 123.

Schultze, Wasserthorstr. 1/2, I.
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berücksichtigung. 39734.
Erechunden 8-2 u. 8-9.
Donnerstagvormittag keine Erechunden.
Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifkleider etc. werden unter Garantie des guten Stoffs zu überaus billigen Preisen (Schneidens angefertigt im Zuschneid) bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Speck nur deutsche Ware! mager a Pfd. 65 Pfg. fetter a Pfd. 55 Pfg.
Schlackwurst prima a Pfd. 1,10 halbharte a Pfd. 85 Pfg.
Landschinken a Pfd. 90 Pfg.
E. Klähn, Finden-Strasse 10.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Garderobe nach Maß, auch bar Kauf mit kleinem Ruken J. Tomporowski, Scheidebühlstr. 16 II.

Zeugen!
welche Sonnabendabend zu 6-7 gehen haben wie ein alter Mann in der Reichenbergerstraße, zu Mariannen - Lusttheater, geschlagen worden ist, werden ersucht ihre Adresse bei Baum. Reichenbergerstr. 170 I, abzugeben. [11716]

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 23. Mai.
Cyrenhaus. Der Wüsthüh. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schaubühne. Das Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Kreuzfahrer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Bessing. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Stiftungsfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubaus. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wochen. Die Weisheit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freudlose Liebe. Hierauf Durchs Ohr. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Wie man Männer feiert. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enken. Der Hüttenbesitzer. Anf. 8 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Kämpfende Armut. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Kanonenkönigin. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ein gefundener Junge. Anfang 8 Uhr.
Selle Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Hypothek. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. abends 8 Uhr (im Theaterlokal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Freudlose Liebe.
Schauspiel in 3 Akten v. G. Giacosa, deutsch von D. Henschke.
Hierauf:
Die Schulleiterin.
Lustspiel in 1 Akt von Emil Böhl.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Freudlose Liebe.
Hierauf:
Die Schule der Frauen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Niobe.
Hierauf:
Der Diener zweier Herren.
Central-Theater
Sensationeller Lacherfolg!
Anfang 8 Uhr.
Berlin nach Ost.
Gr. Feste in glänzender Ausstattung. Die sensationellen Schläger: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Lebenslauf einer Künstlerin! Aufzug der Parfums. (Ständendes Ballett.)
Samstag bis inkl. Sonnabend: Berlin nach Ost.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Drosselstr. 72/73.
Gastspiel
Minnie Dirksens.
Wie man Männer feiert.
Zauberische Feste in 4 Akten. Musik v. Victor Roger.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Wie man Männer feiert.

Metropol-Theater.

Schrenkstr. 55/57. Dichtung R. Schall. Telefon I 2126.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Operetten-Erfolg der letzten 2 Jahre.
Der Zauberer am Nil.
Beste Kassenstück-Operette (sowie das neue erstklassige Mai-Spezialitäten-Programm Anfang täglich 8 Uhr (auch Sonntag).
Auskarten überall erhältlich.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Novität. Novität.
Kämpfende Armut.
Societät Schauspiel in 3 Akten v. Körner. Anfang 8 Uhr.
Kortgebiets haben Gültigkeit.
Im Garten:
Frei-Konzert.
Anfang 7 Uhr.
Morgen: **Kämpfende Armut.** Anfang 8 Uhr.
Donnerstag, 5 in 1 Fahrt: Im Garten:
Gr. Theater-Vorstellung, Konzert und Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Riesen
und
Zwerge.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Grösste Schenkwürdigkeit der Residenz!
Neu! Mr. Roberts, der erste Zauberer, und Illusionist der Welt!
Neu! Die Bückeburger, humoristisches Sänger- und Konzert-Ensemble.
Entree 50 Pf.
Kinder u. Militär ohne Charge 25 Pf.

Apollo-Theater.

Nur noch bis 24. Mai:
Im Reiche des Indra.
Som 25. bis 31. Mai:
Ein Abenteuer im Harem.
Ab 1. Juni:
Venus auf Erden.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Konzert 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ein Bengalischer Tiger.
Lustspiel in 1 Akt von Otto Handorf.
Poffe mit Gesang in 1 Akt von Angelo.
Im wunderschönen Monat Mai.
Fiederpiel in 1 Akt von Staudenbrand.
Im Saal: **Großer Ball.**

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3.
Einzig in seiner Art.
Ohne jede Konkurrenz.
Billigste Familien-Unterhaltung.
Wochent. abends 6 Uhr freies Entree.
Massen-Konzerte.
Hallen. Romantische - Bände Docco. Tropoler Alpenländer Michel Dopp. Rumänisches Orchester Valer. Deutsche Damenkapelle Gungard Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.

Barnum & Baileys

grösste
Schaustellung der Erde.
Kurfürsten-Damm.
Heute um 3 und 8 Uhr
und zweimal täglich um dieselbe Zeit.
Nur bis zum 10. Juni.
Die Sehenswürdigkeiten sind um 1 und 6 1/2 Uhr zu besichtigen. Billetverkauf um dieselbe Zeit an der Kasse.
Die Nachmittags-Vorstellungen sind garantiert dieselben wie am Abend.
Die Abornitäten sind in dem Menagerie-Pavillon von 1 bis 4 1/2 Uhr und von 6 1/2 bis 9 1/2 Uhr ausgestellt.
Das die Nachmittags-Vorstellungen besuchende Publikum wird höflich gebeten, die Zelte um 6 Uhr zu verlassen, damit die Abend-Vorstellungen vorbereitet werden können.
Entree für sämtliche Sehenswürdigkeiten u. Sitzplatz für d. Circus-Vorstellung. Bessere Plätze 2 Mk. Reserv. u. nummerierte Plätze 3, 4 u. 6 Mk.
Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte für alle Plätze mit Ausnahme der 1 Mark-Plätze. Sämtliche Plätze sind nummeriert mit Ausnahme der 1 und 2 Mark-Plätze. 4 und 6 Mark-Plätze im Vorverkauf bei Paul Grimm, Cigarren-Importeur, Unter den Linden No. 47.
Säle zu Vereinsfestlichkeiten und Verammlungen zu vergeben.
Scholz, 4542L.
Gr. Frankfurterstr. 74.

„See-Terrasse“, Lichtenberg, Röderstrasse 6.

(Die breite Röderstrasse verbindet das Steuerhaus Landsberger Allee mit dem Dorfe Lichtenberg) Zu Fuss in 8 Min. v. den betr. Ringbahnstationen u. Haltestell. der elektr. Bahn erreichbar.
Vergnügungs-Etablissement I. Ranges 20 000 Personen fassend.
Donnerstag, den 24. Mai, am Himmelfahrtstage:
Grosses Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Grosse Schlachtmusik, ausgeführt von 3 Kapellen.
Im Bal champêtre: **Grosser Tanz.**
Im Théâtre Variété: **Grosse Extra-Vorstellung.**
4 Kegelbahnen, 20 Ruderboote, Stallungen.
Schutzhäuser für 100 Fahrräder. Familien können Kaffee kochen.
Eintrittspreis: 20 Pf., Kinder frei.



Belle-Alliance-Theater.

Im herrlichen Sommergarten: (vormittags u. grohähriges Sommer- (Stadtfest der Weibens))
Grosses Garten-Konzert.
Sensationelle Neuheit:
Elektrische Zauberäume.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 75 Pf.
Abonnements für die ganze Saison gültig: 5 M. resp. 3 M. bis 1. Juni an der Theaterkassa.
Ab 1. Juni 10 M.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
Revidiert! Zum erstenmal:
Die Kanonenkönigin.
Schauspiel in 3 Akten nach dem Französischen von Girardin.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang:
Freitag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Sopranant 40 Pf.

Etablissement „Südost“

Waldemarstr. 75. (4475L)
Mehrere Sonnabende u. Sonntag im Mai, Juni, Juli zu vergeben.

Bierhaus zum Erlanger

Oranienstrasse 108
empfehlen seinen 47040
grossen Mittag- u. Abendtisch sowie 10 versch. Sorten biere u. echte Birre. Ergebenst H. Pönlitz.

Nord-West Köpenick.

Empfehle Vereinen u. Gesellschaften mein **Kaustdorferstrasse 3** gelegenes **Restaurant** mit schattigen Garten, 5 Minuten vom Bahnhof. Gute Speisen und Getränke, Saftküche, Kegelbahn, kleiner Saal und Vereinszimmer. 47386
Gustav Lüdke, früher Bierbedient.

Waldkater!

Friedrichshagen, herrlich im Walde, nahe der Bahn gelegen. Beste Kegelbahn, Tanzsaal. Allen Vereinen und Klubgruppen als Sommerplatz bestens empfohlen. 11655
Carl Frick.

Wo amüsiert man sich grossartig?

Hasenhöle 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsberg's Festhallen.** Inh.: Max Schindler. - Telefon: Amt IV Nr. 1132. - Heute: **Grosser Ball.** als Spezialität: Pfannkuchen-Regen, verbunden mit Schlangen- u. Apfelsinen-Regen u. diversen Überraschungen. Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei. Empfehle den geehrten Vereinen, Vereinen, Fabriken u. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Verammlungen und Festlichkeiten jeder Art. (44042)

Schweizer Garten

Am Königsthor. - Haltestelle der Ringbahn. - Am Friedrichshain.
Donnerstag, 24. Mai
Garten-Konzert und Extra-Vorstellung.
Volksbelustigungen Im Saal bis 2 Uhr
Ball.
Am 1. u. 2. Pfingst- feiertag:
Eintritt 30 Pf.
Beginn der Hauptfaision und der tägl. Vorstellungen.
Extra-Vorstellung.



Eugen Neumann & Co.

Amt IVa. 7130.
Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IVa. 7050. - Willenaderstr. 25. - Neue Friedrichstr. 81. - Oranienstr. 190. - Gendarmenstr. 29. - Schöneberg, Hauptstr. 129. - Grüner Weg 56. - Glashofstr. 19. - Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48.

Empfehle jedermann einen Versuch mit
Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
Nahrhaft, wohlschmeckend, billig, bequem. H. Grasshoff, S.O., Schmidstr. 40.

Seiden-Hut-Fabrik

von Carl Renz,
3 Oranien-Strasse 3.
Strohüte, Schirm- und Mützen-Lager. Reelle Bedienung.

Etablissement Eiskeller

Berlin N.,
Chausseestrasse 88.
Ekonon: Karl Winkler.
Erlaube mir den werten Vereinen und Gesellschaften die Mitteilung zu machen, daß meine Säle, 400-1000 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten u. Verammlungen gratis zur gütigen Verfügung stehen. Vereinstimmer mit Piano, 2 franz. Billards. Um gütigen Zuspruch bitte! 1175b) **Karl Winkler.**

ZAHNSCHMERZ

hohler Zähne
besiegt sofort
KROPP'S Zahnwatte
(20% Carvacrolwatte in plomb. Flasche) 503 zu haben in allen Drogerien. Nimm keine Nachahmungen.
KROPP'S SICHTE

Troy

tolosater Preissteigerung aller Artikel noch zu den alten bekannten billigen Preisen:
für Herren v. 2 M. an
Hüte Feinere Qualität v. 3,40 Mk. an.
Seidenhüte 4,50 Mk. bis zu feinsten Qualitäten.
Strohüte neuerer Mode ausnahmeweise billig.
Kinder-Strohüte (beliebte Rat- lom-gacou) von 10 Pfennig an.
Schirme Regenschirme, Sonnenschirme v. 1,50 Mk. an.

Krawatten

Plastron-jacon (Neuheit)
rein seiden 95 Pf.
Oberhemden, Kragen, Manschetten, Sewtens in bester Qualität.
Wäsche, farbige
Handschuhe, Glacé, Paar 1,50 Mk. !!

Gottmann,

Gr. Frankfurterstr. 130 u. 117.

Sofastoff-Reste

ausreichend zu Bezügen, in Wolle, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltaschen, nur gute Qualitäten, bedeutend unter Preis.

J. Adler Teppichhaus,

Königstr. 20,
dicht am Rathaus. (3914L)

Dr. med. Schaper,

Specialarzt für Haut- und Harnleiden, 47320
Frauenkrankheiten.
Königsgräberstrasse No. 27.
Sprechst. 9-1, 4-7 Uhr.

Wein-Grosshandlung

Fabrik feinsten Liqueure

Hugo Beling.

Frischer Maitrank

1/2 Flasche 50 und 60 Pf. inkl. Flasche.
Eigene Verkaufsstellen:

- Bad-Strasse 12 (neben der Markthalle).
- Bad-Strasse 56-Pank-Strasse 25.
- Blücher-Strasse 14.
- Brunnen-Strasse 96.
- Bülow-Strasse 5 (am Nollendorfplatz).
- Dresdener Strasse 125.
- Grüner Weg 91 (Andreasplatz).
- Invaliden-Strasse 143.
- Invaliden-Strasse 163 (neben der Markthalle).
- Königsberger Strasse 28.
- Kottbuser Damm 7.
- Kottbuser Damm 14.
- Landsberger Strasse 40.
- Linden-Strasse 103 (neben der Markthalle).
- Oranien-Strasse 14a (Heinrichsplatz).
- Oranien-Strasse 58a (Moritzplatz).
- Reinickendorfer Strasse 21 (Weddingplatz).
- Rosenthaler Strasse 11-12.
- Schönhauser Allee 187 (am Schönhauser Thor).
- Weidenweg 64 (am Baltenplatz).
- Wilsnacker Strasse 57 (Eingang Dreyse-Strasse).
- Wrangel-Strasse 20.
- Weissensee: König-Chaussee 47b. 67040

Avis!

Die Eröffnung
von
**Werner's
Schuh-Magazin**

findet
Ende dieses Monats
statt.

Blumenstrasse
2,
Ecke Wallner-
Theater-Strasse.

Verkauf einfacher und eleganter Schuhwaren
zu besonders billigen Preisen.

4728 L*

Wein zum Ansschank sehr geeignet:
süss, rot, wie Portwein,
ausgezeichnet im Geschmack.
garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.-, 100 Ltr. M. 120.-
Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teltz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 136. Sprochstr. 9-7

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Horn- u. Blasenleiden,
Frauenkrankheit. Heilt sicher
ohne Betriebsübung. 139784
R. Wagner, Junoldenstr. 151/1
(fr. Wallstraße 23.)
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Trinkt vom Fass!
Goldklares Weissbier
aus der Weissbier-Brauerei „Friedrichstadt“
Julius Borsdorf, Neue Königstrasse No. 3132.
Es ist das beste Weissbier. — Verfälschung unmöglich!
Ausf. Haut- u. Zofale: Schultze, Frankfurterstr. 5. Haass, Frankfurter Allee 100.
Pfantsch, Thoenstr. 34. Schöpp, Neue Königstr. 36. Schmidt, Am Friedrichshain 31.
Köpnick, Schillingstr. 30a. Krüger, Androssstr. 44. Welkisch, Alexanderstr. 24. Ewald,
Schönleinstr. 6. Kunz, Gröben-Ufer 1. Schulz, Ludenstr. 16. Breikreutz,
Brünnelstr. 44. Dietrich, Jernalemerstr. 11/12. Glebeke, Alte Jakobstr. 55. Link,
Wangelstr. 96. Ulrich, Blumstr. 60. Zernikow, Georgenstr. 24. Kopprasch, Neue
Köfstr. 6. Christ, Bergmannstr. 9. Melssner, Weihenburgerstr. 34. Jungblut, Gerichts-
str. 31. Machwitz, Schulstr. 19. Fink, Uferstr. 1. Wien, Jungsstr. 8. Balzer, Ufer-
str. 25. Scheithauer, Brunnenstr. 105. Zepp, Rindbergerstr. 32. Schwartz, Unter
den Linden 78. 46352
Vororte! **Schöneberg:** Assmann, Hauptstr. 101. Lindemann, Uferstr. 85.
Hirsdorf: Alex. Bergstr. 131. **Heilhaus,** Hermannstr. 52. **Steglitz:** Wiesinger, Herder-
str. 4. **Weisenfeld,** Schloßstr. 92. **Weihensee:** Frenz, Königs-Gartenstr. 41. **Wilmers-
dorf:** Hoffmann, Radobstr. 41. **Zitronberg:** Thiel, Bahnhof. **Röpenitz:** Meyer, Hofenstr. 101.

Wurm's Magendoktor
Ansichts-Postkarte
erhalten Sie beim Einkauf von Wurms konzent. Kräuterliqueur „Magendoktor“
in den **Restaurationen** und **Ladengeschäften.**

Apotheker A. Wurm's **MAGENDOCTOR**
ist das Beste für den Magen.



Herrn Apotheker A. Wurm in Barmen.
„Magendoktor“ ist wohlschmeckend und beeinflusst
den Appetit und die Verdauung in hohem Grade günstig.
Dr. K., pract. Arzt in L.

Die Original-Postkarten haben genügend
freien Raum zum Schreiben.

(Original in Postkartengrösse, 10farb. Chromdruck auf feinstem Karton.)

Beachten Sie die ärztlichen Attest-Plakate!
Verlangen Sie Ausschank in Wurms Originalgläsern!

General-Depot: Berlin C., Breitestr. 23.
Telephon: Amt V, 1832.

Grösste Saisonauswahl der Hutbranche!
Neuheit früher und weicher Herrenhüte 2,25, 3-3,50 M., edle Haars-
hüte 5 M., elegante Cylinder 5-10 M., Automobil a 2,75 und 3,00 M.,
sowie ein großer Posten weicher Herrenhüte 1,75 und 2 M. per Stck. (47052)

Strohüte in grosser Auswahl zu sehr billigen Preisen.
Alvin Sussmann, Hut-Engros, Holzmarktstr. 38, part. rechts.
Sonntag, den 27. Mai, bleibt mein Geschäft bis 6 Uhr geöffnet.

Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1. Zähne 2 M., Plomben von
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Poststr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Möbel und Holzwaren, Franz Tutzauer,
Zischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

Zum Laubenden!
Gebrauchtes Bauholz, Bretter, Potten,
Latten, Zäune, Fenster, Dachpappe
Theer, Mägel! 950b
M. Rähle, Antikwer Baum 32.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Restaurant, gangbares, billig zu
verkaufen. Schulz, Schwarzkopff-
str. 15. 1131*

Restaurant (Zahlstube) ist so-
fort billig zu verkaufen. Näheres
Borsdorferstr. 63 im Schanklokal.

Grünfranggeschäft mit Heizung
sofort veräußert. Miete 45 Mark.
Grunderstr. 6. 1150*

Hutgeschäft, altes, Damen und
Herren, frankheitsbald zu verkaufen
Frankfurter Allee 163. 1141*

Elegante vorjährige Herrenhüte
feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
Sonntags und Sonntag. Versand-
haus Germania, Unter den Linden 21 II.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, part. 1150

Steglis, Schloßstr. 76, 600
Hendburgerstr. 16, 50. Gudenstr. 3,
Fandleibe. 1150*

Beuten, Steppdecken, Gardinen
sehr billig Verkauf. Reanderstr. 6.

Remonteurarbeiten, Regulatoren
vollständig Verhaus Reanderstr. 6.

Teppiche mit Farben/chem,
Fabrikatverlage Große Frankfurter-
str. 9, part. 1150

Damenhüte billig hält, Wein-
bergsweg 13b. 918*

Bestellen, reelle Matrasen,
billig! Ruchspiegel 14, Ruch-
Hederskind 30, Sofa Spottbüß!
Dwinastr. Grünweg 81, nur im
Keller! 987b

Teppiche, sportlich Plandleibe
Reanderstr. 6. 1179*

Kuchbaummöbel, Stuhl, Küche,
Sportlich, auch einzeln, Gartenstr. 32A,
vom I. Hof. 1177*

Phonograph „Victoria“ frisch
hat, ja bietet das schönste Konzert-
vollständiger Musikquellen natu-
retzen!!! Man hört und staunt!!!
Preis 20 Mark. Teilzahlung ge-
kollert. Größere und kleinere Appa-
rate. Walzen, das beste was darin
geboten! a 1,50-2,00 M. in großer
Auswahl. For wertlosen Nach-
nahmen wird gewahrt. Mit Musik-
Waher zur Ansicht kostenlos. „Ulan“,
Berlin, Reichenbergerstr. 9. 1106b

Fahrradhandler! kaufen familiäre
Zweigeschäft und Roberte, sowie Ge-
stelle, gepumpte Räder sehr vorteil-
haft. Fahrradfabrik ein groß. Teil
Ludowigstr. 3, Dnberg. 107*

Damenrad, sportlich Plandleibe,
Küstrinplatz 7. 1184*

Fahrrad billig zu verkaufen bei
Koch, Grüner Weg 39. 11190

Fahrrad verkauft Fahrradgeschäft,
Bunnenstr. 113. 1148*

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche
Anzahlung, Lager vierhundert Ma-
schinen, Rahmen, 18 Pfund,
Stahlfeder, Vorderräder, Anhängergewinne
direkt aus Fabrik, Imperial, Diefen-
bachstr. 33. 11808*

Nähmaschinen, beste Ringstich-
Nadel, Schenkeln ohne Anzahlung,
wöchentlich 1 Mark, fünfjährige
Garantie. Postkarte, Sandberger,
Sandbergerstr. 35, Rein Vaden. 1100b

Neu! Nähmaschinen sämtlicher
Systeme, ohne Anzahlung, wöchent-
lich 1 Mark, fünfjährige Garantie,
Postkarte genügt. Goyer, Sandweh-
str. 4. 1141*

Uhren, Goldwaren, Teilzahlung,
Befestigung, brieflich. Louis Bogd,
Angulstr. 92. 1127b

Gostöcher, Sparsystem, Zweifach
6,00, Dreifach 10,00, Vierfach 12,00,
Gospöttchen, Schneider-Bügelappa-
rate billig. Teilzahlung, Wohlaner,
Wallner-Theaterstr. 32, (Rein
Vaden.) 903b

Stieppdecken am billigsten Fabrik
Große Frankfurterstr. 9, part. 1106b

Der Verkauf fertiger Herrenhüte
haben findet bis Pfingsten auch an
Wochentagen statt. Versandhaus
Germania, Unter den Linden 21.

Eine Restauration billig zu ver-
kaufen. Preis 1500 M. Zu erfahren
bei Schorlemer, Cigarrengeschäft,
Waldemarstr. 71. 1107b

Teifengeschäft wegen Krankheit
billig veräußert. Kaufmann erstein
Restaurateur Radlos, Neue Friedrich-
str. 87. 1165b

Fahrräder, erhaltlich, zu Engros-
preisen im Ruderlager, Kamman-
dantenstr. 46 I Teilzahlung ge-
kollert. Abmonteur dieses Bieres
Kobalt. 1162b

Milchgeschäft mit Kasse verkauft
Krüger, Müllerstr. 163a. 1178b

Zahngeschäft (Bereinszimmer)
verkauft Androssstr. 33. 1176b

Herrenrad, gut erhalten, 100
Mark, Vogelbauer, Kanarium, billig
verkauft, Schöneberg, Wilhelm-
platz 2, linker Seitenflügel II rechts.

Uhren repariert Wilhelm Glade,
Uhlenstr. 45. 1148*

Fahren jeder Art (auch billig)
Otto Daniel, Hedemannstr. 2, Köhlen-
handlung. 982b

Bereinszimmer empfiehlt vier,
Alte Jakobstr. 119. 1288K*

Bereinszimmer in Piano (Ganze)
Krausenstr. 18. 1210b

Bereinszimmer Simeonstr. 23
Hst. 174K*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Bessere Schlafstelle, freundliches
kleines Zimmer für anständigen Herrn.
Zimmerstr. 68, Seitenflügel III.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blieder Stuhlreiter bittet um
Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
dieselben werden abgeholt und zurück-
geliefert. Gläser, Kuladstr. 27. *

Stellungsangebote.

Farbigmacher verlangt Krüger,
Kottbuler Ufer 32. 1107b

Tüchtigen Schriftmaler verlangt
Otto Häusner, Neue Jakobstr. 1b.

Mausfells auf Jagdets im und
außern Hause verlangen Krüger u. Co.,
Friedrichstr. 18. I. 1184*

Einen tüchtigen Dirigenten für
Donnerstag (auch Arbeiter-Gesangs-
verein „Veddelstr. 1“, Köpenick-
Spruce), Gef. Offerten M. Jodanis,
Bühlstr. 3. 1163b

Ein Bauhilfer wird verlangt
Reich, Bernsdorf, Seebadstr. 4

Farbigmacher verlangt Schüke,
Oranienstr. 185. 1174b

Tapetier und Dekorateur, erie
Kraft, wird gesucht. Die offene Stelle
war 8 Jahre von einer solchen belegt.
Offerten unter A 5 dieser Zeitung.

Handwerker, der poliert und
Zackelarbeiten macht, bei hohem
Lohn verlangt. Offerten unter Z 4
an die Expedition dieser Zeitung.

Trickerinnen in- und außer
Hause verlangt Brose, Blumen-
str. 35a. 1171/2

Karton-Arbeiterinnen verlangt
Veopold Stein, Neue Königstr. 30.

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Verdienst
leicht 30 Mark und mehr wöchentlich
für Herren und Damen. Sofort Geld,
festes Gehalt. Bureau: Vorkünger-
str. 4, I. 9-4. 10118*

Von einer großen Maschinen-
fabrik Deutschlands werden
tüchtige 120/15*

1 Gelbgießer,
der die Leitung einer Gießerei voll-
ständig übernehmen kann und selbst
an der Arbeit teilnehmen will. Tausch
Stelle um 1 Juni erhalten. Monats-
gehalt 150 Mk. 1175*

Act. Weibach & Cohns,
Fabrik, Rosenfeldstr. 57,
Kopenhagen, Dänemark.

Achtung, Tischler!
Vollständig der Meister sind die
Tischler in der Bauhilferlei von
Stiebits & Köpchen, Char-
lottenburg, entlassen worden. Die
Werkstatt ist folgendermaßen bis auf
weiteres geipert. 88/1*

Achtung, Drechsler!
Bei der Firma Voeltzkow,
Ritterstr. 15, haben 15 Kollegen
wegen Differenzen die Arbeit nieder-
gelegt. Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Wegen Differenzen in der
Werkstatt v. Ancion & Starke
ist dieselbe als geipert zu be-
trachten. 89/11

Achtung! Achtung!
Stuccateure.
Bei der Firma Junkersdorf,
Wilmersdorf, sind Differenzen aus-
gebrochen. Zuzug ist streng forzu-
halten. Der Vertrauensmann.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

3. Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet am Himmelfahrtstag eine Kampfpartei. Abfahrt 7 Uhr früh vom Schleifischen Bahnhof nach Westend, von dort zu Fuß über Pichelsberge und Pichelswerder nach Schildhorn. Rege Beteiligung erwartet.

Den Parteigenossen des Südoftens zur Kenntnis, daß die freie Sängervereinigung „Fidel“ am Himmelfahrtstag in Dades Volksgarten zu Treptow ein Konzert veranstaltet, dessen Uebertrag zu Agitationszwecken verwendet werden soll. Um rege Beteiligung wird gebeten.

4. Wahlkreis (Osten). Der Wahlverein veranstaltet am Himmelfahrtstag einen Familien-Ausflug nach Sadowa. Der Treffpunkt ist bis 10 Uhr vormittags in Karlsdorf, Kaiserpark, Siemensstraße, von da geht es ab zu Fuß nach Sadowa. Für Nachzügler 1 Uhr in Sadowa. Abfahrt vom Schleifischen Bahnhof halbspätlich. Um rege Beteiligung ersucht.

Achtung, 5. Wahlkreis. Die Genossen des Kreises werden auf die am heutigen Abend im „Alten Schützenhause“, Liniensir. 5, stattfindende Versammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht. Anfang 8 1/2 Uhr. Gäste sehr erwünscht.

Samariter-Anruf für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen Himmelfahrtstag: Kampfpartei von Spandau nach Satow, Gladow, Satrow, Moorlose, Womsee. Abfahrt Schleifischer Bahnhof 7 30; Friedrichstraße 7 30 bis Spandau. Für Damen und Nachzügler, Treffpunkt: Womsee, Restaurant Fürstenthor, nachmittags 8 Uhr. Abfahrt Friedrichstr. 2 1/2 Uhr. Womsee-Bahnhof alle 10 Minuten.

Stralan-Rummelsburg. Der Wahlverein veranstaltet am Himmelfahrtstag eine Kampfpartei nach dem Grunewald. Treffpunkt 7 1/2 Uhr am Bahnhof Stralan-Rummelsburg. Rege Beteiligung wird erwünscht.

Ober-Schöneeweide. Der Arbeiter-Bildungsverein veranstaltet am Himmelfahrtstag früh 6 Uhr von John aus eine Kampfpartei nach der Pferdewald.

Mariendorf-Tempelhof. Am Himmelfahrtstag findet in Marienfelde bei Teutschbein ein gemütliches Beisammensein der Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins für Mariendorf und Umgebung statt, wozu die Ökmer eingeladen werden.

Tokales.

Die Verurteilungen wegen Bettel und wegen Obdachlosigkeit waren 1899 in Berlin erheblich seltener als 1898. Die jährlichen Zusammenstellungen, die das Berliner Statistische Amt seit mehreren Jahren darüber veröffentlicht, geben für die beim Amtsgericht Berlin I, Abteilung Straftat, erfolgten Verurteilungen nur die Zahl der Fälle an, während sie für die Verurteilungen bei der Abteilung Alexander-Platz ausführliche Angaben über die persönlichen Verhältnisse der betraffenen Personen bringen. 1899 (bzw. 1898) wurden in Monat 1 in 1248 (1064) Fällen männliche Personen und in 88 (117) Fällen weibliche wegen Bettel, in 15 (24) Fällen männliche und in 2 (1) Fällen weibliche wegen Obdachlosigkeit verurteilt. Am Alexander-Platz wurden verurteilt wegen Bettel 4040 (4562) männliche Personen 5585 (6534) mal, 116 (112) weibliche 172 (166) mal, wegen Obdachlosigkeit 802 (1163) männliche 928 (1367) mal, 54 (49) weibliche 68 (63) mal, überhaupt 4040 (5882) verurteilte männliche Personen 6468 (7981) mal, 132 (143) weibliche 238 (229) mal. Viele wurden in demselben Jahre wiederholt wegen derselben Uebertretung, manche auch wegen beider Uebertretungen bestraft. 1899 wurden wegen Bettel die Männer bis 7 mal, die Frauen bis 5 mal, wegen Obdachlosigkeit die Männer bis 5 mal, die Frauen bis 3 mal verurteilt. Fast man übrigens die Zeit von 1894 bis 1899 zusammen, so wurden in den 6 Jahren 20 921 verschiedene männliche Personen 53 886 mal, 691 weibliche 1496 mal wegen Bettel und Obdachlosigkeit bestraft. Ein Mann wurde in dieser Zeit 37 mal mit im ganzen 158 Wochen Haft bestraft und erhielt 12 mal korrekzionelle Nachhaft. Unter den Angaben über die persönlichen Verhältnisse der am Alexanderplatz verurteilten Personen können die die Frauen betreffenden wegen der Kleinheit der Zahlen übergangen werden. Bei den Männern waren 1899 die folgenden Verufe am absolut zahlreichsten beteiligt: an den Verurteilungen wegen Bettel die Arbeiter mit 1942 Fällen, die Schuhmacher mit 306, Schlosser mit 284, Kaufleute mit 253, Tischler mit 226, Schneider mit 225, Handwerker und Arbeiter mit 147, Maurer und Stuckeure mit 119, Maler und Anstreicher mit 118, Schlichter mit 118, Bäder und Konditoren mit 118, Kellner mit 115 usw., an den Verurteilungen wegen Obdachlosigkeit die Arbeiter mit 403 Fällen, die Schlosser mit 48, Handwerker und Arbeiter mit 44, Tischler mit 36, Schlichter mit 33, Kaufleute mit 28, Schneider mit 27, Kellner mit 26, Bäder und Konditoren mit 25 usw. usw. Daß unter den Jahreszeiten wieder der Winter hervorragt, verleiht sich von selbst. Das Maximum hatte der Januar (Bettel 729, Obdachlosigkeit 193 Fälle), das Minimum der Juli (278 bzw. 82 Fälle). Die Zu- und Abnahme der Bettel und Obdachlosigkeit im Kreislauf des Jahres folgt ziemlich genau der Zu- bzw. Abnahme der Arbeitsgelegenheit. Von den Altersklassen waren, wie immer, die mittleren am zahlreichsten beteiligt. Was den Geburtsort anbetrifft, so war Berlin bei Bettel mit 866, bei Obdachlosigkeit mit 245 Fällen, die nähere Umgegend mit 154 bzw. 86, die übrige Provinz Brandenburg mit 957 bzw. 144 vertreten. Von den andern Landesteilen waren besonders die östlichen, zunächst Schlessen, stark vertreten. Wie lange die aus der Provinz zugezogenen Verurteilten vor dem Zeitpunkt ihrer Verurteilung bereits in Berlin oder der Umgegend gewohnt hatten, ist nicht angegeben.

Von der Straßenbahn.

Die Straßenbahnen sind gestern früh wieder in Dienst getreten. Von einer vollen Aufnahme des Betriebes konnte in den ersten Morgenstunden allerdings noch keine Rede sein, da mannigfache Vorbereitungen zu treffen waren. Die Weichen der Geleise waren mit Straßenbahnweiche besetzt, daß sie am Morgen erst freigelegt werden mußten. Um 8 Uhr wurde dann der Betrieb allmählich und um 12 Uhr im vollen Umfang wieder aufgenommen. Morgen wurde wieder die gesamte Schumannsstraße auf den Wagen konfiguriert und stehende Wagen errichtet. Es fand auch noch eine polizeiliche Bewegung der für den Betrieb in Betracht kommenden Straßen statt, doch wurde die Mehrzahl der Schenkungen gegen Mittag zurückgezogen.

Vormittags hatte im Ministerium des Innern eine Konferenz stattgefunden, welcher außer dem Herrn v. Rheinbaben auch der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr v. Tschirner bewohnte. Das Polizeipräsidium war durch den Geheimen und Ober-Regierungsrat Friedheim, den Regierungsrat v. Gaiensay, den Polizeiobersten Krause und den Kommissar für das öffentliche Subwesen, Polizeihauptmann Vogel, vertreten; von der Straßenbahn-Verwaltung erschienen die Direktoren Regierungsrat v. Kühlewein und Ministerialdirektor a. D. Dr. Rade. Es handelte sich um die Frage, in welchem Umfang der Straßenbahnbetrieb gestern und an den folgenden Tagen wieder aufgenommen werden soll, resp. ob durch die Wiederaufnahme des vollen Betriebes noch irgend welche Ruhestörungen zu besorgen ständen. Oberregierungsrat

Friedheim erklärte, daß nach den vorliegenden Polizei-Reporten die Ruhe nirgends gestört worden sei und daß der Betrieb, soweit derselbe am Morgen zugelassen worden sei, sich in den gewöhnlichen Bahnen bewege. Die Aufregung, die der Straßenbahnausfall in die Bevölkerung getragen hatte, scheint sich nach Bekanntwerden der gestrigen Einigungsverhandlungen vollständig gelegt zu haben. Danach stehe seiner Meinung nach der Wiederaufnahme des vollen Betriebes schon am Dienstag nichts im Wege. Die Vertreter der Straßenbahn-Gesellschaft bemerkten, daß das Personal sich vollständig und rechtzeitig auf den Bahnhöfen eingefunden und den Dienst wieder aufgenommen habe; es würde sich wohl ermöglichen lassen, den Betrieb im vollen Umfang allmählich wieder durchzuführen. Darauf ließ auch der Minister des Innern, Herr v. Rheinbaben, die Bedenken, die er in einer vorgetragenen Konferenz mit den Direktoren der Straßenbahn geäußert hatte, fallen; er ordnete nun an, daß die Straßenbahnstrecken, namentlich in den Abendstunden, noch durch polizeiliche Patrouillen überwacht werden sollen, um jedem Verwahrlosten den Betrieb zu fördern oder die Beamten und Fahrgäste zu belästigen, vorbeugen zu können. Eine Maßregel, die sich wohl ebenfalls als unnötig erweisen haben wird.

Der Einigungs-Ausfall der Berliner Straßenbahn an den drei Streiktage, sowie der Materialschaden, der angerichtet worden ist, wird von sachverständiger Seite auf rund 100 000 M. geschätzt. Was den Materialschaden betrifft, so ist die Frage angeregt worden, ob die Stadtgemeinde für denselben auf Grund des Landfriedensbruchs-Gesetzes haftbar gemacht werden könne. Diese Frage ist zu verneinen. § 28 des zwischen der Stadtgemeinde und der Direktion der Großen (und Neuen) Berliner Straßenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages bestimmt darüber: a) Die Gesellschaften sind nicht berechtigt, gegen die Stadtgemeinde Ansprüche geltend zu machen für Schäden, welche ihnen an der Anlage, sei es bei der Herstellung, sei es nach derselben oder im Betriebe der Unternehmung durch Vorkommnisse irgend welcher Art auf dem städtischen, von den Gesellschaften benutzten Eigentum oder durch gleiche Vorkommnisse an den auf diesem Eigentum jetzt und in Zukunft vorhandenen öffentlichen oder städtischen bereits genehmigten privaten Anlagen entstehen. b) Erwachsen durch dergleichen Vorkommnisse (a) Schäden für dritte Personen, welche die Unternehmung benutzen oder in deren Betrieb beschäftigt sind oder sonst an ihr etwas zu verrichten haben, so haben die Gesellschaften alle aus diesem Anlaß von den Dritten gegen letztere erhobenen Ansprüche zu vertreten oder der Stadtgemeinde die von dieser zu zahlende Entschädigung zu erstatten. c) In gleicher Weise (a und b) werden Ansprüche behandelt, welche von Seiten der Gesellschaften oder von dritten Personen (im Sinne von b) gegen die Stadtgemeinde auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 betreffend die Verpfändung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufträgen verursachten Schadens etc. erhoben werden sollten etc."

Der Sommerfahrplan der Berliner Straßenbahn, der am 21. Mai zur Einführung gelangen sollte, ist infolge des Ausfalls bis zum 1. Juni hinausgeschoben worden.

Einige Zeitungen berichten, daß diejenigen Straßenbahnbeamten, die sich unzufrieden mit dem Ausstände angeschlossen haben, von der Direktion mit Prämien bedacht worden sind.

Auch wird mitgeteilt, daß ein besonderer Verband der Straßen-Angestellten im Anschluß an den besetzten Ausfall ins Leben treten soll. Der Sitz des Verbandes soll Berlin sein. Man hofft, daß sich die Angestellten der Straßenbahnen in andern Orten, wo zum Teil schon Vereine bestehen, anschließen. Die Vereinigung soll auf unpolitischen Grundlage beruhen und die Interessen der verschiedenartigsten Kategorien der Angestellten berücksichtigen. Derselbe Verband wird von dem „Vorwärts“ nachgefragt, daß er nicht auf den Widerstand bei der Direktion der Straßenbahn-Gesellschaft stoßen wird, wie der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, dem sich die Angestellten in der letzten Streikbewegung angeschlossen hatten.

Das ist im Interesse des Friedens ebenso selbstverständlich wie wünschenswert. Wie die Straßenbahnbeamten sich organisieren, ist natürlich ihre eigene Sache und nicht die der Direktion. Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, dessen Vorstand die Ausstandsbeziehung mit Ungeheuer, Gehard und Wählgang geleitet hat, wird kaum diese sein, wenn die Straßenbahner sich auf eigene Füße stellen. Die Hauptfrage ist aber, daß sie gewerkschaftlich organisiert sind. Die Einsicht aus von der ferneren Nothwendigkeit einer festgeschlossenen Gewerkschaftsorganisation werden die Ereignisse der letzten Tage wohl jedem Straßenbahner beigebracht haben; hoffentlich kommt auch der Direktion bald die Einsicht, daß eine solche Vereinigung das beste Mittel zur Erhaltung und Förderung geistlicher, friedlicher Zustände bildet.

Was haben die Straßenbahn-Angestellten erreicht?

Die beiden Hauptpunkte, um die sich die Lohnbewegung der Straßenbahn-Angestellten drehte, waren: Erhöhung des Gehalts und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. — Wer in den Dienst der Straßenbahn-Gesellschaft trat, der erhielt bisher zunächst überhaupt kein Gehalt. Der Reuling wurde als Reserve-Führer oder -Schaffner gegen Tagelöhler beschäftigt, die nur für die Tage bezahlt wurden, an denen er Dienst that, während die Tage, an denen man der Dienste des Reserve-Angestellten nicht bedurfte, auch nicht bezahlt wurden. Dieses Reservewerhältnis währte nicht selten 1 bis 1 1/2 Jahr, ja es dauerte mitunter noch länger, ehe der Reservemann fest angestellt wurde. Der festangestellte erhielt dann ein Anfangsgehalt von 81 M., und wenn es gut ging, kam er nach 2 Jahren auf 85, nach 3 Jahren auf 87, nach 4 Jahren auf 90-95 und nach 10 Jahren auf 100 M. monatlich zu stehen. Wenn auch diese periodischen Gehaltserhöhungen gewissermaßen zu einer Gewohnheit geworden waren, so hatte der Angestellte doch keinen vertragmäßigen Anspruch darauf. Es stand vielmehr völlig im Belieben der Direktion, ob und wann sie eine Gehaltserhöhung gewähren wollte, und es ist thatsächlich vorgekommen, daß Angestellte volle 10 Jahre bei dem Anfangsgehalt stehen blieben und dann freilich die Höchstgrenze von 100 M. erreichten, ohne daß sie in der Zwischenzeit eine Zulage erhalten hätten.

Nach dem, was jetzt zwischen der Direktion und den Vertretern der Angestellten festgelegt ist, fällt der sogenannte Reservendienst gegen Tagelöhler weg. Die Neueingestellten bekommen sofort ein Monatsgehalt von 85 M. und werden nach 6 Monaten mit einem Gehalt von 90 M. fest angestellt. Das Gehalt steigt nun nach 2 Jahren auf 95, nach 3 Jahren auf 100, nach 4 Jahren auf 105, nach 5 Jahren auf 110, nach 6 Jahren auf 118, nach 7 Jahren auf 115, nach 17 Jahren auf 118, und nach 20 Jahren auf 120 M.

Es könnte nun wohl eingewendet werden, diese Gehaltsskala habe die Direktion schon vor dem Streik zugestanden, und der Ausfall habe in Bezug auf die Gehälter keine Besserung gebracht. Demgegenüber ist zu bemerken, daß in den ursprünglichen Bewilligungen der Direktion die periodischen Gehaltserhöhungen in den ersten 10 Dienstjahren, sowie zwischen dem 10. und 15. und dem 15. und 20. Dienstjahr nicht vorgesehen waren. Die Zwischenstufen, welche jetzt in der Gehaltsskala enthalten sind, sind erst infolge des Streits eingefügt worden.

Die tägliche Dienstzeit betrug bisher für die Schaffner 12 Stunden ausschließlich der Pausen an den Haltestellen und der für die Abrechnung erforderlichen Zeit. Die Führer hatten 10 Stunden Dienst zu thun, wobei ebenfalls die Haltepausen und die Vorbereitungsarbeiten nicht mit inbegriffen waren.

Jetzt ist die Dienstzeit der Schaffner auf 11 Stunden, die der Führer auf neun Stunden einschließlich der Haltepausen, der Vorbereitungsarbeiten und der Abrechnung festgelegt. Ueberstunden wurden früher mit 25 Pf. bezahlt, jetzt mit 50 Pf.; auch die Instruktionsstunden, durch die sonst ohne jede Entschädigung die freie Zeit der Angestellten gekürzt wurde, werden jetzt als Ueberstunden bezahlt.

Sehr wesentlich ist die nunmehr endgültig für den 1. Juli festgesetzte Errichtung der Pensionskasse. Es ist bekannt, daß sich die Direktion die alleinige Entscheidung über die Pensionierung vorbehalten wollte, wogegen die städtische Verkehrsdeputation Einspruch erhob. Jetzt hat sich die Direktion zu dem Zugeständnis bequemen müssen, daß die Entscheidung darüber, ob ein Angestellter in den Genuß der Pension kommen soll, zu zwei Ärzten zufällt, von denen der eine durch die Direktion, der andere durch die Verkehrsdeputation bestellt wird; wenn diese beiden sich nicht einigen können, soll ein unparteiischer dritter hinzugezogen werden.

Eine weitere Errungenschaft ist die Anerkennung der Besondere-Kommission. Sie wird alle Vierteljahre aus je drei Delegierten von jedem Bahnhof gebildet, um in einer Konferenz mit der Direktion die Wünsche der Angestellten vorzutragen. Einen erheblichen Verlust hatten die Schaffner bisher dadurch, daß sie den vollen Betrag für solche durchlochte Fahrtscheine bezahlen mußten. Diese Maßregel fällt jetzt weg.

Bei den Verhandlungen mit dem Ober-Bürgermeister hat sich — was in der Versammlung nicht berichtet wurde und daher auch von uns nicht mitgeteilt worden ist — die Direktion verpflichtet, für die Streiktage keinen Abzug vom Gehalt eintreten zu lassen.

Ueber die Cyper der Straßenbahnen berichtet eine Korrespondenz: Der verwundete Bruseberg ist 26 Jahre alt und Buchhalter. Er wohnt in Pantow. Sein Zustand ist immer noch kritisch. Bei der Operation wurden ihm Knochen splitter aus dem Kopf herangeholt. — Der 38 Jahre alte Tischlergeselle Karl Stube aus der Chorinerstraße hat durch Sabelhiebe Verletzungen an den Weichteilen des Kopfes erlitten. Er ist allerdings aus der Charité bereits wieder entlassen worden, aber ungeheilt auf sein Verlangen, gegen den Rath der Ärzte. Ebenso ist es mit dem Drechsler Bahle. Im St. Hedwigs-Krankenhaus liegt noch ein Schlichter Kuchenhäcker, der schwer verletzt von der Germania-Apothek in das Krankenhaus gebracht wurde. Sein Befinden ist im allgemeinen gut. Nach der Charité wurde gestern noch ein Köpfer, Franz Fleischer aus der Weißgerstraße 46 zu Schöneberg, gebracht. Er hat Sabelhiebe über den Arm und den Hüften erhalten und Krämpfe bekommen. Fleischmann ist noch im Krankenhaus. Der Maler Mag. Esche aus der Gipsstraße 3, dem ein Handgelenk durchgeschlagen wurde, ist aus dem Krankenhaus entlassen worden, aber ungeheilt, auf seinen ausdrücklichen Wunsch, gegen den ärztlichen Rath. Auf der Rettungswoche in der Kastanienalle wurden von 7 Ärzten und 2 Heilgehilfen 35 Personen verbunden, auf der Unfallstation IX von 2 Ärzten und einem Heilgehilfen 9 Personen.

Zur Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefs an den Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langemann sind seitens des Magistrats deputiert worden die Herren Oberbürgermeister Kirchner und die Stadträte Dr. Hirsfort und Dr. Weigert, seitens der Stadtverordneten-Versammlung der Gesamtvorstand, nämlich die Herren Wichele, Gerde, Seifert, Friederich, Feid, Blüschle und Törner.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der vom Magistrat vorgelegten drei Entwürfe bezüglich der Anstellung und der Hinterbliebenen-Versorgung der Kommunalbeamten und sonstigen Angestellten der Stadt Berlin hat gestern Abend auf dringenden Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters Kirchner in zweiter Lesung das Ortsstatut betreffend die Anstellung der Kommunalbeamten erwidert. Dasselbe gelangte mit mannigfachen redaktionellen Änderungen im wesentlichen nach dem Vorschlage des Magistrats zur Annahme. Die Verichterstattung soll noch in der nächsten Plenarsitzung der Versammlung stattfinden. Zum Verichterstatte wurde der Stadtverordnete Hugo Eads II gewählt. — Ueber den Ortsstatut-Entwurf betreffend die Pensionierung und Hinterbliebenenversorgung wird der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung beraten. Den Vorsitz im Ausschuss führte der Stadtverordnete-Vorsteher Dr. Langemann.

Es war eine tödliche Zeit! Gestern vor 20 Jahren war Berlin in ehiger Aufregung. Ein Geistesanker, der frühere Artillerie-Feldwebel Eseloge, schoß am Potsdamer Bahnhof einen Revolver auf Friedrich Wilhelm IV. ab und verletzte den König unbedeutend am Arm. Diese That eines Bedauernswerten, an dem schon zwei Jahre vorher Geisteskrankheit festgesetzt worden war und der nach Anrichtung des Unfalls in eine Irrenanstalt gebracht wurde, mußte der damals mit besonderer Schamlosigkeit auftretenden Reaktion zu neuen Attentaten gegen die Bevölkerung als Vorwand dienen. Nicht nur, daß fünf Führer der Volkspartei, die Herren v. Arnswald, Wendt, Weichsel, Dr. Meyen und Adolf Streckfuß bald nach dem Ereignis verhaftet wurden — ihre Entlassung erfolgte schon am 23. Mai, ohne daß sie überhaupt vernommen waren, — der Vorgang wurde überdies noch durch einen Schlag gegen die Presse ausgenutzt: Am 5. Juni 1880 wurde eine neue Verordnung zur Ergänzung des Preßgesetzes vom 30. Juni 1849 oktroyiert, da sich die Unzulänglichkeit der bisherigen Preßgesetzgebung durch die Erfahrung herausgestellt habe. Das Gesetz gab der Post die Berechtigung, die Annahme von Veröffentlichungen auf Zeitungen abzulehnen, es stellte fest, daß die Buchhändler, Verlagsbuchhändler, Zeitungsverleger, Buchbinder und Lithographen einer Konzeption bedürften, es forderte hohe Kautionen für alle Zeitungen und Zeitschriften und bestimmte, daß die Erscheinen der Zeitung selbst dann unterlag werden könne. Das Preßgesetz vom 3. Juni 1880 wurde rückwirkend durchgeführt und übte bald eine vernichtende Wirkung aus. Alle diese Maßnahmen wurden getroffen, indem man für die That des Geisteskranken die Demokratie verantwortlich machte, ein Versuch, der ja auch heute noch den Junkern und Junkerengenossen sein und lieblich erscheint.

Die Fußbremse am Fahrrad, die schon vor Jahren von der Behörde nicht für voll angesehen wurde, scheint es der Polizei abermals angehen zu haben. Wie uns berichtet wird, ist ein Mitglied des Arbeiter-Radsportvereins Berlin, das kürzlich im Osten der Stadt radelte, von einem Schuttmann angehalten worden, weil dieser die Fußbremse nicht als vorchriftsmäßig betrachtete. Die weitere Folge war ein Strafmandat, gegen welches selbstverständlich gerichtliche Entscheidung beantragt ist. Wegen eines solchen Falls ist ein Vereinsmitglied im Grunewald von einem Gendarm angehalten worden. Auch hier wird gerichtlicher Auspruch der Sache erfolgen.

Zur Umwandlung des Plänterwaldes in einen Park werden in diesem Sommer wieder mehrere neue Fußwege angelegt. Einer dieser Wege wird nahe dem Tiergärtchen enden und die Entfernung zwischen dem Tiergärtchen und Treptow erheblich abkürzen. Der in den Jahren 1898 und 1899 in der Nähe des Wasserweges angelegte Spielplatz ist bisher noch nicht für die Benutzung freigegeben worden. Ein zweiter, bedeutend größerer Spielplatz ist weiter östlich, nicht weit vom Tiergärtchen, geplant. Zu wünschen wäre, daß im Plänterwald so schnell als möglich auch Ruhebänke aufgestellt würden.

Übermals ein Kind aus dem Fenster gekürzt. Daß man mit kleinen Kindern, die allein in der Wohnung bleiben müssen, nicht vorsichtig genug sein kann, beweist wieder ein trauriger Unfall in

der Gneifenaustr. 61. Die Frau des Handelsmannes Gnewich, der hier im dritten Stock auf dem zweiten Hof wohnte, mußte vor einigen Tagen in Abwesenheit ihres Mannes auf kurze Zeit zum Einholen der Wohnung verlassen. Ihr drei Jahre alter Sohn lag noch im Bett und schlief. Trotzdem stellte Frau Gnewich vorfalschlich zwei Stühle vor das Bett, damit der Knabe liegen bleibe, wenn er erwachen sollte, oder im Schlafe nicht herausfalle. Die Fensterriegel band sie am Niesel mit einem Bindfaden zusammen. So glaubte sie alle Vorkehrungen getroffen zu haben, und ging beruhigt weg. Als sie nach kurzer Zeit zurückkehrte, spielte sich auf dem Hofe eine furchtbare Szene ab. Der Knabe war erwacht, hatte das Bett verlassen, die Fensterbank klettert, den Bindfaden gelöst und das Fenster geöffnet, um nach der Mutter zu sehen. Gerade als diese den Hof betrat, verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf das Asphaltpflaster hinab. Mit geschmetertem Schädel blieb er vor den Füßen der Mutter liegen, die stummlos den kleinen Körper aufhob. Nachbarn, die auf ihren Schmerzensschrei herbeikamen, brachten den Verunglückten in ein Krankenhaus, wo er bald darauf verstarb.

Eine Verkehrshörung im Ringbahnverkehr entstand Dienstagmorgen infolge der Entgleisung eines Personenzuges auf dem Schlesischen Bahnhof. Kurz nach Eröffnung des Frühverkehrs — es war bereits der erste Zug nach Widoof sowie des Süd- und Nordzuges abgelassen worden — sollte der erste Zug nach Grünau um 1/4 Uhr abfahren. Die Wagen desselben wurden aus den Rangiergleisen nach dem Hauptgleis gebracht, und hierbei erfolgte die Entgleisung eines Wagens. Da sich mittlerweile andres Wagenmaterial ansammelte, das auf Beseitigung des Hindernisses warten mußte, so vergingen anderthalb Stunden, ehe der Betrieb einigermaßen wieder hergestellt war. Die Zugverpätungen dauerten bis in die neunte Stunde. Jemand welcher Materialschaden ist nicht entstanden.

Ein tüchtiger Bauunternehmer. Der Verbleib des flüchtig gewordenen Plauermeisters und Bauunternehmers Gustav S a h n e m a n n aus der Paulstr. 31 b hier selbst konnte trotz eifriger Nachforschungen bisher nicht ermittelt werden; infolgedessen ist jetzt über das Vermögen des spurlos Verschwundenen der Konkurs eröffnet worden. Sahnemann, welcher Eigentümer der Häuser Paulstr. 31 b und 32 ist, entfernte sich vor einiger Zeit mit der Bemerkung vom Hause, daß er eine Stunde in die frische Luft gehen wollte, ist dann aber zu seiner Familie nicht wieder zurückgekehrt. Da der Verschwundene vermuthlich seine Geldgeber um erhebliche Beträge geschädigt hat, so wird er auch von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung fiederviellich verfolgt.

Auf Posten erschossen hat sich der Eisenbahnpionier K n a p p e von der 4. Compagnie des Eisenbahn-Regiments Nr. 2. Die 3. und 4. Compagnie dieses Regiments befinden sich seit einiger Zeit in Glandorf, wo sie eine Brückenbau- und Bahnbau-Abteilung abhalten. Knappe hatte in der Nacht zum Dienstag von 1—3 Uhr Posten zu stehen. Die Leute zogen dort mit scharfen Patronen auf. Um 1/2 Uhr hörte die Wache einen Schuß fallen und sandte eine Patrouille aus in der Meinung, daß der Posten angegriffen worden sei. Die Patrouille fand aber, daß der Posten sich selbst erschossen hatte. Knappe lag tot neben dem Schilderhause. Er hatte sich mit seinem Dienstgewehr eine Kugel durch die Brust geschossen. Die Leiche wurde mit der Militärkammer gestern morgen nach dem Garnisonlazarett II in Tempelhof gebracht. Der Pionier diente im ersten Jahr. Als Grund für seinen Selbstmord gab er in einem Brief an seine Eltern an, daß ihm der Dienst zu schwer werde.

Wegen blühlicher Erkrankung des Herrn Musikdirektors Otto Dietrich muß der Orgelbau am 23. Mai 1900 ausfallen.

Aus den Nachbarorten.

Vom modernen Kindermord. Die gewerbliche Ausnützung der Schulkinder beschäftigte die Gewerbe-Deputation zu Nixdorf in ihrer ersten Sitzung. Kreis-Inspektor Dr. v. Komorowski legte der Deputation das Ergebnis einer in der Nixdorfer Volksschule vorgenommenen Erhebung vor. Von etwa 13 400 Schülern und Schülerinnen sind gegen 700 gewerblich thätig. Die im vorigen Jahre erlassene Polizeiverordnung verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren. In sämtlichen Schulen wurden insgesamt 57 Kinder unter 10 Jahren, herab bis zum Alter von 7 Jahren, festgestellt, die trotz des Verbots für Gewerbetreibende thätig waren. Einige mußten schon vor 4 Uhr morgens aufstehen, lebertretenden des Verbois, ältere Kinder nicht vor 5 1/2 Uhr früh und nicht nach 8 Uhr abends zu beschäftigen, wurden 186 festgestellt. Die Beschäftigung dauerte zum Teil bis 11 und 12 Uhr nachts, ja noch weiter hinaus. Meist handelte es sich um das Austragen von Packwaren, Milch, Zeitungen und um das Aufheben von Ägeln u. s. Die Bezahlung ist oft eine ungemein geringe. Ein 13jähriges Mädchen erhielt monatlich 3 M. und mußte dafür den ganzen Nachmittags auf den Beinen sein. Sie mußte täglich zweimal den Weg von Nixdorf nach dem Hauptpostplatz und zurück zu Fuß machen, wobei es zuweilen 9 Uhr abends wurde. Ansonsten, die jeden Mittwoch von 2—7 Uhr zu thun hatten, bekamen für den Monat 3—4 M. Nach den Mitteilungen der Lehrer zeigen dreiviertel der gewerblich beschäftigten Kinder während des Unterrichts Reizung einzuschlafen. Aus der Fülle ähnlich oder gleichlautender Bemerkungen seien nur einige hervorgehoben: „Kommt nicht mit im Unterricht“ — „Sieht blaß aus“ — „Ist körperlich elend“ — „Zeigt den besten Willen, kann aber nichts leisten“. Die Mitglieder der Deputation waren sich einig darin, daß vor allen Dingen auf die Befolgung der erwähnten, dem Kinderrechte dienenden Polizeiverordnung hingewirkt werden müsse. Ein Herr teilte mit, daß die von den Expedienten u. angenommenen Zeitungsträgerinnen ohne Auftrag des Arbeitgebers die Kinder zur Arbeit heranzogen. Die Deputation erklärte dies nicht für eine Beschäftigung im Gewerbebetriebe der Eltern, auf welche die Polizeiverordnung nicht Anwendung finde. Von einem Gewerbebetriebe der Zeitungs- und Milchausträger könne nicht die Rede sein. — Es wurde beschlossen, die Akten der Polizeidirektion zu überweisen und diese aufzufordern, im Rahmen ihrer Befugnisse gegen die Uebertretungen der Verordnung energisch vorzugehen.

Aus Nixdorf. Ein schweres Eittlichkeitsverbrechen hat der 16jährige Arbeitsbursche Otto Farnkowsky an seiner 3jährigen Nichte, dem Töchterchen des Arbeiters A. in der Jethenstrasse, verübt. Das schwerverletzte Kind mußte nach dem Priyer Krankenhaus gebracht werden, während der jugendliche Lüstling durch die Kriminalpolizei verhaftet und in das hiesige Amtsgerichts-Gefängnis eingeliefert wurde. — Infolge der Verlegung des Straßenbahn-Streiks wurde von der für Dienstagmorgen anberaumten außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, welche sich mit der Straßenbahn beschäftigen sollte, Abstand genommen.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Schöneberg beschäftigte sich am Montag mit der Stellung des Magistrats zu der Meinung der Turnhallen durch hiesige Turnvereine. Während die Vereine die Forderung einer kostenlosen Vergabe der Hallen mit dem vollständigen Wert des Turnes rechtfertigen, glaubt der Magistrat, daß die unentgeltliche Vergabe der Turnhallen nicht haltbar sei. Mit geringer Mehrheit beschloß die Versammlung, daß auf eine Entschädigung bis auf weiteres zu verzichten sei. Weiter stand zur Verhandlung die Regelung der Fürsorge für die Witwen und Waisen der Lehrer. Diese Fürsorge ist durch Gesetz vom 4. Dezember 1899 neu geregelt. Derjenigen Schulverbänden, die mehr als 25 Schulklassen haben und keine widerrechtliche Staatsbeihilfe beziehen, ist der Zutritt zu den Schulverbänden freigestellt. Trotzdem diese Voraussetzung für Schöneberg zutrifft, beantragte die Schuldeputation, der neuen Bestimmung nicht beizutreten und die Lehrer-Witwen und Waisen

nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen aus städtischen Mitteln direkt abzuführen. Entscheidend war hierfür, daß bei der finanziellen Tragweite des Gesetzes und den in Frage kommenden unheimlichen Faktoren ein Anschlag für die Stadt erheblich ungünstiger gestaltet hätte. Dementsprechend hat der Magistrat seine Erklärung der königlichen Regierung übermitteln; die Stadtverordneten-Versammlung stimmte der Erklärung zu.

Für die Errichtung einer Central-Markthalle wird lebhaft in der Bürgerschaft von Schöneberg agitiert. Während man früher nur darauf Bedacht nahm, den Einkauf der Waren bei den Kleingewerbetreibenden am Ort zu empfehlen, und deshalb die Aufhebung der öffentlichen Märkte verlangte, ist man in letzter Zeit von dieser Forderung ganz abgekommen. Man mußte bald einsehen, daß die so oft betonte Unterstützung des Handwerker- und Mittelstands keine praktische Bedeutung hat und neben finanzieller Schädigung den Verlust einer größeren Auswahl der Konsum- und Gebrauchartikel zur Folge hat. Ganz anders wird das Verhältnis in einer Central-Markthalle, wodurch eine ausreichende Zufuhr aller Bedarfsartikel der ganzen Bevölkerung die Gelegenheit eines raschen und zweckentsprechenden Einkaufs geboten wird.

Charlottenburg. Die Parteigenossen des 5. Bezirks, unternehmen am Himmelstagsabend eine Partie nach Tegel. Treffpunkt 6 1/2 Uhr früh bei Bernide, Bismarckstr. 34. Der Vorstand des Wahlvereins ladet die Mitglieder ein, sich rege daran zu beteiligen.

Ueber die Wirkung der letzten Nachtfröste schreibt der „Anz. f. d. H.“: Arge Bewältigungen sind durch die ganz ungewöhnlich starken Nachtfröste am Ende der vorigen und Anfang dieser Woche auch in der Umgegend von Spandau angerichtet worden. Nicht genug damit, daß auf eine Obsternte in diesem Jahre kaum noch zu hoffen ist, auch die Laubbäume im Walde und das Getreide auf den Feldern haben vielfach schwer gelitten. Das junge Laub der Eichen im Stadtwalde ist völlig schwarz, die jungen Buchen sehen aus, als ob ihre Blätter verengt wären. Die Haserfelder sind gänzlich vernichtet, so daß man Brachfelder vor sich zu haben meint. Sogar dem Roggen hat es, wo er schon in die Ähren gekoffen war, der Frost schweren Schaden zugefügt. So macht ein Roggenfeld bei Schönowalde von fern den Eindruck, als ob das Getreide bereits zum Mähen reif wäre. Die schon aufgegangenen Kartoffeln, Bohnen und andre gegen Kälte empfindliche Gemüsepflanzen sind durchweg erfroren. Das Getreide aber ist, daß der Frost nicht bloß strichweise gekommen ist, sondern sich über weite Gebiete erstreckt hat. Aus diesem Grunde sind denn auch auf den Märkten die Preise für Getreide usw. in den letzten Tagen schon gestiegen. Nur ein rechtlicher warmer Regen kann den Schaden in etwas wieder gut machen.

Gerichts-Beilage.

Die ungenügende Gefangenenspeise in Plöhenice durch Diebstahl an Nahrungsmitteln aus der Gefängnisküche noch geschärft zu haben, dieses Vergehens waren verurteilte Personen angeklagt, die sich vor der 4. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten hatten. Schon seit dem Jahre 1895 war es in Plöhenice unter den Gefangenen ein öffentliches Geheimnis, daß diejenigen Strafgefangenen, welche als „Küche“ nach der Gefängnis-Kommandantur waren, einen schaumhaften Handel mit Fleisch, Schmalz, Butter, Eiern, Gewürzen, Kartoffeln usw. betrieben. Es bestand sogar ein bestimmter Preisvermerk für jede einzelne Ware. Gefangene, welche im Besitz von Geldmitteln waren, konnten von diesen Gemüthsartikeln nach Wunsch erhalten. Die Vermittlung besorgten die Kalfaktoren der Stationen, welche aus der Küche das Brot für die Gefangenen der Station abholten. Fleisch, Schmalz, Butter kostete pro Pfund eine Mark. Eier pro Stück 10 Pfennig, Kartoffeln ebensoviel. Dieses Geheimnis schwirrte im ganzen Gefängnis herum, nur die Aufseher wußten nichts davon, demgemäß konnte es auch nicht bis zu den Oren der höheren Verwaltungsbeamten gelangen. Die Gefangenen beschwerten sich zwar in einzelnen Fällen darüber, daß ihr Nahrungsmittel ausfallend der Mangel an Schmalz erkennen ließe und daß sie oft wochenlang an den drei „Fleischtagen“ der Woche keinen Bissen von Fleisch in ihrer Schüssel gefunden haben wollten; diese Beschwerden wurden aber stets als gegenstandslos abgewiesen, denn der Küchenmeister berichtete stramm, daß in seinem Report alles mit der größten Ordnung zugehe. Unmittelbar nach dem jüdischen Osterfest im Jahre 1898 kam die Sache zum Klappen. Während desselben waren vier Gefangene auf acht Tage nach der „Judenküche“ kommandiert worden. (Für die jüdischen Gefangenen wird während ihrer hohen Feste in einer besonderen Küche gekocht, daher der Name.) Auf Grund von Demütigungen wurde bei diesen Küchen eine „Hausordnung“ vorgenommen und da wurden dann in deren Gewächraum 5 Schüsseln Schmalz im Gewicht von 13 1/2 Pfund, eine Schüssel geschmortes Fleisch, eine Schüssel gedünstetes Fleisch, ein Topf mit Bouillon, ein Quantum Gewürz u. gefunden. Außerdem ein großes Quantum ungekochter Kartoffeln. Es wurde eine Disziplinar-Untersuchung eingeleitet, die sich zunächst gegen den Aufseher Herrmann richtete, der während des Osterfestes die Judenküche beaufsichtigt hatte. Gegen diesen — der wegen anderer Durchstreichereien rechtskräftig zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, die er zur Zeit in Tegel verbüßt — mußte das Verfahren eingestellt werden. Dagegen wurden wegen Unterschlagung angeklagt: Die Strafgefangenen Hoppe, Wohl, Freundlich und Franke. Ferner der berüchtigte Dieb, jetzige Pferdehändler Hloff, der erst am Freitag wieder zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, und der Thäter Wundt. Das Schöffengericht sprach sämtliche Angeklagte frei, weil die Schuld derselben nicht für erwiesen erachtet wurde. Auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft gelangte die Sache vor die Strafkammer und nun fand eine erweiterte Beweisaufnahme statt. Diese hatte zur Folge, daß jeder der Angeklagten, mit Ausnahme des Hloff, der auf Grund eines non liquet freigesprochen wurde, sechs Monate Gefängnis erhielt. Die Höhe der Strafe wurde damit motiviert, daß die Mitgefangenen unter den Diebereien der Angeklagten leiden mußten.

Zum Fall Sternberg. Zur Verhandlung gegen die während des Prozesses Sternberg in Haft genommene Auguste Wender ist auf den 23. Juni und folgende Tage Termin vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I angesetzt. Die Angeklagte wird beschuldigt, in dem Falle des Mädchens Frieda Woyda, der zur Verurteilung Sternbergs geführt hat, dem letzteren Beihilfe geleistet zu haben. Die Angeklagte war damals noch nicht 18 Jahre alt. Da der ganze Fall Woyda noch einmal vor Gericht angeholt werden muß, wird die Verhandlung mehrere Tage dauern. Den Vorsitz wird Landgerichtsdirektor Müller führen, die Anklage vertritt wiederum Staatsanwalt Dr. K o m e n, die Verteidigung der Angeklagten haben Justizrat Dr. S e l l o und Rechtsanwält Dr. Werthauer übernommen.

Wittageffen auf der Straße großer Unlug! Der Plauer Franz K o d e r, ein allerdings wiederholt vorbestrafter Mensch, hatte sich, wie uns aus Halle a. S. berichtet wird, am 25. Februar d. J. den Angus erlaubt, einen aus dem Armenhause von seiner Ehefrau erhaltenen Topf Wittageffen auf der Straße in Giechindstein zu verwerfen. Er war zur Zeit obdachlos und setzte sich auf den Fußsteig, worauf sich mehrere Kinder um ihn versammelten. Der hinzukommende Sergeant Arrel erblickte darin Verhöhnung großen Unlugs und brachte den Koder hoch, der dann mit seinem Topf im Arme eheind auf der Straße umherließ. Schließlich wurde K nach der Wache gebracht, wobei er den Beamten noch beleidigte. Zwei Sergeanten befanden sich vor dem Schöffengericht, daß der angetrunkene Angeklagte in „auffälliger Weise“ gegeben und dadurch großen Unlug verübt habe. Er wurde wegen Unlugs zu 1 Woche Haft und wegen der Beleidigung des Sergeanten zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Wegen einer gegen einen friedlichen Straßenassistenten begangenen Nothet hatte sich gestern der Hausdiener S c h r e i e h l vor dem Schöffengericht zu verantworten. Als in der Nacht zum 30. März der Angestellte mit zwei andern Männern durch die Blumenstraße ging, kam ihnen ein angetrunkenen Mann entgegen, der ihnen als geeignetes Objekt zu rohen Späßen erschien. Sie umringten ihn plötzlich und stießen ihn hin und her, und als er sich dies verbat, schlug der Angestellte auf ihn ein. Ein Herr, der den Vorgang mitangehen hatte, machte einen in der Nähe arbeitenden Straßeneiniger darauf aufmerksam und drückte seine Empörung aus. Er erregte damit den Unwillen des Angestellten in dem Maße, daß dieser, als er in seine Nähe kam, sofort mit der Faust auf ihn losging, während einer seiner Kampane versuchte, ihm mit einem dicken Spazierstock Hiebe über den Kopf zu verlegen. Der Leberfällene folgte den Dretzen und veranlaßte am Alexanderplatz einen Schuhmann, den Angestellten festzunehmen; den Begleitern des letzteren gelang es, in schleuniger Eile zu entkommen. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß friedliche Bürger nachdrücklich gegen derartige Notheten geschützt werden müssen und verurteilte deshalb den Angestellten zu 3 Monaten Gefängnis.

Der städtische Parkwächter Karl Barnewow, ein älterer, verheirateter Mann, hatte sich gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I wegen Vergehens gegen die Stillschließung zu verantworten. Der Angestellte hatten im Altem Tiergarten für Schutz und Ordnung zu sorgen. Wie aus der Urteilsverhandlung hervorging, hatte er das vierjährige Töchterchen des Restaurateurs Dr. vom Spielplatz fort- und in seine Bude gelockt, die zum Aufbewahren von Gerätschaften diente. Hier hatte er sich in der schwersten Weise gegen das Kind verhalten. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß der Angestellte trotz seiner bisherigen Unbescholtenheit die Züchtlung mildernden Umstände verübt habe, denn den Eltern gegenüber, die ihre Kinder nach dem Spielplatz im Park schickten, bestellte er eine Vertrauensstellung. Der Angestellte wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt und sofort in Haft genommen.

Versammlungen.

Eine stark besuchte Versammlung der Bäcker tagte Dienstag nachmittags bei V. Keller. Der große Saal und die Galerien waren vollständig besetzt. H e t t h o l d referierte über: „Sind die Bäckerarbeiter Berlin und Umgegend bereit, in den Lohnkampf einzutreten?“ Redner wies darauf hin, daß vor 14 Tagen eine Versammlung stattgefunden habe, von der man allerdings nicht sagen konnte, daß das Interesse für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden war. Die Lohnkommission habe deshalb von Einreichung bestimmter Forderungen abgesehen und sich mehrmals an die Kollegen gewandt. Die heutige Versammlung beweist ein regeres Interesse. Wir haben alles gethan, unsere Forderungen auf gültigem Wege durch Vereinbarungen mit der Meisterschaft durchzuführen. Leider haben die Zunngemeister von der Concordia und Germania jede Verhandlung abgelehnt. Es sei nunmehr Sache der Bäcker, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen und sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen. Es muß betont werden, daß nicht alle Bäckermeister auf dem Standpunkt der Herren Bernhard und Gemeinhardt stehen. Bereits eine Reihe von Unternehmern haben die Forderungen der Bäckerarbeiter bewilligt. Unter allgemeiner Heiterkeit der Versammelten beipflichtet der Redner ein Flugblatt der Zunngemeister. Redner giebt der Meinung Ausdruck, daß man an der Forderung festhalten müsse, 21 M. per Woche ist das wenigste, was man fordern müsse, um sich eine nur einigermaßen menschenwürdige Existenz zu schaffen. Gatten Sie fest zusammen und wir werden unseren Platz in der Reihen des kämpfenden Proletariats würdig behaupten (Lebhafte Beifall.) In der Diskussion sprach zunächst Franke gegen die Proklamierung des Streiks. Nur durch wiederholtes Eingreifen des Vorsitzenden wurde die Unruhe der lauschendstehigen Menge während dieser Rede niedergehalten. Weiter sprachen eine Reihe von Diskussionsrednern im Sinn des Referenten. Sodann wurde folgende Resolution beschloß: Die Lohnkommission hat die Forderungen der Berliner Bäckerarbeiter an sämtliche Meister des Streikgebietes einzureichen. Die Verletzung des Resultats der eingelaufenen Bewilligungen sowie die definitive Beschlußfassung über den Streik findet am 12. Juni statt. In dieser Versammlung haben nur Inhaber von Streikacten Zutritt. Die Abstimmung über den Streik muß eine geheime sein, und ist zur Proklamierung desselben eine Vierfünftel-Majorität erforderlich. Die Versammelten verpflichten sich, für die energische Durchführung der gefassten Beschlüsse manhaft einzutreten und denselben nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, im Besitz einer Streikacte zu sein, und durch massenhafte Entnahme von Streikacten die Mittel beschaffen zu helfen, die zur siegreichen Durchführung eines solchen Nierenkampfes unbedingt nötig sind. Große Zeit ist es, mit den erbärmlichen Zuständen in unsrem Beruf anzukommen.

Die Schuhmacher der Mahgeschäfte hielten am Montag eine gut besuchte Versammlung ab. H e r m a n n sprach über die Lohnbewegung, die eine Regulierung des Tarifs vom Jahre 1896 bezweckt. Diese Regulierung beschränkte sich nur auf die Geschäfte, welche gleiche Ansprüche an die Qualität der Arbeit stellen. So weit die Arbeiter sich an der Bewegung beteiligten, wurde auch die Hauptfrage erreicht. In Betracht kamen namentlich sieben Geschäfte, welche ca. 150 Arbeiter beschäftigen. Die Differenzen wurden durch Verhandlungen erledigt und Lohnzulagen von 25 Pf. bis 1 M. 25 Pf. pro Paar erreicht. Die Unternehmer haben einen Verein gegründet und gegen eine Konventionalsstrafe von 1000 M. beschlossen, nicht mehr mit den Arbeitern der einzelnen Geschäfte zu verhandeln, sondern der Verein sollte die Regelung übernehmen. Redner ist der Ansicht, daß es den Arbeitgebern ihr gutes Recht ist, sich zu organisieren, und er hoffe, daß alle Differenzen sich zwischen der Organisation der Arbeitgeber und der der Arbeitnehmer besser regeln lassen und stabilere Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen werden können. Vom Obermeister Bierbach war ein Schreiben eingegangen, in welchem er erklärte, daß der Verein der Arbeitgeber an eine Aussperrung nur dann gedacht hatte, wenn die Schuhmacher unberechtigte Forderungen stellen. In der nachfolgenden Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten und betonten die Notwendigkeit des Beitritts zur Organisation.

Reinickendorf. Im Wahlverein hielt am 20. Mai Genoff G r a m m einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema „Ordnung oder Verfall“. Die Versammlung wendete sich der Besprechung einiger Vereinsangelegenheiten zu, die interne Angelegenheiten betrafen.

Vermischtes.

Teufels der grauen Wasserwüste. Aus Hamburg wird gemeldet: Die Posthagler zahlen der gestern von hier nach Nordamerika abgegangenen Postdampfer der Hamburg-Amerika-Linie beifügigen die Fortbauer der starken Wanderung. Die „Pretoria“ (Kapitan Karlow) führt 1920 Reisende nach New York. Die „Hipatia“ (Kapitan von Zeulenfeld), nach New York bestimmt, hat 645, die „Arcadia“ (Kapitan Schaarschmidt), nach Philadelphia bestimmt, hat 1061 Passagiere an Bord. Beide Schiffe laufen wegen der zahlreichen Auswanderer, die nach Canada wollen, Hallig an.

In Stolp in Pommern kam es vorgestern abend aus Anlaß der polizeilichen Festnahme eines Betrunknen zu Außerordnungen, die, wie berichtet wird, schließlich zur Zusammenrottung einer großen Menschenmenge auf dem Marktplatz und den umliegenden Straßen führten und das Eingreifen des Militärs nötig machten. Um Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt.

Grubenunglück. Auf der Herdmondbgrube bei Kattowitz ist beim Abdämmen von Grubenwegen infolge Entzündung von matten Weitem der Oberhauer Mangel getötet worden.